SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

# Rüstungsplanung und Friedensdividende in der Bundesrepublik Deutschland

Karl, Wilfried

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**
Karl, W. (1992). *Rüstungsplanung und Friedensdividende in der Bundesrepublik Deutschland.* (HSFK-Report, 14-15/1992). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-85129-4

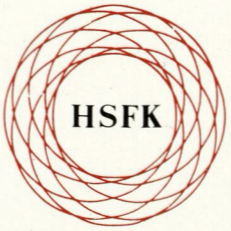
**Nutzungsbedingungen:**
*Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.*
*Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.*

**Terms of use:**
*This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.*
*By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.*

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

HSFK–Report 14-15/1992




# HESSISCHE STIFTUNG FRIEDENS-UND KONFLIKT-FORSCHUNG

Wilfried Karl

**Rüstungsplanung und Friedensdividende in der Bundesrepublik Deutschland**

HSFK-Report 14-15/1992

BIBLIOTHEK
DER HESSISCHEN STIFTUNG
FRIEDENS- UND KONFLIKTSFORSCHUNG
Archiv

Frankfurt am Main

HESSISCHE
STIFTUNG
FRIEDENS-UND
KONFLIKT-
FORSCHUNG

Wilfried Karl

# Rüstungsplanung und Friedensdividende in der Bundesrepublik Deutschland

HSFK-Report 14-15/1992
Dezember 1992

BIBLIOTHEK
DER HESSISCHEN STIFTUNG
FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse des Autors:

Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung
Universität Mannheim
Postfach 103462
D-6800 Mannheim
Tel. 0621 / 292-8420
Fax. 0621 / 292-8435

ISBN 3-928965-21-2

DM 18,00

# Zusammenfassung

1) Die Rüstungs- und Militärausgaben in der Bundesrepublik sind seit 1989 nominal nicht gefallen; sie sind sogar - vor allem durch die Übernahme der Nationalen Volksarmee der DDR - zunächst um ca. zehn Prozent gestiegen. Erst ab 1993 soll mit 51,44 Mrd. DM das bisherige Niveau von 1989 unterschritten werden. Obwohl Anfang 1991 vom Bundeskabinett beschlossen worden war, die Verteidigungsausgaben auf die Summe zu beschränken, die ursprünglich nur für die Bundeswehr für das Jahr 1990 geplant worden war, wurde dieser Beschluß in keinem der vereinbarten Punkte vollständig eingehalten; er stellte somit lediglich eine wirksame Beschränkung gegen einen noch weitergehenden Anstieg der Ausgaben dar.

2) Entweder ist der Sparwille der Bundesregierung nicht besonders groß oder er wird durch den bürokratischen Prozeß und Interessengruppen konterkariert. Jedenfalls fand eine "Umwegfinanzierung" von Rüstungs- und Militärausgaben aus dem Einzelplan 14 (Verteidigung) über den Einzelplan 60 statt. Außerdem wurden die geplanten Reduzierungsschritte im EP 14 um ein Jahr, auf das Jahr 1993, verschoben.

3) Obwohl ein Vergleich der jetzigen Ausgabenplanungen mit denen der alten Bundeswehr-West methodisch fragwürdig ist, kann er einen groben Anhaltspunkt für die "Friedensdividende" bieten: Bezogen auf das Jahr 1993, kommt man auf eine Differenz (="Ersparnis") von 7,83 Mrd. DM oder 13,35 % (gegenüber dem letzten Finanzplan von 1989 der "alten" Bundesrepublik). Angesichts der durch den DDR-Beitritt erfolgten (kurzzeitigen) Personalaufstockung und in Anbetracht von zwei- bis dreiprozentigen Inflationsraten, bedeutet dies zwar einen leichten Rückgang; er muß aber in Relation gesetzt werden sowohl zu den Einsparungspotentialen, die durch die international vereinbarte Truppenverminderung erreicht werden könnten, als auch zu den weitergehenden Reduzierungsvorschlägen, die im In- und Ausland diskutiert werden.

4) Im größten Ausgabenbereich des EP 14, den Personalkosten, entsprechen die Reduzierungen nicht den Einsparungen, die durch die Verringerung des Bundeswehrpersonals erzielt werden könnten. Der für die Jahre 1991 bis 1995 geplanten Verringerung des zivilen und militärischen Personals in Höhe von 24,4 % (dies entspricht auf der Basis von 1991 einem Betrag von ca. 6,3 Mrd. DM) stehen in der Planung nur um 10,3 % oder 2,7 Mrd. DM verringerte Ausgaben gegenüber. Es war aus den zugänglichen Materialien nicht zuverlässig zu klären, wie diese Diskrepanz von über 3,5 Mrd. DM zustande kommt. Die Summe kann nicht für die jährlichen Tarifanhebungen gedacht sein, die aus haushaltsrechtlichen Gründen im EP 60 zur Verfügung gestellt werden müssen. Es könnte sein, daß die Bundeswehr damit versucht, die Umsetzung der neuen Aufgabenstellung der Bundeswehr "planerisch vorwegzunehmen"; beim Personal könnte sich dies in einem höheren (= teuereren) Anteil von Berufs- und Zeitsoldaten niederschlagen; dies würde aber einem erst im Herbst 1991 gefundenen Kompromiß (zwischen dem Bundesfinanzministerium, dem Bundestag und dem Verteidigungsministerium) widersprechen.

5) Der reale Rückgang der investiven, d.h. der "eigentlichen" Rüstungs-Ausgaben ist weit überwiegend darauf zurückzuführen, daß die großen Beschaffungsvorhaben aus den achtziger Jahren (u.a. Leopard-2, MRCA, Tornado, Petriot/Roland) programmgemäß auslaufen und in einem geringen Maße darauf, daß bei einem reduzierten Personalumfang ein verminderter Bedarf an Ausrüstung und Versorgungsgütern vorhanden ist. Nur ein sehr

kleiner Teil des Rückgangs geht bisher auf das Konto von Anpassungen an die veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen, auf das Konto der Abrüstung.

6) Die im Januar 1992 angekündigte Reduzierung geplanter Rüstungsbeschaffungen um 20 bzw. sogar 43 Mrd. DM stellt erstens keine Einsparung im ökonomischen Sinn dar und ist zweitens hauptsächlich im Hinblick auf potentielle neue Aufgaben der Bundeswehr und die dafür "erforderlichen", tendenziell milliardenschweren Um- und Aufrüstungsvorhaben (beispielsweise Lufttransport- und Luftbetankungskapazitäten, neue Panzerfahrzeuge, Aufklärungs- und Kommunikationseinrichtungen) gefällt worden. Die meisten alten Entwicklungs- und Beschaffungsvorhaben wurden dagegen nicht gestoppt, sondern sie werden - wenn auch mit reduzierter Stückzahl - weitergeführt. Selbst das umstrittenste Rüstungsprojekt der letzten Jahre, der Jäger 90, ist nicht "abgestürzt".

7) Die sogenannten "Kosten der Abrüstung", die genauer als Folgekosten jahrzehntelanger Aufrüstung bezeichnet werden sollten, fallen wegen ihrer vergleichsweise geringen Höhe - für 1993 sind weniger als 250 Mio. DM veranschlagt - kaum ins Gewicht.

8) Die im Bundestag nicht mehrheitsfähigen Kürzungsanträge der Oppositionsparteien bezogen sich in den vergangenen Jahren fast ausschließlich auf Rüstungsprojekte, nicht aber auf den Personalumfang und die Personalstruktur; sie hatten zusätzliche Einsparungen von zwei bis über zehn Milliarden DM zum Ziel. Obwohl damit die Friedensdividende merklich höher veranschlagt wurde, greift dieser Ansatz zu kurz. Es liegt im politischen Bereich kein schlüssiges Konzept vor, wie die Rüstungs- und Militärausgaben in der Bundesrepublik nachhaltig verringert werden könnten. Insgesamt ist deshalb mittelfristig bestenfalls eine sehr geringe Friedensdividende zu erwarten.

9) Die Rüstungs- und Militärausgaben könnten - im Einklang mit den heutigen militär- und sicherheitspolitischen Zielen und Prioritäten - weiter abgesenkt werden, wenn die Zahl des Zivilpersonals verringert und die Entwicklungs- und Beschaffungsprogramme drastisch gekürzt würden, die (wenn überhaupt) alle unter den alten politischen und strategischen Bedingungen eingeleitet worden sind. Dabei müßte verhindert werden, daß diese Maßnahmen nicht mit Personalverbesserungen und Umrüstungsprojekten mehr als kompensiert werden.

10) Die Rüstungs- und Militärausgaben würden erst dann deutlich zurückgehen, wenn für den Personalumfang der Streitkräfte ein Niveau anvisiert würde, wie es bereits vor den gravierenden politischen Veränderungen in Europa für die Bundeswehr-West diskutiert worden ist. Eine Größenordnung von 250.000 Soldaten (einschließlich einer Anpassung des zivilen Personalumfangs) könnte Einsparungen von über zehn Milliarden DM erbringen.

11) Ein grundsätzlicher Kurswechsel in der militärischen Sicherheitspolitik würde die Friedensdividende am nachhaltigsten erhöhen. Der am häufigsten gemachte Vorschlag für eine alternative sicherheitspolitische Strategie bezieht sich auf ein System Kollektiver Sicherheit, das über das hinausgeht, was bislang im Rahmen der KSZE an bescheidenen Ansätzen vereinbart worden ist. Was die konsequente Befolgung dieses Ziels finanziell und konkret für die Militärapparate in den Nationalstaaten bedeuten würde, ist bisher weder konzeptionell noch detailliert ausgearbeitet worden. Ein Vorschlag in dieser Richtung bezifferte den Bundeswehrumfang auf 100.000 Soldaten. Diese Zahl erscheint relativ hoch, wenn man sich vergegenwärtigt, daß (bei gleichwertigen Beiträgen der anderen Mit-

gliedsstaaten) allein die EG über eine Million, die gesamte KSZE sogar rund fünf Millionen Soldaten unter Waffen hätte. Selbst in diesem Fall wären aber die Einsparungspotentiale für die Bundesrepublik offensichtlich.

12) Eine solche Orientierung der Bundesrepublik Deutschland - massiver quantitativer Abbau des Militärapparates, dessen Reorganisation und ausschließliche Ausrichtung auf einen Beitrag zu einem militärisch wie politisch strikt defensiven System Kollektiver Sicherheit - könnte beispielgebend auf andere Staaten wirken. Sie wäre darüber hinaus eine wesentlich angemessenere - und billigere - Reaktion auf die gewachsene weltpolitische Verantwortung der Bundesrepublik, als es die gegenwärtigen Debatten über die "Friedensdividende" sind.

1

# Inhalt


| | | |
|---|---|---|
| **I.** | **Einleitung** | 1 |
| **II.** | **Die Entwicklung der Rüstungs- und Militärausgaben seit 1989** | 4 |
| II.1 | Struktur und Entwicklung des EPl 14 bis 1989 | 4 |
| II.2 | Veränderungen seit 1989/1990 | 5 |
| II.2.1 | "Beitrittsbedingte" Spitzenwerte (Haushalt 1990) | 6 |
| II.2.2 | Haushalt 1991 - Der erste Sparhaushalt? | 7 |
| II.2.3 | Haushalt 1992 - Verschobene Reduzierung | 16 |
| II.2.4 | Haushalt 1993 - Der Anfang der jährlichen Reduzierung | 22 |
| II.2.5 | Zwischenbilanz | 25 |
| II.3 | Personalplanung und das Personalstrukturmodell für 370.000 Soldaten | 26 |
| II.4 | Rüstungsplanung der Bundeswehr und der Bundeswehrplan '93 (1993-2005) | 32 |
| II.4.1 | Luftwaffe | 41 |
| II.4.2 | Heer | 44 |
| II.4.3 | Marine | 46 |
| II.4.4 | Neuer Minister und alter Jäger | 47 |
| **III.** | **Resümee und Perspektiven** | 52 |
| **IV.** | **Tabellenverzeichnis** | 55 |
| **V.** | **Literatur** | 56 |

Die veränderte sicherheitspolitische Lage und die strukturellen Rahmenbedingungen ermöglichen eine Reduzierung des Bestands an Feldküchen.*

* Begründung für den einzigen im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages einstimmig bei den Haushaltsberatungen für den EPl 14 für das Jahr 1992 beschlossenen Antrag zur Verminderung des Titels Beschaffung von Quartiermeistermaterial um acht Millionen D-Mark (vgl. Verteidigungsausschuß HA-drs-452-1991, Antrag Nr. 37).

# I. Einleitung

Mit den grundlegenden Veränderungen der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs entstanden in weiten Kreisen der Öffentlichkeit Hoffnungen und Erwartungen auf eine "Friedensdividende" - d.h. die Möglichkeit, einen großen Teil der bisher für Rüstung und Militär aufgewendeten Ressourcen für andere, als dringlicher und nützlicher angesehene Zwecke verwenden zu können. In der Bundesrepublik verwandelten sich die Hoffnungen schnell in feste Erwartungen, weil hier die Auswirkungen des zu Ende gehenden Ost-West-Konflikts besonders stark waren. Zum einen sollten aus keinem anderen Staat (entprechend der zuvor besonders hohen Truppenkonzentration an der innerdeutschen Grenze) soviele ausländische Truppen und Ausrüstung abgezogen werden und in keinem anderen Staat bestand eine vergleichbare Verpflichtung zur Reduzierung des Militärapparates, wie die im Rahmen des sog. 2+4-Vertrages zur "Regelung der äußeren Aspekte der deutschen Einheit" völkerrechtlich verbindlich festgelegt worden ist.[1] Zum anderen entstand in der Bundesrepublik durch den schnellen Beitritt der DDR zur BRD eine ebenfalls besonders große, in anderen westlichen Staaten nicht vorhandene Notwendigkeit, enorm hohe Finanzvolumen für andere Zwecke zur Verfügung zu stellen.[2]

Genährt wurden die weitverbreiteten Hoffnungen auf eine Friedensdividende international und national durch Äußerungen von Spitzenpolitikern ebenso wie von Journalisten aus tagesaktuellen Massenmedien und Fachzeitschriften sowie von Wissenschaftlern. So wurde zum Beispiel in einer vielzitierten SIPRI-Studie im Oktober 1990 unter Zugrundelegung verschiedener Annahmen über die künftigen Rüstungsausgabenkürzungen, Exportvolumen, Produktivitätswachstum und Abrüstungsverhandlungsergebnisse in zwei Szenarios für den Zeitraum bis 1995 ein Rückgang der Beschaffungsausgaben für Hauptwaffensysteme in NATO-Europa von 34,8 Mrd. $ (in 1989) auf 29,3 Mrd. $ oder - was für wahrscheinlicher gehalten wurde - sogar auf 20,7 Mrd. $ prognostiziert, sowie ein Abbau der Überkapazitäten in der Rüstungsindustrie vorhergesagt. Als Parameter hierfür diente die Zahl der Arbeitsplätze, die von ca. 1,5 Mio. auf 1,06 Mio. oder (wahrscheinlicher) sogar auf 910.000 fallen sollte.[3] Ein Autor kam in einer bundesdeutschen Fachzeitschrift Anfang dieses Jahres zu dem Ergebnis, daß nach den angekündigten Reduzierungen der Militärausgaben "theoretisch in den beiden bisherigen Militärblöcken die gewaltige Summe von 875 Mrd. Dollar jährlich zur Disposition" stünde.[4] Nur auf die Bundesrepublik bezogen meinte Bundeskanzler Kohl in seiner Neujahrsansprache 1991/1992:

"Zur Zeit des Kalten Krieges haben wir Milliardenbeträge für die Rüstung ausgeben müssen. In Zukunft können wir den größten Teil dieses Geldes dafür einsetzen, daß Frieden

---

1 Darüber hinaus ist zu vermuten, daß die Existenz einer im Vergleich mit anderen großen westeuropäischen Staaten starken Friedensbewegung seit Anfang der 80er Jahre ebenfalls zu den besonders hohen Erwartungen beigetragen hat.

2 Eine weitere Besonderheit stellen die im westlichen Vergleich besonders hohen Finanzzusagen an die ehemalige UdSSR dar (bisher insgesamt gezahlt oder zugesagt ca. 70 Mrd. DM), die aber in Relation mit dem Finanztransfer in die ehemalige DDR von weit über 100 Mrd. DM pro Jahr nicht allzu hoch erscheinen.

3 Anthony / Wulf (1990), 59ff. Bei der Ausgangsgröße - darauf verweisen die Autoren korrekterweise selbst - handelt es sich nicht um das Ergebnis von detallierten Input-Output-Rechnungen, sondern sie basiert auf Schätzungen auf der Grundlage unterschiedlicher Quellen. Das macht eine Umrechnung auf die mittlerweile relativ soliden Beschäftigtenzahlen in der Bundesrepublik schwierig.

4 Bebermeyer 1992b, 171.

und Freiheit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft überall in Europa auf Dauer verankert werden ... ."[5]

Demgegenüber gab es aber auch etliche Stimmen, die vor zu übertriebenen Hoffnungen auf eine schnell zu realisierende und / oder hohe Friedensdividende warnten. Die am häufigsten genannten Gründe für eventuell nur geringe oder gar keine Einsparungen (oder sogar Mehrausgaben) sind die mit Reduzierung der Truppenstärken einhergehenden Strukturanpassungen auf allen Ebenen (lokal, regional, national), die Kosten für die Verschrottung (oder Lagerung) von ausrangierten Rüstungsgütern und die Vernichtung von Munition[6], ein durch die Personalreduzierung von militärischer Seite für notwendig erachteter "kostspieliger Technologieschub für neue Waffensysteme"[7] und schließlich eine strategische und strukturelle Umorientierung der Militärapparate insbesondere der westeuropäischen NATO-Staaten hin zu Einsätzen außerhalb Europas. In der Bundesrepublik könnte eine solche Beschlußfassung besonders gravierende Auswirkungen haben, weil hier anders als in Frankreich, Großbritannien und - mit Abstufungen - in Italien in der Vergangenheit so gut wie keine Kapazitäten für weitreichende militärische Interventionen aufgebaut worden waren und eine dementsprechende Umrüstung voraussichtlich sehr hohe Kosten verursachen würde.

In diesem Papier soll untersucht werden, ob die zum Teil sehr weitreichenden Vorstellungen über die zu erwartende Abrüstung und eine monetäre Friedensdividende in der Bundesrepublik den Realitäten entsprechen und wie hoch diese Friedensdividende ist oder sein könnte. Im Zentrum der Analyse stehen also die militär- und rüstungspolitischen Entscheidungen und deren finanzielle Auswirkungen, wobei erstere hier nicht im Detail nachgezeichnet werden können.[8] Untersucht werden vor allem die Rüstungs- und Strukturplanungen der Bundeswehr, die Höhe der Militärausgaben in der Bundesrepublik seit 1989 und ihre Entwicklung entsprechend der Mittelfristigen Finanzplanung des Bundes. Bei der Frage nach dem monetären Gewinn, der aus der grundlegend veränderten sicherheitspolitischen Situation erwächst, stellt sich das Problem, welche Posten man in die Berechnung mit einbezieht. Wiederum aus Gründen der Praktikabilität und des Umfangs werden in diesem Text v.a. die militär- und rüstungspolitisch relevanten Ausgaben, die aus dem Bundeshaushalt finanziert werden, in die Untersuchung einbezogen. Dies sind v.a. die Haushalte des BMVg (EPl 14) und der für Allgemeine Finanzverwaltung (EPl 60) sowie die Verteidigungsausgaben nach NATO-Kriterien.

In bezug auf die Soll-Werte der noch nicht finanzstatistisch abgeschlossenen Haushaltspläne - und insbesondere für die Mittelfristigen Finanzplanung - hat die methodische

---

5 Zitiert nach: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 1, 3.1.1992, 2.

6 Bei langfristiger Betrachtung und aus friedenspolitischer Sicht sollte hierbei nicht von "Kosten der Abrüstung" gesprochen werden. Die notwendigen Ausgaben zur Verschrottung, Bodenentseuchung etc. sind faktisch Folgekosten der jahrzehntelangen Aufrüstung, was bei der herrschenden kurzfristigen Betrachtung - stärker noch als vergleichbaren gesellschaftlichen Bereichen wie der industriellen Güterproduktion oder dem Verkehrssystem - leicht aus dem Blick gerät.

7 Bebermeyer 1992b, 171. Der Autor sieht die Aussage für die USA belegt.

8 Allein die Debatten um die "gewachsene Verantwortung" der um die DDR erweiterten Bundesrepublik und die Frage, ob sich die Wahrnehmung dieser Verantwortung auch in Kampfeinsätzen der Bundeswehr in allen Teilen der Welt niederschlagen müsse, oder die "West-Europäisierung" der Sicherheitspolitik im Rahmen der WEU und / oder der EG würden den Rahmen dieses Papiers sprengen. Vgl. dazu ausführlicher Nikutta / Thomas (1991) und Karl (1990, 25ff.).

Einschränkung von Wellmann[9] noch immer Gültigkeit, daß diese Angaben letztlich nicht auf Mark und Pfennig korrekt sind. Dies gilt sogar verstärkt, seitdem durch den immensen Finanzbedarf in der ehemaligen DDR die bis 1989 vergleichsweise solide Finanzpolitik des Bundes völlig aus den bisher gewohnten Bahnen geraten ist. Bei der hier zugrundeliegenden, auf die aktuelle und zukünftige Entwicklung bezogene Fragestellung ist aber die Nutzung dieser Quellen angezeigt, weil sie (im Endergebnis und beim Entstehungsprozeß) der wichtigste Ausdruck der politischen Entscheidungen und die nachhaltigste Beeinflussungsmöglichkeit der Rüstungsplanung der Bundeswehr von politischer Seite sind. Aus methodischen Gründen ist es aber notwendig, durch die Analyse der Unterlagen der beteiligten Institutionen (BMF, BMVg, Verteidigungs- und Haushaltsausschuß des Bundestages) ein möglichst genaues Bild der Entwicklung der Soll-Werte zu zeichnen.

Nicht behandelt werden die in Folge von Truppen- und Rüstungsabbau zu konstatierenden nicht-monetären Vorteile (wie zum Beispiel geringere Umweltverschmutzung, eventuell zurückgehender Anteil militärisch sozialisierter Männer) und die nicht oder nur schwer bzw. sehr ungenau zu quantifizierenden Gewinne (zum Beispiel Abgabe von Gebäuden, Grundstücken, Geräten und Ausrüstung u.a. an Kommunen und Länder). Ebenfalls nicht behandelt werden die Auswirkungen der zu untersuchenden Ausgabenplanungen auf die rüstungsproduzierenden Unternehmen in der Bundesrepublik, denen nicht selten der Beginn einer tiefgreifenden Krise vorhergesagt worden ist.[10]

---

9 Wellmann (1989a, 101ff.).

10 Am ausgeprägtesten - jedoch auf ganz Westeuropa bezogen und unter Berücksichtigung weiterer Faktoren - bei Voß / Huffschmid (1991).

# II. Die Entwicklung der Rüstungs- und Militärausgaben seit 1989

## II.1 Struktur und Entwicklung des EPl 14 bis 1989

Die Entwicklung der Rüstungs- und Militärausgaben in der Bundesrepublik ist zuallererst mit Umfang, Struktur und Ausrüstung der Bundeswehr verbunden gewesen. Die langfristige Entwicklung des Haushaltes des Bundesverteidigungsministeriums (BMVg = EPl 14) bis 1989 ist vor allem durch drei Tendenzen gekennzeichnet: erstens von einem kontinuierlichen Anstieg von durchschnittlich 5,15% pro Jahr im Zeitraum 1970 bis 1989, wobei in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ein deutlich geringeres Wachstum gegeben war, das bei Berücksichtigung der durchschnittlichen Inflationsraten ein reales "Null-Wachstum" bedeutete.[11] Die zweite Tendenz ist der wachsende Anteil der "Betriebsausgaben" im EPl 14, bei denen wiederum die Personalausgaben den größten Teil ausmachen, und der Rückgang der "verteidigungsinvestiven Ausgaben", bei denen die Ausgaben für militärische Beschaffungen dominieren. Seit 1988 haben die Betriebsausgaben die zwei-Drittel-Grenze überschritten, die Personalausgaben machten allein 44,1% des EPl 14 aus. Zum dritten sind bei einer langfristigen Betrachtung bei den militärischen Beschaffungen - aufgrund des großen Zeitvorlaufs, mit dem insbesondere komplexe Waffensysteme geplant, entwickelt und eingeführt werden - immer wieder Schwankungen - wenn auch auf steigendem Niveau - ersichtlich, die die "Beschaffungswellen" widerspiegeln. Einem Anstieg seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre folgte der Rückgang vom höchsten Wert in der Bundeswehrgeschichte mit 12,25 Mrd. im Jahr 1986. Seit diesem Zeitpunkt läuft die Beschaffung mehrerer großer Rüstungsprogramme wie dem Leopard-2, MRCA Tornado und Fregatte 122 aus.

**Tabelle 1**

**Entwicklung des EPl 14 1982-1989 (Netto-Ist-Ausgaben, Mrd. DM)**

| | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Betriebsausg. | 29,47 | 30,68 | 31,11 | 32,23 | 32,72 | 33,70 | 34,39 | 35,43 |
| (%-Anteil) | 66,4 | 65,5 | 65,2 | 66,0 | 65,2 | 66,0 | 67,1 | 67,5 |
| -Personal | 18,82 | 19,42 | 19,84 | 20,62 | 21,33 | 22,01 | 22,48 | 23,16 |
| -Mat./Betr. | 4,18 | 4,34 | 4,27 | 4,30 | 4,42 | 4,59 | 4,83 | 5,08 |
| -Sonst. Betr. | 6,47 | 6,93 | 7,01 | 7,32 | 6,98 | 7,11 | 7,12 | 7,20 |
| Vert.inv. Ausg. | 14,90 | 16,06 | 16,63 | 16,64 | 17,46 | 17,38 | 16,82 | 17,09 |
| (%-Anteil) | 33,6 | 34,4 | 34,8 | 34,0 | 34,8 | 34,0 | 32,9 | 32,5 |
| -FEE | 1,66 | 1,82 | 1,94 | 2,46 | 2,48 | 2,81 | 2,75 | 3,03 |
| -Mil.Beschaffung | 11,09 | 11,94 | 12,12 | 11,60 | 12,25 | 11,97 | 11,60 | 11,36 |
| -Mil. Anl./Baut. | 1,81 | 1,97 | 2,26 | 2,24 | 2,38 | 2,32 | 2,21 | 2,41 |
| -Sonst. Invest. | 0,32 | 0,32 | 0,29 | 0,33 | 0,34 | 0,27 | 0,24 | 0,27 |
| EPl 14 (Gesamt) | 44,37 | 46,75 | 47,75 | 48,87 | 50,18 | 51,08 | 51,22 | 52,52 |
| (Diff. in %) | +4,2% | +5,36% | +2,14% | +2,35% | +2,69% | +1,79% | +0,27% | +2,54% |

Legende: Mat./Betr. = Materialerhaltung und Betrieb; Sonst. Betr. = Sonstige Betriebsausgaben; Vert.inv. Ausg. = Verteidigungsinvestive Ausgaben; FEE = Forschung, Entwicklung, Erprobung; Mil.Beschaffung = Militärische Beschaffungen; Mil. Anl./Baut. = Militärische Anlagen / Bauten; Sonst. Invest. = Sonstige Investitionen
Quelle: BMVg-Übersicht nach Wehrdienst Nr. 1224, 28.5.1990, 3.

11 Wellmann (1989, 129). In der Tabelle 1 ist aus Platzgründen nur die Entwicklung seit 1982 wiedergegeben.

In der Bundesrepublik sind aber seit vielen Jahren bei weitem nicht alle Rüstungs- und Militärausgaben im Haushalt des Bundesverteidigungsministeriums veranschlagt. Die bekannteste offizielle zweite Statistik für die Erfassung von Verteidigungsausgaben sind die Erhebungen der NATO. Sie schließt in ihre Berechnungen der Verteidigungsausgaben der Mitgliedstaaten wesentlich mehr ein als das, was in der Bundesrepublik im EPl 14 als Verteidigungsausgaben enthalten ist. Dazu zählen beispielsweise - als die größten zusätzlichen Posten - die Militärhilfe an andere Staaten im Haushalt des Auswärtigen Amtes (EPl 05), der Bundesgrenzschutz im EPl 06 (Innenministerium), die Militärruhegehälter im EPl 33 (Versorgung) und die Stationierungskosten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte im EPl 35 (Verteidigungslasten).[12] Der Unterschied zum Haushalt des Bundesverteidigungsministeriums ist erheblich: Nach NATO-Kriterien wurde in der Bundesrepublik kontinuierlich ca. 20% mehr für Rüstung und Militär ausgegeben, als im EPl 14 veranschlagt wurde. Analog zu den differierenden absoluten Werten verhält es sich mit den prozentualen Anteilen am Bundeshaushalt (EPl 14 seit längerem ca. 18%, nach NATO ca. 23%).[13]

Wenn man alle für Rüstung und Militär relevanten Ausgaben im bundesdeutschen Staatshaushalt erfassen wollte, würde die absolute Summe noch einmal beträchtlich ansteigen. Der Versuch, einen solchen Gesamtüberblick zu erstellen, bei dem aufgrund unterschiedlicher Beurteilungskriterien in den letzten Jahren z.T. erheblich differierende Beträge zu Tage gefördert worden sind, soll hier nicht unternommen werden.[14]

Auf der Grundlage der Höhe und Ausgabenstruktur des Einzelplans 14 aus dem Jahr 1989 - dem letzten von den sicherheitspolitischen Veränderungen in Europa und den beiden deutschen Staaten unberührten Haushalt - können zwei Kalkulationen über das theoretisch mögliche Einsparungspotential in den nächsten Jahren angestellt werden. Nimmt man erstens die eingangs zitierte Aussage von Bundeskanzler Kohl ernst, in Zukunft könnten "der größere Teil" (= über 50%) der bisher für Rüstung ausgegebenen Mittel für andere Zwecke verwendet werden, ergäbe das von den investiven Ausgaben eine Summe von über acht Milliarden D-Mark, nur von militärischen Beschaffungen von immerhin über 5,5 Mrd. DM an Einsparungen. Zweitens scheint - gerade angesichts des sehr hohen Anteils der Personalausgaben am EPl 14 - ein Einsparungspotential in noch zu berechnender Milliardenhöhe durch die Reduktion auf 370.000 Soldaten (plus der Verringerung des zivilen Personals) zu bestehen.

## II.2 Veränderungen seit 1989/1990

Alle Berechnungen und Untersuchungen der Staatsausgaben der Bundesrepublik haben seit dem Beitritt der DDR mit dem Problem zu kämpfen, daß dieses historische Ereignis finanzpolitische Konsequenzen erheblichen Ausmaßes zur Folge hat. Der aufgrund von Versprechungen westlicher Politiker und der Erwartung der Bevölkerung der ehemaligen

---

12 Als die vollständigste und einzige offiziell bestätigte Zusammenstellung aller nach NATO-Kriterien erfaßten Kosten gilt noch immer Bielfeldt (1977). (Vgl. auch Wellmann 1989, 108)

13 Vgl. zum Beispiel die Übersicht bei Wellmann (1989b). Die Bundesregierung gab darüberhinaus gegenüber der NATO stets auch die Berlin-Hilfe als Verteidigungsausgaben an; vgl. BMVg (1985, 107).

14 Für das Jahr 1986 kommt Dähne (1985) zum Beispiel auf 65,2 Mrd. DM bzw. auf 72,8 Mrd. DM (incl. der anteiligen Zinslast, ohne Berlin-Hilfe), die Grünen (1988, 6) für 1988 aber "nur" auf 62,9 Mrd. DM. Wellmann (1989a, 146ff.) bezieht Ausgaben aus 14 Einzelplänen in seine Untersuchung ein.

DDR notwendig gewordene Finanztransfer von West nach Ost in der neuen Bundesrepublik ist nicht nur in der Geschichte ohne Beispiel, er hat auch die schon sprichwörtlich solide bundesdeutsche Haushaltsplanung in ihr Gegenteil verkehrt. Erst in der jüngsten Zeit werden die finanziellen Folgen - vor allem die riesige Verschuldung -, auf die in- und außerhalb der Bundesrepublik schon länger von kompetenten Seiten hingewiesen wurden, auch von der Bundesregierung langsam zur Kenntnis genommen.[15] In den vergangenen beiden Jahren ist die Finanzplanung der Bundesregierung nach Ansicht des FDP-Vorsitzenden Lambsdorff dadurch zu kennzeichnen gewesen, daß sie nur noch "ein gehobenes Märchenbuch" ist.[16]

Für die Bundeswehr brachte der DDR-Beitritt gravierende Veränderungen mit sich, die bis in die jüngste Zeit als die größte Herausforderung seit dem Aufbau der westdeutschen Streitkräfte bewertet werden[17]: der Abbau und die Integration von Teilen der ehemaligen NVA, die aus der "Regelung über die äußeren Aspekte der deutschen Einheit" resultierende Reduzierungsverpflichtung auf maximal 370.000 Soldaten, die v.a. aus der Personalreduzierung entstehende Notwendigkeit der Umstrukturierung von einer Präsenz- zu einer Ausbildungs- und Mobilmachungsarmee sowie deren Re-Stationierung in beinahe allen Bundesländern. Im Laufe dieser Restrukturierungsmaßnahmen wurden außerdem die von großen Teilen der Bundeswehr unterstützten und von der NATO auf ihrem Reformgipfel in Rom beschlossenen Maßnahmen für neue Streitkräftestrukturen eingebaut.[18]

### II.2.1 "Beitrittsbedingte" Spitzenwerte (Haushalt 1990)

Der 1989 noch unter den alten Bedingungen verabschiedete Haushalt für das Jahr 1990 weist nur wenige Besonderheiten gegenüber den Vorjahren auf. Die Ausgaben im Einzelplan 14 sollten im Vergleich zum Vorjahres-Soll um 3,3% steigen, für die Folgejahre war eine Steigerung um 2,4 und 2,5% geplant. Es wurde zwar angemerkt, daß der vorgegebene Finanzrahmen die Bundeswehr zwinge, "ihre Vorhabenplanung kritisch zu überprüfen und noch deutlichere Prioritäten zu setzen". Jedoch wurden gleichzeitig erstmals in diesem Haushalt das sog. "Attraktivitätsprogramm" wirksam, für das jährlich 400 Mio. DM bereitgestellt werden sollten. Das Programm sollte "bei rückläufigen Jahrgangsstärken Anreize für den Dienst in der Bundeswehr" schaffen. Es beinhaltete vor allem Laufbahnverbesserungen und höhere Zulagen / Aufwandsentschädigungen

---

15 Im Frühjahr 1992 sah auch Bundeskanzler Kohl - nachdem er die zunehmend ausufernde Haushaltslage schon im Herbst 1991 zur "Chefsache" gemacht hatte - die finanzielle Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik selbst im Hinblick auf die alte DDR mit durchschnittlich weit über 100 Mrd. DM, die es jährlich zu transferieren galt, als erschöpft an. Getragen von der Bergfahrt der Staatsverschuldung, die für deutsche Verhältnisse wirklich gigantische Ausmaße angenommen hat, und unterstützt von Landtagswahlkämpfen wurden die Finanzen auch zum Dauerbrenner in den Medien. (Vgl. u.a. Der Spiegel, Nr. 13 v. 23.3.1992 (Titel)) Im Vordergrund standen dabei mögliche Mehrausgaben in Milliardenhöhe für die Pflegeversicherung, die zu diesem Zeitpunkt noch existierende UdSSR, die Ex-DDR und für Wohnungsbauprogramme; Rüstungs- und Militärausgaben wurden Ende letzten Jahres sowohl von Finanzminister Waigel als auch von den Medien weniger thematisiert. (Vgl. z.B. das Interview mit Waigel in: Der Spiegel, Nr. 40, 30.9.1991, 20-23).

16 Zit. nach: Der Spiegel, Nr. 13, 23.3.1992, 28.

17 Vgl. z. B. die Rede auf der Kommandeurstagung im Mai 1992 des neuen Verteidigungsministers Volker Rühe (1992).

18 Vgl. zur Entwicklung der NATO-Strategie und -Struktur Nassauer (1992).

insbesondere für Soldaten, verschiedene Verbesserungen für Grundwehrdienstleistende und Maßnahmen zur Modernisierung der Unterkünfte.[19] Gleichzeitig mit dem Attraktivitätsprogramm wurde auch eine Verringerung auf 420.000 Soldaten beschlossen.[20]

Die mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik einhergehende Übernahme der NVA durch die Bundeswehr brachte zwangsläufig auch Veränderungen des Haushalts mit sich. Aus dem ersten Nachtragshaushalt des Jahres 1990 resultierte für das BMVg eine Einsparungsauflage in Höhe von 500 Mio. DM. Das Verteidigungsministerium ging davon aus, daß nicht nur der noch von der DDR-Regierung vorgesehene Betrag von 3,790 Mrd. DM, sondern noch 400 Mio. DM mehr für den Rest des Jahres - wegen der Stornierung sämtlicher noch nicht gekündigter NVA-Rüstungsaufträge - benötigt würden und beantragte im dritten Nachtragshaushalt 1990 im Abschnitt B die Summe von 4,190 Mrd. DM.[21] Der Mehrbetrag von 400 Mio. DM sollte durch ein Absinken des West-Haushalts und hier durch Ansatzreduzierungen vor allem bei den Personlausgaben ausgeglichen werden.[22] Der Entwurf des dritten Nachtragshaushaltes lag Anfang Oktober 1990 dem Parlament vor und wurde "im Husarenritt" beraten und verabschiedet.

Als Ist-Ergebnis der Verteidigungsausgaben für das Jahr 1990 wurde in den unmittelbar nach der Jahreswende beginnenden Auseinandersetzungen um den Haushalt 1991 vom BMVg zunächst die Zahl von 62,2 Mrd. DM genannt, davon 53,5 Mrd. DM für die alte Bundeswehr und 8,9 Mrd. DM für die in den neuen Ländern übernommenen Streitkräfte.[23] Diese Angabe war viel zu hoch, weil sie die Ausgaben des gesamten Jahres 1990 in der DDR einschloß, die aber bis zum Beitrittstermin am 3.10.1990 eben nicht mit einzubeziehen waren. Zugrundezulegen sind lediglich die im letzten Vierteljahr formal durch den Bundeshaushalt abgedeckten 4,190 Mrd. DM. Später nannte auch das Bundesverteidigungsministerium als Ist-Ausgaben des Einzelplan 14 für das Jahr 1990 die korrektere Zahl von 57.477,521 Mio. DM.

### II.2.2 Haushalt 1991 - Der erste Sparhaushalt?

In Erwartung sinkender Verteidigungsausgaben, wobei sich die Regierungsparteien nach Ansicht eines fachkundigen Beobachters "im Volumen gegenseitig zu übertrumpfen" trachteten, griff das BMVg während der Einsparungsüberlegungen 1990 und in Vorbereitung des Haushaltes 1991 "auch zu kosmetischen Aktionen", um Kürzungen des EPl 14 zu erreichen, die "sich optisch gut machen, aber in der Bundeswehr nicht gleich an die Substanz gehen".[24] Zu diesem Zweck legte die Hardthöhe den Obleuten des Verteidigungsausschusses und des Haushaltsausschusses des Bundestages ein "Entlastungspapier" vor, in dem "ressortfremde Ausgaben" aufgelistet waren. Damit waren

---

19 Vgl. BMF 1989, 19. (FB1990)

20 Vgl. zur Personalentwicklung ausführlicher Abschnitt II.3.

21 Wie bei anderen Einzelplänen sollte auch der EPl 14 in zwei Teile gegliedert sein: einer, in dem jene Ausgaben geltend gemacht wurden, die sich unmittelbar aus dem DDR-Beitritt ergaben, und einer, der die von der Volkskammer am 22.7.1990 beschlossenen Ausgaben für die bisherige NVA enthalten sollte.

22 Vgl. Deutscher Bundestag / Verteidigungsausschuß (1990, 12ff.) Die durch tarifvertragliche Bindungen entstehenden Mehrausgaben für die Ost-Beschäftigten in Höhe von 158 Mio. DM wurden dagegen als Personalverstärkungsmittel im EPl 60 veranschlagt.

23 Wehrdienst 1240/1990, 1.

Ausgaben gemeint, die aus dem EPl 14 finanziert wurden, aber nach Ansicht des Verteidigungsministeriums eigentlich in andere Einzelpäne gehören. Diese erste Aufstellung summierte sich auf insgesamt 2,6 Mrd. DM, eine bald darauf folgende belief sich für das Jahr 1991 auf 2,739 Mrd. DM, in der neun Ausgabentitel aufgezählt wurden, die unter anderem Sozialversicherungs- und Arbeitslosenbeiträge für Wehrpflichtige (EPl 11, Arbeit und Soziales), die Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Länder (EPl 08, Finanzen), Fernmeldematerial (EPl 04 Bundeskanzleramt / Bundesnachrichtendienst) und den Weiterbetrieb von steinkohlebefeuerten Heizungsanlagen (EPl 09 BMWi) einschlossen.[25] Mit dieser Aufstellung hat das BMVg zumindest einen Teilerfolg erzielt: Die Beschaffungskosten für vier Airbus-Flugzeuge für die Flugbereitschaft der Bundeswehr in Höhe von 764 Mio. DM (bis 1994) wurden zur Hälfte, für den Shuttle-Dienst Bonn-Berlin wurden 20 Mio. DM im EPl 60 veranschlagt.

Nach der Rüstungsklausur im Mai 1990, bei der eigentlich die Planungen für eine kleinere Bundeswehr beschlossen werden sollten, war zu vermelden, Verteidigungsminister Stoltenberg denke von sich aus nicht an eine Kürzung des Haushaltsentwurfs und bleibe deshalb bei der Finanzforderung von 55,120 Mrd. DM. Stoltenberg konnte sich dabei auf die Entscheidungen des Bundeskabinetts zu Struktur und Umfang der Bundeswehr vom Dezember 1989 berufen.[26] Demgegenüber planten sowohl das BMF als auch die Arbeitsgruppen Verteidigung der Koalitionsparteien im Verteidigungsausschuß des Bundestages für das Jahr 1991 lediglich eine Höhe von ca. 52,7 Mrd. DM. Dies wäre etwa eine Milliarde weniger gewesen, als im laufenden Jahr 1990 für die West-Wehr vorgesehen war.[27] "Nennenswert zugearbeitet" habe das BMVg einer Kommission "Einsparungen im EPl 14", die aus fünf Bundestagsabgeordneten von CDU und FDP bestand, nicht.[28] Bei der nicht termingerechten Beantwortung von 55 Fragen der fünf Parlamentarier durch das BMVg habe auf der Hardthöhe "sowohl mangelndes Wollen als auch mangelndes Können" eine Rolle gespielt. Die Fragen sind zu einem großen Teil allgemein gehalten und richteten sich auf Einsparungsmöglichkeiten in verschiedenen Bereichen auf der Basis der gültigen Strukturplanungen. Ein kleinerer Teil der Fragen ging von einer zwölfmonatigen Wehrdienstpflicht ab dem 1.1.1991 aus. Eine Frage galt den Einsparungsmöglichkeiten "bei einem Streitkräfteumfang von 375.000, 350.000, 325.000 Mann". Das ist insofern bemerkenswert, als diese Größenordnungen noch weit unter den erst einige Monate später mit der UdSSR vereinbarten 370.000 liegen, die ihrerseits aber wiederum als großes Entgegenkommen und später als das absolute Minimum oder zumindest als angemessen dargestellt wurden.[29]

Die im Dezember 1990 wiedergewählte Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP legte in ihrer Koalitionsvereinbarung im Januar 1991 in einem sehr kurzen Abschnitt über "Verteidigung" fest, die Ausgaben für die gesamtdeutschen Streitkräfte würden aufgrund der außen- und sicherheitspolitischen Entwicklung "deutlich unter die bisherigen Planungsansätze zurückgeführt". Die NVA-Eingliederung müsse im Rahmen des vom Kabinett am 3.7.1990 für 1991 beschlossenen Plafonds von 52,5 Mrd. DM finanziert werden. Das entspreche einem Entlastungsvolumen von 7,6 Mrd. DM. Wie diese Zahl zustande kommt,

---

25 Vgl. Wehrdienst 1219/1990, 2; Wehrdienst 1222/1990, 2f.

26 9Wehrdienst 1224/1990, 1(?)(?)(?)

27 Wehrdienst 1224/1990, 1.

28 Wehrdienst 1224/1990, 2.

29 Der Fragenkatalog, nicht die "nur vage und auch nur ganz unverbindlich mündlichen" Antworten des BMVg, ist abgedruckt in: Wehrdienst Nr. 1224, 28.5.1990, 3f.

wurde nicht weiter erläutert.[30] Für die Folgejahre wurde eine stufenweise Absenkung in unbestimmter Höhe vereinbart. Im Hinblick auf die von der Bundeswehr angeführten "sachfremden Kosten" wurde festgestellt, daß "eine Ausgliederung von Ausgaben des EPl 14 in andere Einzelpläne nicht in Betracht kommt". Im Rahmen der Haushaltsaufstellung für 1991 sollte außerdem überprüft werden, welche Maßnahmen aus dem Attraktivitätsprogramm entbehrlich geworden sind.[31]

Bei dem "Chefgespräch" zwischen den Bundesministern für Verteidigung und Finanzen über den Verteidigungshaushalt Anfang Februar 1991 wurden die Festlegungen der Koalitionsvereinbarung bestätigt. Das Verteidigungsministerium wollte sich mit den 52,6 Mrd. DM aber nur abfinden, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt wurden.[32] Eine der wichtigsten davon - die nach Ersatz für das im Golf-Krieg abgegebene Material mit Mitteln aus dem EPl 60 - konnte es durchsetzen, die übrigen in diesem Haushaltsjahr noch nicht.[33] Auch in der Kabinettssitzung am 20.2.1991, in der der Regierungsentwurf für den Haushalt beschlossen wurde, änderte sich an den Festlegungen nichts mehr. Zurückgewiesen wurde die Forderung Stoltenbergs, den Plafond im 24. Finanzplan (1992-1994) durchgehend auf 52,6 Mrd. DM festzuschreiben. Beschlossen wurde anstelle der von Bundesforschungsminister Waigel geforderten jährlichen Absenkung in Höhe von zwei Mrd. DM eine Reduzierung um jeweils 1,5 Mrd. DM bis 1994. Wie schon im Jahr 1990 sollten 20% der Verpflichtungsermächtigungen in den Bereichen Beschaffung und Forschung und Entwicklung qualifiziert gesperrt bleiben. Damit sollte Auftragsvergaben entgegengewirkt werden, die zu Zahlungsverpflichtungen in künftigen Haushaltsjahren führen könnten.[34]

Die Hardthöhe ging bei den Vergleichen zum Vorjahr bis Mitte März 1991 immer noch von den (alle NVA-Ausgaben 1990 umfassenden) Ist-Ausgaben von 62,3 Mrd. DM aus und kam so für 1991 auf ein Minus von 9,7 Mrd. DM oder 15,5%. Das BMF stellte ebenso unkorrekt nur den Ansatz der Bundeswehr-West in Rechnung (53,36 Mrd. DM) und kam so auf eine Differenz von nur 762 Mio. DM bzw. 1,4%.[35] Nach einer vermutlich vom BMF stammenden Auflistung enthält der BMVg-Haushalt 1991 "einigungsbedingte" Ausgaben in Höhe von 4,298 Mrd. DM.[36] Während die differierenden Zahlenangaben eine politische Funktion für die beteiligten Ministerien hatten, besteht aber auch eine nicht überwindliche Schwierigkeit, einen Vergleich der Höhe der Verteidigungsausgaben zwischen den beiden Jahren 1990 und 1991 anzustellen, weil über die Bewertungen und Preise in der ehemaligen DDR kaum zuverlässige Informationen vorliegen und der vereinbarte Umtausch- und Umrechnungskurs von 1:1 einer politischen Setzung im Prozeß des Beitritts der DDR zur

---

30 Es könnte die Differenz gemeint sein zwischen der neuen Planungsgröße 52,5 und den ursprünglich im West-EPl 14 für 1991 veranschlagten 55,9 Mrd. DM (also ein Plus von 3,4 Mrd. DM), plus den 4,1 Mrd. DM, die 1990 aus Bundesmitteln für die NVA aufgewendet worden sind.

31 Koalitionsvereinbarung vom 16.1.1991, hier zit. nach: Wehrdienst Nr. 1253, 21.1.1991, 1. Dort wird die Vereinbarung so gewertet, daß jetzt "mit einiger Sicherheit" den Rüstungsauftragnehmern in der alten Bundesrepublik "ein ähnliches Schicksal droht wie letztes Jahr Lieferanten der ostdeutschen Streitkräfte" - dort wurden die Aufträge allerdings zu 100 Prozent storniert.

32 Vgl. die Aufzählung in: Wehrdienst 1257/1991, 1f.

33 Die erbrachten oder zugesagten Sach- und Geldleistungen des Bundes für den Krieg gegen den Irak summierten sich Mitte Februar 1991 bereits auf insgesamt 17,047 Mrd. DM. (Wehrdienst Nr. 1258, 25.2.1991, 1.)

34 Wehrdienst 1258/1991, 3f.

35 Vgl. Wehrdienst Nr. 1258, 25.2.1991, 1f. und Nr. 1260, 11.3.1991, 1f.

36 Wehrdienst 1262/1991.

Bundesrepublik entsprach. In den Erläuterungen zum Regierungsentwurf, die den Bundestagsabgeordneten Mitte März 1991 übermittelt wurden, stellte der Abteilungsleiter Haushalt des Verteidigungsministeriums denn auch korrekt fest, daß ein Vergleich der Haushaltsansätze von 1990 und 1991 "mangels einer objektiven Vergleichsbasis, nicht möglich" ist.[37] Eine ähnliche, zutreffende Einschränkung wird für die Aussagekraft der sonst angestellten Vergleiche mit den Steigerungsraten des Bundeshaushaltes gemacht. Durch die enorme Steigerung des Bundeshaushaltes, der noch nicht einmal alle Staatsausgaben erfaßt, von unter 300 Mrd. DM in 1989 auf über 410 Mrd. DM in 1991 ist der Anteil des EPl 14 an den Bundesausgaben um rund fünf Prozent auf 13,2% gefallen, "bei Einbeziehung der Personalverstärkungsmittel im EPl 60" sind es 13,5%.[38] Nach NATO-Kriterien sollten die Verteidigungsausgaben in diesem Jahr "rund 68,3 Mrd. DM betragen", was einem Anteil von 17,1% am Bundeshaushalt entsprach. Bis 1994 sollten die Ausgaben nach NATO-Kriterien "nominal um 1,2%" jährlich absinken.[39]

Die nach der Kalkulation des BMVg zu "knappe Dotierung" des EPl 14 sollte sich "in fast allen Ausgabenbereichen negativ" auswirken.[40] Betrachtet man aber die Auswirkungen genauer, stellt man fest, daß vor allem der Personalbereich vergleichsweise marginal betroffen war. Die Ausgabenstruktur innerhalb des EPl 14 verzeichnete vielmehr einen starken Anstieg der Betriebsausgaben von 66,4% auf 71,9% und das Absinken der investiven Ausgaben von 33,6% auf 28,1%. Nachdem die Personalausgaben schon im Vorjahr einen Anstieg von fast zwei Mrd. DM insbesondere durch die NVA-Übernahme verzeichneten, sollten sie 1991 - trotz der begonnenen Reduzierung des Umfangs um 13,56% bei Soldaten und 6,56% bei Zivilstellen[41] - um weniger als 300 Mio. DM (etwas über ein Prozent) absinken. Es war bis jetzt nicht zuverlässig zu ermitteln, ob dieses Mißverhältnis auf die nach 1990 auch für 1991 vorgesehenen 1.405 Planstellenhebungen und weiteren Verbesserungen zurückzuführen ist; es scheint aber sehr wahrscheinlich, zumal "die Vorsorge für Lohn- und Gehaltsverbesserungen für Soldaten und Zivilpersonal wie in der Vergangenheit in den im EPl 60 veranschlagten Personalverstärkungsmitteln mitenthalten" war.[42] Im ebenfalls nur leicht zurückgehenden Ausgabenbereich Materialerhaltung und Betrieb, in dem die Instandsetzungsintervalle verlängert und Ersatzteilbeschaffungen gestreckt werden sollten, wurden unter dem Titel "Rüstungskontrolle und Abrüstung" erstmals die Aufwendungen für die "Vernichtung von Wehrmaterial" in Höhe von 50 Mio. DM veranschlagt.[43] Der Finanzbedarf sollte "in dem Maße zunehmen, in dem die erforderlichen industriellen Kapazitäten zur Bewältigung der riesigen Munitionsmengen (über 200.000 Tonnen)" aufgebaut werden. Demgegenüber sollte sich der Aufwand für die Zerstörung von abzurüstenden Panzern, Fahrzeugen, Artilleriesystemen und Kampfflugzeugen (fast ausschließlich von der NVA) "in Grenzen

---

37 BMVg 1991l, 4.

38 BMVg 1991l, 4f.

39 BMVg 1991l, 53f.

40 BMVg 1991l, 7.

41 Der geplante Personalabbau im Jahr 1991: in den alten Bundesländern Berufs- und Zeitsoldaten von 255.000 auf 245.000, Grundwehrdienstleistende von 215.000 auf 180.000, Wehrübende von 7.200 auf 5.000; ergibt -10%. In den neuen Bundesländern: Längerdienende von 50.000 auf 30.000, Grundwehrdienstleistende von 38.700 auf 32.000 (Abbau in den nächsten Jahren auf je 25.000 geplant) ergibt -33%. Zivilstellen West -4.700, Zivilstellen Ost -9.390. Ehemalige Grenztruppen von 3.000 auf null. (Vgl. BMVg 1991f, 15f.)

42 Wehrdienst 1261/1991, 2; vgl. zu den Daten BMVg 1991f, 16ff.

43 Der gesamte Titel war mit 50,3 Mio. DM geplant.

halten".[44] Im Vergleich mit der alten Planung klingt es trotz des nur leichten Rückgangs und der geringen "Abrüstungskosten" plausibel (wenn auch nicht nachprüfbar), daß sich die Ansätze für Materialerhaltung und Betrieb sowie die Sonstigen Betriebsausgaben "bereits an der untersten Grenze des Vertretbaren" bewegten und im investiven Bereich "im Haushaltsvollzug" sogar "mit erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen" war.[45]

Die für das Jahr 1991 für alle Ressorthaushalte verfügte globale Minderausgabe in Höhe von jeweils einer Mrd. DM sollte sich im EPl 14 "insbesondere im investiven Bereich negativ auswirken".[46] In den Ausgabenbereichen Forschung und Entwicklung sowie militärische Beschaffungen überstiegen "die rechtlichen Verpflichtungen den Gesamtansatz ... um rund 600 Mio. DM".[47] In der Forschung und Entwicklung mußten erstmals seit 1988 "Abstriche an der bisherigen Planung vorgenommen" werden. Als Konsequenz wurde genannt, daß keine neuen Vorhaben begonnen werden und laufende Vorhaben nicht in weitere Arbeitsphasen gehen könnten.[48] Außerdem müßten unvermeidliche Mehrkosten durch Eingriffe in andere Vorhaben "bzw. durch eine Finanzbeteiligung der Industrie" ausgeglichen werden.[49] In dem mit 1,2 Mrd. DM am höchsten dotierten Bereich Allgemeine Wehrtechnische Entwicklung und Erprobung sollten die "bereits laufenden Entwicklungen mit hoher Priorität" fortgeführt werden. Die Ausgaben für das "Jagdflugzeug 90" sollten planungsgemäß um 100 auf 800 Mio. DM steigen.[50]

Bei den militärischen Beschaffungen bestand für "nennenswerte Neuvorhaben" kein Raum. Vielmehr werde sich die Streckung einiger laufender Beschaffungsvorhaben nicht vermeiden lassen, so hieß es.[51] In diesem Papier zum Entwurf des EPl 14 erklärt das BMVg aber auch, der Ausgabenrückgang bei den militärischen Beschaffungen sei

> "vorübergehend vertretbar, weil der Finanzbedarf für einige Großprojekte planmäßig abnimmt, sich bei Massenartikeln die Reduzierung des Verteidigungsumfangs der Streitkräfte auszuwirken beginnt und für Ersatzbeschaffungen infolge von Materialabgaben an den Golf zusätzliche Mittel im Einzelplan 60 vorgesehen sind."[52]

Zu den Posten, die durch den verringerten Streitkräfteumfang reduziert werden können, gehören u.a. Verpflegungsvorräte und Bekleidung. In der Beschaffung planmäßig auslaufender Großprojekte waren vor allem der LEOPARD-2, das MRCA TORNADO, die Kampfwertsteigerung des LEOPARD-1 und größere LKW. Der mit 2,1 Mrd. DM nach

---

44 BMVg 1991l, 24ff.

45 BMVg 1991l, 7f.

46 BMVg 1991l, 3.

47 Ebd, 8.

48 Bereits veranschlagte, aber noch nicht begonnene und deshalb zurückgestellte Vorhaben / Phasen: Entwicklung drahtloses Wählnetz und BIGSTAF im Fernmeldesystem des Heeres, Entwicklung NIS und MPA, Entwicklung und Definition Kampfwertsteigerung PAH-1 (Stufe 2), Definition und Entwicklung Kampfdrohne. (Vgl. Wehrdienst Nr. 1266, 22.4.1991, 4.) Hiervon sollten vier Vorhaben aus dem "Golf-Titel" finanziert werden; vgl. BMVg 1991l, 32ff.

49 BMVg 1991l, 31ff.

50 Weitergeführt werden könnten "insbesondere" der deutsch-französische PAH-2, PARS-3 mittlerer und großer Reichweite und die Kampfwertsteigerung des Jägers und Jagdbombers F-4 F PHANTOM II; vgl. ebda.

51 BMVg 1991l, 36.

52 BMVg 1991l, 37.

Ansicht des Verteidigungsministeriums niedrige Ansatz für Munition, von dem "rund ein Drittel ... allein für den jährlichen Bedarf an Übungsmunition erforderlich ist", sei "Ausdruck der veränderten sicherheitspolitischen Lage".[53] Mit den vorhandenen Mitteln könnten nur die laufenden Vorhaben "in Höhe der rechtlichen und internationalen Verpflichtungen abgedeckt werden".[54] Auch bei den militärischen Anlagen könnten im Westen "nur die bestehenden rechtlichen Verpflichtungen erfüllt werden". Für die neuen Bundesländer war hier ein Betrag von 95 Mio. DM vorgesehen sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von zwei Mrd. DM ausgebracht worden.[55] Bei dem Ansatz für das NATO-Infrastrukturprogramm in Höhe von 780 Mio. DM, von dem nur die beiden ersten Raten (1991 und 1992) von den Verteidigungsministern verabschiedet worden waren, wurde davon ausgegangen, daß diese Beschlüsse in den laufenden Überprüfungen revidiert und die Ausgaben reduziert würden. Der bislang verabschiedete Anteil der Bundesrepublik macht eigentlich 2,063 Mrd. DM (26,8% von 7,7 Mrd. DM) aus.[56]

Bei den Umschichtungswünschen, die die BMVg-Haushaltsabteilung wie üblich als "Vorschläge für die Beratung mit den Berichterstattern" des Haushaltsausschusses in der sog. "Plus-/Minusliste zum Regierungsentwurf" Anfang Mai 1991 zusammengestellt hatte, ergaben sich keine quantitativ bedeutsamen Veränderungen. Allerdings ergab sich ein Teil der Veränderungen aus der Streichung oder Verschiebung von Vertragsabschlüssen und Entwicklungsvorhaben.[57] Bei den Beratungen in den Bundestagsausschüssen für Verteidigung und Haushalt wurde der EPl 14 nur noch marginal verändert. Im Verteidigungsausschuß wurden vor allem von den Abgeordneten der Regierungsparteien Verbesserungen für das Bundeswehrpersonal - u.a. weitere Stellenanhebungen - beantragt und mit ihrer Mehrheit auch beschlossen. Die Gruppen Bündnis 90 / Grüne und PDS / LL nahmen an der Abstimmung nicht teil. Die SPD-Abgeordneten stimmten zwar einzelnen Kapiteln - darunter die zu Schiffen und Marinegerät sowie Wehrtechnik und Beschaffung - zu; sie lehnten neben diversen Kapiteln (u.a. FEE und Flugzeuge) den Haushalt insgesamt aber ab.[58] Die Berichterstattergruppe des Haushaltsausschusses hatte in den Vorgesprächen mit der Hardthöhe den Haushalt um ca. 71 Mio. DM gekürzt, wovon 41,4 Mio. DM investive Ausgaben betrafen. Wesentlich weitergehende Kürzungsvorschläge der SPD-Bundestagsabgeordneten Walther und Jungmann fanden in dem kleinen Gremium keine Mehrheit.[59] Ihre Anträge liefen unter anderem auf den Stopp der Entwicklung und Beschaffung des MRCA und des JÄGER 90 hinaus und summierten sich auf eine Einsparungshöhe von 2,431 Mrd. DM. Der Haushaltsausschuß veränderte diesen Vorschlag ebenfalls nur unwesentlich und empfahl dem Bundestag im Mai einen Gesamtplafond für den EPl 14, der mit 52,535 Mrd. DM knapp 70 Mio. DM unter dem Regierungsentwurf vom Juli 1990 lag.[60]

---

53 Zit. nach: Wehrdienst 1263/1991, 3.

54 BMVg 1991l, 37ff.

55 Ebd, 42f.

56 BMVg 1991l, 45ff.

57 Vgl. BMVg (1991i, besonders 13ff.).

58 Vgl. Deutscher Bundestag / Verteidigungsausschuß 1991f.

59 Vgl. Deutscher Bundestag / Haushaltsausschuß 1991c.

60 Wehrdienst 1271/1991, 1f.

## Der Beginn der "Seitenfinanzierung"

Vom Kabinett beschlossen wurde bei der Verabschiedung des Regierungsentwurfs Ende Februar 1991 - eine Woche nachdem der Krieg gegen den Irak infolge der Besetzung Kuwaits von der von den USA geführten Staatenkoalition begonnen worden war - auch, daß der Bundeswehr in den folgenden vier Jahren insgesamt 1,5 Mrd. DM aus dem Einzelplan 60 (Allgemeine Finanzverwaltung) für den Ausgleich von Leistungen und die Ersatzbeschaffung von militärischer Ausrüstung zufließen sollten, die die Bundeswehr für die am Krieg vor Ort beteiligten Alliierten erbracht bzw. geliefert hat.[61] Nach Ansicht der Bundesregierung konnte "ohne Ersatz dieser Leistungen die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr nicht erhalten werden".[62] Der Rüstungsbewilligungsausschuß kündigte an, ein besonderes Augenmerk auf die Ersatzbeschaffungen haben zu wollen, nicht zuletzt, weil wegen des knappen Haushalts nach Ankündigung des BMVg kaum "Neubeginner" zu erwarten waren.[63]

Mitte April 1991 sprach das BMVg wegen der Kürze des Golf-Kriegs und dementsprechend geringeren Materiallieferungen von einem Ersatzbedarf von nur noch 1,1 Mrd. DM. Die Militärs und Rüstungsbeamten produzierten deshalb nach Einschätzung eines fachkundigen Beobachters

> "mit Eifer und in Eile ... Begründungen, um sich auch die eigentlich nicht mehr benötigten Haushaltsmittel zu sichern. (...) Das BMVg macht im EPl 60 zusätzlich rund 2,4 Mrd. DM für Rüstungsvorhaben geltend, 'die nach den Erkenntnissen des Golfkriegs für die Bundeswehr vordringlich sind'. Erstaunlicherweise handelt es sich dabei nahezu ausschließlich um solche Projekte, die nach der Kürzung des EPl 14 selbst nicht mehr zu finanzieren sind."[64]

Für die parlamentarische Beratung schlug das BMVg vor, die Erläuterungen des sog. "Golf-Titels"[65] zu erweitern. Die Mittel sollten nicht nur für "Beschaffung von Wehrmaterial, Betriebsstoffe und Materialerhaltung (ohne Kosten des bundeswehreigenen Personals)", sondern auch für Vorhaben verwendet werden können, "deren Bedeutung für die

---

61 Die Zahlungen sollten sich wie folgt verteilen: 500 Mio. DM in 1991, 350 Mio. DM in 1992, 400 Mio. DM 1993 und 250 Mio. DM 1994. (BMVg 1991f, 52) Insgesamt sollte in Kapitel 6007 ein Betrag von 9,876 Mrd. DM veranschlagt werden, die außer den 500 Mio. DM für "Ersatzbeschaffungen von Wehrmaterial einschließlich Ersatzteilen und Betriebsstoffen zur Erhaltung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr" auf die folgenden Verwendungen verteilt werden: 8,25 Mrd. DM für die USA, 800 Mio. DM für Großbritannien, 300 Mio. DM für Frankreich sowie 300 Mio. DM für "Beschaffung von Patriot-Luftverteidgungssystem für Israel". (Vgl. EPl 60, 66, Bt-Drs. 12/100)

62 Wehrdienst 1259/1991, 2.

63 Vgl. Wehrdienst 1260/1991, 4.

64 Wehrdienst 1266/1991, 3. Dort auch eine detaillierte Liste mit abgegebenem Material, aber noch keine Aufstellung der aus dem EPl 14 verschobenen Beschaffungen. An Entwicklungsprogrammen, die laut BMVg nun aus dem EPl 60 finanziert werden sollen, werden aufgezählt: zeitkritische Bausteine für die künftige Panzerhauptbewaffnung und für das Waffeneinsatz- und Führungssystem Fregatten, Definition und Entwicklung der Modularen Abstandswaffe MAW, Definiton TLVS. Vgl. Wehrdienst Nr. 1266, 22.4.1991, 4.

65 EPl 60, Kapitel 6007 Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Golf-Krieg, Titel 554 01 Ersatzbeschaffungen zur Erhaltung der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr.

Einsatzfähigkeit der Streitkräfte sich im Golfkrieg gezeigt hat".[66] Nach einer Aufstellung von Ende April rechnete das BMVg mit "wirklichen" Ersatzbeschaffungen für 1991 in Höhe von 289 Mio. DM statt der veranschlagten 500 Mio. DM. Die Liste der Vorhaben, die das BMVg für "vordringlich nach den Erkenntnissen des Golfkrieges" zusätzlich finanziert haben wollte und die sie deshalb den Parlamentariern übermittelt hat, umfaßte acht Entwicklungs- und über ein Dutzend Beschaffungvorhaben. 1991 sollten dafür 213,3 Mio. DM und bis 1995 insgesamt 2,3924 Mrd. DM aufgewendet werden.[67]

Im Verteidigungsausschuß des Bundestags stieß die Hardthöhe mit diesem Vorschlag bei den Vertretern der Regierungsparteien auf offene Ohren. Mit ihrer Mehrheit, gegen die Stimmen der SPD und in Abwesenheit der Gruppen PDS / LL und Bündnis 90 / Grüne empfahlen sie bei den Etatberatungen in der zweiten Aprilhälfte 1991 dem federführenden Haushaltsausschuß: "Die Zweckbestimmung und die Erläuterung dieses Titels werden so gefaßt, daß auch Entwicklungen und Beschaffungen solcher Vorhaben finanziert werden können, deren Bedeutung für die Einsatzfähigkeit moderner Streitkräfte sich im Golfkrieg gezeigt hat."[68]

Die Berichterstattergruppe des Haushaltsausschusses hatte in ihren Vorschlägen die alte Beschränkung (nur Ersatzbeschaffungen für abgegebenes Material) noch beibehalten. Wegen des von der Bundeswehr gemeldeten geringeren Bedarfs wurde der Ansatz sogar auf 285 Mio. DM und die Verpflichtungsermächtigungen auf 1,449 Mrd. DM bis 1994 gesenkt.[69] Der Haushaltsausschuß insgesamt schloß sich aber in seinen abschließenden Beratungen des EPl 60 in der zweiten Maihäfte 1991 der Empfehlung des Verteidigungsausschusses und einem Antrag der Haushaltsgruppen der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion an.[70] Die Titelerläuterungen wurden zum Vorteil der Streitkräfte und ihrer Lieferanten ergänzt.[71] Die neu aufgenommene Erläuterung ermöglicht "Entwicklung und Beschaffung von Wehrmaterial als Folge von Erkenntnissen aus dem Golfkonflikt und Ersatzbeschaffungen von Wehrmaterial, soweit durch die Abgabe die Materialsubstanz der Bundeswehr nachhaltig gemindert wurde und weiterhin Bedarf besteht". Auch die vom Haushaltsausschuß kurz vor Verabschiedung des Gesamtetats Anfang Juni vorgenommene Reduzierung des für 1991 vorgesehenen Ansatzes des Golf-Titels (6007 / 554 01) von 500 Mio. DM auf 285 Mio. DM war nicht zum Nachteil der Bundeswehr. Es wurden lediglich 215 Mio. DM in einen anderen Titel[72] umgeschichtet, weil das Verteidigungsministerium die möglichen "Ersatzbeschaffungen" nicht schnell genug und in vollem Umfang in diesem Haushaltsjahr auf den Weg bringen konnte.[73] Die umgeschichteten Gelder dienten zum Kauf von drei Airbus A-310 von der Interflug.

---

66 Wehrdienst 1266/1991, 2.

67 Wehrdienst 1267/1991, 2f. Dort auch eine Liste der einzelen Vorhaben mit Einzelsummen für die Jahre 1991 bis 1995.

68 Deutscher Bundestag / Verteidigungsausschuß 1991b.

69 Jedoch wurden auch zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen für zwei U-Boote 212 für Israel und höhere Zahlungen an die Alliierten eingeplant. Vgl. Deutscher Bundestag / Haushaltsausschuß 1991 (Ha-Drs 228).

70 Vgl. Deutscher Bundestag / Haushaltsausschuß 1991 (HA-Drs 233).

71 Wehrdienst 1271/1991, 2.

72 6002 / 811 01, Ersatzbeschaffung von Flugzeugen für die Flugbereitschaft des BMVg.

73 Wehrdienst 1274/1991, 1.

Mit seiner im Juni 1991 vorgelegten "Ausplanung" überstieg das BMVg die im Titel 554 01 veranschlagten Mittel in Höhe von 1,449 Mrd. DM in verschiedener Hinsicht. Zum einen legte es eine Liste "I" vor, deren Ausgaben sich auf insgesamt 1,891 Mrd. DM beliefen, wobei 441,9 Mio. DM in den Jahren 1995ff. fällig werden sollten. In einer Liste "II" führte das Verteidigungsministerium weitere Ersatzbeschaffungen mit einem Volumen von 1,541,5 Mrd. DM für den Fall, daß "vorstehend unter I. aufgeführte Vorhaben nicht realisiert werden können".[74] In der Liste war der größte Teil, 1,056 Mrd. DM, für militärische Beschaffungen vorgesehen. Auf der Beschaffungsliste standen neben etlichen wirklichen Ersatzbeschaffungen für abgegebenes Material eine Vielzahl von Systemen, die mit Erkenntnissen aus dem Golf-Krieg begründet wurden.[75] Als Nummer 19 auf dieser Liste taucht auch die "Umrüstung der Flugzeuge B-707" auf, die in einer Fußnote erläutert werden: "für den Umbau von vier Luftfahrzeugen der BMVg-Flugbereitschaft zu Tankflugzeugen"![76] Unter wehrtechnischen Entwicklungen waren auf der ersten Liste sieben Positionen verzeichnet, die alle mit Erkenntnissen aus dem Golf-Krieg begründet wurden, aber - wie oben bereits angemerkt - Vorhaben darstellten, für deren Finanzierung im EPl 14 nicht ausreichend Gelder zur Verfügung standen.[77]

Für alle größeren Vorhaben (über 50 Mio. DM) aus diesem Titel muß dem Haushaltsausschuß wie üblich zuvor der Vertrag vorgelegt werden. Diese Möglichkeit nutzten die Abgeordneten aller Parteien und verweigerten vor der Sommerpause 1991 einen Beschluß über die Mittel für den Umbau der B-707 zu Tankflugzeugen. Andere als kritisch angesehene Projekte, die ebenfalls erst im September 1991 entschieden werden sollten, waren die Verbesserung der C-160 und die Satellitenfunkstation.[78] Den Mindestbedarf von zehn handelsüblichen Satellitenfunkstationen begründete das BMVg mit der Erfahrung, daß Bundeswehreinheiten in der Türkei und im Mittelmeer mit dem vorhandenen

---

74 Zit. nach: Wehrdienst Nr. 1275, 24.6.1991, 1.

75 In Klammern die für 1991-1995 geplanten Gesamtkosten: Satellitenfunktstation (1,5 Mio. DM), Munition 150mm (21 Mio. DM), AMRAAM (168 Mio. DM), Bomben BLU-109 (25,4 Mio. DM), Verbesserung der Streitkräftespezifischen Datenverarbeitung (48 Mio. DM), Umrüstung Schiffe (20 Mio. DM), Minenjagd und Minentauchsonare (47 Mio. DM), Verbesserungen an C-160 Transall (310,6 Mio. DM), Truppenversuchsmuster KZO (81 Mio. DM). Vgl. Wehrdienst Nr. 1275, 24.6.1991, 2. Vgl. zur Begründung einiger der Projekte durch das BMVg Wehrdienst Nr. 1281, 26.8.1991, 2f.

76 Ebda.

77 KZO (216 Mio. DM), ANS (228 Mio. DM), Führungsgrundsystem Heer HEROS (23,9 Mio. DM zusätzlich zu EPl 14), MAW Definitionsphase (108 Mio. DM), HFlaAFüSys / Datenverbund und Tiefflieger-Überwachungsradar (22,8 Mio. DM zusätzlich zu EPl 14), Flugabwehrsystem 27mm Vierling (26 Mio. DM), diverse Forschungs- und Technologievorhaben (30,1 Mio. DM). Auf der zweiten Liste stehen acht Beschaffungsvorhaben für 735,5 Mio. DM (VHF-Störsender, 40 Mio. DM; Kampfwertsteigerung Spürpanzer Fuchs, 12 Mio. DM; TORNADO-Ersatzteile, 100 Mio. DM; Mobile Ausstattung für Sanitätsstaffel der Marine, 22 Mio. DM; Geräteprogramm Schiffe, 35 Mio. DM; Verbesserung Luftraumüberwachung im Osten, 370 Mio. DM; zeitkritische Bausteine für FlaRak-Gefechtsstand SAMOC, 27,8 Mio. DM; Ersatz Munition 155mm, 128,7 Mio. DM) und fünf wehrtechnische Entwicklungen für 806 Mio. DM (Künftige Panzerhauptbewaffnung Teil I+II, 260 Mio. DM; Diverse Forschungs- und Technologievorhaben, 72 Mio. DM; TLVS Definitionsphase, 200 Mio. DM; Kampfwertsteigerung RAM, 88 Mio. DM; Waffen-, Waffeneinsatz- und Führungssystem für künftige Fregatten, 186 Mio. DM). (Wehrdienst 1276/1991, 2)

78 Allerdings wurden auch die bewilligten 48 Mio. DM für - so das BMVg - "spezielle DV-Verfahren und Werkzeuge (vor allem logistische) und DV-Austattungen (z.B. Rechner) benötigt, die noch nicht verfügbar sind", mit Einsätzen im NATO-Gebiet und - sobald für die verfassungsrechtlichen Grundlagen gesorgt ist - im internationalen Rahmen begründet. (Vgl. Wehrdienst Nr. 1278, 15.7.1991, 1)

Fernemeldegerät nicht "geführt" werden können. Die Verbesserungen der C-160 Transall soll mit einer marktverfügbaren automatischen Navigations- / Flugregelanlage eine autonome, vom Boden unabhängige Navigation ermöglichen, die bei Einsätzen außerhalb kontrollierten Luftraums und ohne Bodennavigationseinrichtungen, d.h. für überregionale Einsätze unerläßlich seien.[79] SPD-MdB Kolbow urteilte, hier würden "schon Beschaffungen für eine neue Strategie, nämlich den 'out-of-area'-Einsatz integrierter Streitkräfte" realisiert.[80] Ohne den Ausdruck zu benutzen bestätigte das BMVg diese Beurteilung indirekt, indem festgestellt wird, ohne Nachbetankung entstehe ein hoher personeller, finanzieller und zeitlicher Aufwand, etwa durch Zwischenlandungen bei Operationen über größere Entfernungen". Auch nach der Umrüstung könnten die B-707 für Bedarfsspitzen (mobile Eingreifverbände) weiterhin für Frachttransporte eingesetzt werden.[81]

Im Einzelplan 60 waren für 1991 neben diesen Entwicklungs- und Beschaffungsausgaben in Höhe von 500 Mio. DM weitere 120 Mio. DM aus dem Programm "Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" für Bauunterhaltungsmaßnahmen eingeplant.[82] Darüberhinaus standen dem BMVg weiterhin circa 1,4 Mrd. DM für die durch die Tarifabschlüsse steigenden Personalausgaben zur Verfügung.[83]

### II.2.3 Haushalt 1992 - Verschobene Reduzierung

Die Behandlung des Haushaltsentwurfs für 1992 stand weitgehend unter denselben Vorzeichen, wie die Beratungen des Haushalts für das laufende Jahr in den Monaten zuvor. Für den Einzelplan 14 war im Regierungsentwurf eine Höhe von 52,5 Mrd. DM vorgesehen - 1,4 Mrd. DM mehr, als in dem einige Monate zuvor verabschiedeten 24. Finanzplan vorgesehen waren. Gegenüber dem Plafond für 1991 sollte der EPl 14 nicht mehr um 2,8%, sondern nur noch um 0,1% sinken. Insofern waren zwei Protokollnotizen an das Bundeskabinett, in denen Verteidigungsminister Stoltenberg anläßlich der Etatberatungen die Erhöhung des geschrumpften Verteidigungsetats gefordert hatte, nicht "vergebens".[84] Begründet wurde die Zurücknahme der Reduzierung mit den "Mehrkosten für die Lohnrunde 1991".[85] Dies ist insofern irreführend, weil derartige Kosten aus haushaltsrechtlichen Gründen im EPl 60 veranschlagt werden (müssen). Die Bundesregierung stellte im 25. Finanzplan fest, trotz der grundlegend veränderten politischen und militärischen Situation in Europa benötige die Bundesrepublik auch künftig die Erhaltung von militärischen Fähigkeiten im Rahmen der auch weiterhin "unverzichtbaren" NATO, was "auch in Zukunft gut ausgebildete und ausgerüstete Streitkräfte" voraussetze. Die "Sicherheitsvorsorge" könne jedoch mit weniger Waffen und

---

79 Vgl. Wehrdienst Nr. 1279, 22.7.1991, 4.

80 Zit. nach: Wehrdienst 1276/1991, 2.

81 Zit. nach: Wehrdienst Nr. 1276, 1.7.1991, 4.

82 Vgl. EPl 60, Bt-Drs. 12/100.

83 Vgl. auch Wellmann 1991, 178f.

84 So die Einschätzung in: Der Spiegel, Nr. 44, 28.10.1991, 18.

85 BMVg 1991f, 7. In einem Fachzeitschriftenartikel wurde darauf hingewiesen, daß alle in der Mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Personalausgaben "nicht realistisch" seien, weil die "jährlichen Einkommenssteigerungen von rund 5%" nicht mitberechnet seien. Rechnete man sie hinzu, müßte dieser Ausgabenposten "von 1992 bis 1995 von 26,27 Mrd. DM auf 30,39 Mrd. DM" und der EPl 14 auf "mindestens 52,22 Mrd. DM ansteigen". (Bebermeyer 1992b, 172, Fn. 3)

Soldaten gewährleistet werden. Im Hinblick auf die Personalverringerung sollte der Einzelplan 14 nun erst in den Jahren 1993 bis 1995 stufenweise "jährlich um 1,5 Mrd. DM abgesenkt" werden. Trotz des Personalabbaus werde durch Planstellenhebungen "sichergestellt, daß die Bundeswehr als Arbeitgeber nicht an Attraktivität einbüßt".[86] Der Anteil des EPl 14 an den Bundesausgaben sollte, da diese um rund drei Prozent auf 422,56 Mrd. DM steigen sollten, gegenüber 1991 von 12,8% auf 12,4% sinken und hätte damit den niedrigsten Wert seit 1956.[87] Nach NATO-Kriterien sollten die Ausgaben gegenüber dem Vorjahressoll um ein Prozent auf 68,8 Mrd. DM ansteigen, was einem Anteil von 16,3% an den Bundesausgaben entspricht.[88] Innerhalb des Einzelplan 14 stieg der Anteil der Betriebsausgaben noch einmal (von 72,0%) auf 74,8%; der investive Anteil sank entsprechend von 28% auf 25,2%. Im Gegensatz zum Vorjahr wurde für den EPl 14 keine globale Minderausgabe (1991: eine Milliarde DM) mehr ausgebracht.[89]

Der Anstieg der Betriebsausgaben entstand nach Darstellung des BMVg durch die Mehrkosten für die Lohnrunde 1991 und durch den höheren Bedarf für die Unterhaltung von Grundstücken und Liegenschaften sowie durch zusätzlichen Bewachungsaufwand (plus 119 Mio. DM = +1,5%).[90] Die Personalausgaben sollten 1992 trotz schon erfolgter und weiter notwendiger Personalreduzierungen um 639 Mio. DM (oder 2,5%) steigen; sie sollten damit erstmals die 50%-Marke am Verteidigungshaushalt übersteigen. Der erste Abbauschritt im Jahr 1991 sollte 63.079 Soldaten und 13.081 Zivilstellen umfassen. Für 1992 war eine Reduzierung um 26.066 Soldaten und 7.610 zivilen Haushaltsstellen geplant.[91] Das BMVg wies darauf hin, daß der 92er Haushalt wie schon im Vorjahr "trotz des fortgeführten Personalabbaus ... aber auch einige Verbesserungen" für Berufsoffiziere und Beamte des mittleren und gehobenen Dienstes durch insgesamt 1.862 Planstellenhebungen bringe. Mit diesen Anhebungen würden die Laufbahn- und Beförderungsaussichten für Portepeeunteroffiziere und Beamte "deutlich verbessert"[92], ohne daß die Mehrkosten für diese Verbesserungen quantifiziert worden wären. Es könnte sich immerhin um einen Betrag von circa 300 Mio. DM handeln. Dies ist die Differenz aus dem Zuwachs für die Lohnrunde 1991, vermindert um die im folgenden geschilderten Einsparungen. Außerdem sollte das "Attraktivitätsprogramm" fortgesetzt und mit 426 Mio. DM dotiert werden.[93] Die durch den Personalabbau erzielten Einsparungen sollten sich 1992 auf insgesamt 784,7 Mio. DM belaufen. Darüberhinaus wurden die Personalausgaben im EPl 14 um 308 Mio. DM entlastet, weil Leistungen aus NVA-Versorgungssystemen ab dem 1.1.1992 von den gesetzlichen Rententrägern übernommen worden waren.[94] Im Bereich Materialerhaltung und Betrieb sollten bei Schiffen und Fahrzeugen wegen geringerer Bestände "im Hinblick auf die neue Streitkräftestruktur" die Ausgaben um zusammen 170 Mio. DM zurückgehen. Beim größten Einzelposten Flugzeuge sollten sich die Ausgaben für

---

86 Der Finanzplan des Bundes 1991-1995, Bt-Drs. 12/1001, 9.

87 BMVg 1991f, 8.

88 BMVg 1991f, 44.

89 BMVg 1991f, 10.

90 BMVg 1991f, 10.

91 BMVg 1991f, 14ff.

92 BMVg 1991f, 3. Vgl. zu den Daten und Details ebd, 14ff.

93 Ab diesem Jahr wird es aber nicht mehr gesondert ausgewiesen, sondern in den einschlägigen Kapiteln und Titeln veranschlagt. (Vgl. BMVg 1991f, 13)

94 Vgl. BMVg (1991, 15a und 16a) (Va-Drs 15)

Alpha Jet und Phantom RF 4E leicht auf 1,878 Mrd. DM erhöhen. Für die "Vernichtung von Wehrmaterial" wurde mit höheren Ausgaben (93 Mio. DM) gerechnet.[95]

Die investiven Ausgaben deckten die rechtlichen Verpflichtungen und es sollte sogar, was 1991 nicht möglich war, ein - wenn auch "äußerst geringer" - "Spielraum für neue Vorhaben" vorhanden sein.[96] Auch im Hinblick auf 1992 wurde betont, der Forschung, Entwicklung und Erprobung (FEE) komme bei der erforderlichen Umstrukturierung der Streitkräfte besondere Bedeutung zu. Wegen der knappen Haushaltsmittel könnten aber keine neuen Vorhaben begonnen werden. Die Schwerpunkte bei der Wehrtechnischen Forschung und Technologie wurden im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert. Bei der Allgemeinen Wehrtechnischen Entwicklung und Erprobung könnten die "laufenden Programme mit hoher Priorität" fortgeführt werden.[97] Es würden zwar wie im Vorjahr keine neuen Vorhaben, im Unterschied zu 1991 aber "einige wenige neue Phasen bei laufenden Vorhaben" begonnen werden können.[98] Die von 9,459 Mrd. DM in 1991 auf 7,848 Mrd. DM (-1,611 Mrd. DM = 17%) sinkenden Ausgaben für militärische Beschaffungen sollten ausreichen, bestehende Verpflichtungen zu erfüllen, nicht aber für den Beginn "nennenswerter Vorhaben".[99] Nach den Erläuterungen der Hardthöhe waren in diesem Haushaltsentwurf wiederum der größere Teil (ca. zwei Drittel oder über eine Milliarde D-Mark) des Rückgangs der Beschaffungsausgaben auf das planmäßige Auslaufen von einigen Programmen (wie z.B. LEOPARD 2, MRCA Tornado, PATRIOT / Roland) und den wegen des sinkenden Personalumfangs tatsächlich verminderten Bedarf (z.B. bei Verpflegungsvorräten und Bekleidung) zurückzuführen.[100] Da von den Soll-Ausgaben für 1991 auch noch 400 Mio. DM als Anteil an der globalen Minderausgabe abzuziehen sind und außerdem noch 120 Mio. DM Aufwendungsersatz für stornierte NVA-Beschaffungsaufträge in 1992 entfallen sollte, verminderte sich nicht nur die zunächst beeindruckende Reduzierungsrate von nominal 17%; es wird auch deutlich, daß die Bundeswehr bei den Rüstungsausgaben bis Mitte 1991 nur Kürzungen vorgenommen hatte, die sich bestenfalls auf dreistellige Millionenbeträge summierten und auch diese nur durch die von politischer Seite bewerkstelligte Haushaltsbegrenzung erzielt wurden.[101] Bei den militärischen Anlagen gab es nur unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr. Der Bedarf in

---

95 Davon für Munitionsvernichtung 107 Mio. DM, für Zerstörung von Großgerät 76 Mio. DM (=183 Mio. DM); vermindert um erwartete VEBEG-Erlöse von 90 Mio. DM. (Vgl. BMVg 1991f, 19f.)

96 BMVg 1991f, 4.

97 Zu den Projekten, die "insbesondere" fortgeführt werden, ist zusätzlich zu den im letzten Jahr genannten der NH-90 hinzukommen.

98 Vgl. BMVg 1991f, 25ff, und BMVg 1991l, 20a.

99 Vgl. BMVg 1991f, 29ff.

100 Weiterer Minderbedarf liegt bei (in Klammern im Vergleich zum Vorjahresansatz): Auslaufen der Rüstungssonderhilfe für die Türkei (-107 Mio. DM), die nur zu einem kleinen Teil durch den Beginn der Rüstungssonderhilfe für Griechenland ausgeglichen wird (+27 Mio. DM); Aufwendungsersatz NVA-Verträge (-120 Mio. DM); Vielzahl laufender Vorhaben Fernmeldematerial (-124 Mio. DM); Feldzeugmaterial (-180 Mio. DM); LEOPARD-2 (-130 Mio. DM); MARS / MLRS (-30 Mio. DM); Vielzahl weiterer Vorhaben bei Kampffahrzeugen (-80 Mio. DM); Munition (-180 Mio. DM); MRCA Tornado (-400 Mio. DM). Vgl. BMVg 1991f, 29ff. und BMVg 1991l, 21a und 22a.

101 Die für den Haushalt 1992 vom BMVg gemachten Feststellungen, der Ansatz bei Flugzeugen (731 Mio. DM) reiche "zur Deckung des Bedarfs" bei einem "Materialvolumen" von "rund 1.300 Mio. DM" nicht aus und Eingriffe in laufende Vorhaben seien "unvermeidlich", sind kaum anders zu erklären, als daß sie auf der Grundlage der alten, weitgehend beibehaltenen Planungen gemacht wurden. Ähnliche Hinweise finden sich bei Schiffen (Ansatz 1.080 Mio. DM, "Materialvolumen" 1.419 Mio. DM). (Vgl. BMVg 1991l, 22a)

der ehemaligen DDR sollte dazu führen, daß geplante Maßnahmen in der alten Bundesrepublik zurückgestellt werden mußten. Noch immer unter dem Vorbehalt, daß die Verhandlungen über das NATO-Infrastrukturprogramm noch nicht abgeschlossen waren, wurde der Ansatz hierfür noch einmal um 120 Mio. DM gesenkt.[102]

Für die Beratungen im Verteidigungsausschuß legte das BMVg wiederum eine Liste mit ressortfremden Ausgaben vor, die im wesentlichen dieselben Posten enthielt wie im Vorjahr und sich auf 2,311 Mrd. DM summierte. Die Veranschlagung dieser Ausgaben im EPl 14 verfälsche "das Bild über die Höhe der Verteidigungsausgaben in der Öffentlichkeit".[103] Der Verteidigungsausschuß erteilte daraufhin einen Prüfungsauftrag, wonach der Verteidigungsminister "in Abstimmung mit den betroffenen anderen Ressorts die sogenannten 'Fremdmittel' aus dem EPl 14 herausnehmen" sollte.[104] Im März 1992 berichtete der Parlamentarische Staatssekretär des BMVg, Hennig, dem Verteidigungsausschuß, nach Verabschiedung des Prüfauftrags sei eine Entlastung in 1992 nicht mehr zu erreichen gewesen. Im Vorfeld der Aufstellung des 93er Haushalts habe der Bundesverteidigungsminister sein Anliegen einer sachgerechten Veranschlagung erneut an den BMF herangetragen. Der BMF sehe aber "keine Chance, mit den betreffenden Ressortes über eine Ausgliederung ... in andere Einzelpläne Einvernehmen zu erzielen". Bereits im Jahr zuvor hatten die Ressorts einer veränderten Veranschlagung widersprochen. Dagegen spreche auch nach BMF-Sicht sowohl die Koalitionsvereinbarung vom 16.1.1991 als auch der zu befürchtende Vorwurf, "die Bundesregierung wolle Verteidigungsausgaben verschleiern und die Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der vielfach erhobenen Forderung nach Absenkung der Verteidigungsausgaben täuschen; die Ausgliederung könne als 'reine Kosmetik' bezeichnet werden".[105]

Wie im Vorjahr wurde der Entwurf des Einzelplan 14 im Verteidigungsausschuß Anfang Oktober 1991 mit den Stimmen der Vertreter der Regierungsparteien angenommen, die SPD lehnt ihn ab. Dagegen stimmte auch die Gruppe PDS / LL; die Gruppe Bündnis 90 / Grüne nahm an der Abstimmung nicht teil.[106] Sie hatte aber in zahlreichen Anträgen, die dann bei der Abstimmung meist nur von der PDS / LL unterstützt wurden, die Streichung fast aller Großprogramme bei militärischen Beschaffungen vorgeschlagen.[107] Die Ausschußmehrheit setzte sich in mehreren Anträgen außer für weitere Personalverbesserungen auch für die Verlagerung der Munitionsvernichtungskosten in den EPl 60, die Beschaffung von Heros-2/1 (202 Mio. DM) und weiterer 48 Spürpanzer Fuchs (ca. 96 Mio. DM) sowie die Erhöhung des Schiffsbeschaffungstitel (1418 / 554 01) um 70 Mio. DM ein, um die Beschaffung eines ersten Loses von vier U-Booten 212 einleiten zu können.[108] Die SPD brachte dagegen nicht mehrheitsfähige Anträge ein, deren Schwerpunkt neben Personalverbesserungen (v.a. für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen) auf der Reduzierung diverser Großbeschaffungsprogramme lag - komplett gestrichen werden sollten "nur" die

---

102 BMVg 1991f, 34ff.

103 BMVg 1991h.

104 Deutscher Bundestag / Verteidigungsausschuß 1991d, Nr. 6.

105 BMVg / PSTS 1991d.

106 Vgl. Deutscher Bundestag / Verteidigungsausschuß 1991e.

107 Vgl. Deutscher Bundestag / Verteidigungsausschuß 1991g.

108 Vgl. Deutscher Bundestag / Verteidigungsausschuß 1991e. Die Spürpanzer sollten zusätzlich zu der im dritten Nachtragshaushalt 1990 bewilligten und aus dem EPl 60 finanzierten Beschaffung von 44 Spürpanzern anstelle von Transportpanzern und der Beschaffung von 45 ABC-Spürausstattungen erfolgen. (Vgl. Wehrdienst Nr. 1291, 4.11.1991, 2.)

Entwicklungsgelder für den Jäger 90 und für den PAH-2 sowie die Programme im EPl 60 - und die insgesamt eine Einsparung von etwas über vier Milliarden D-Mark ausgemacht hätten.[109] Die SPD-Fraktion kritisierte, daß "die bisherigen Ausrüstungs- und Rüstungsprogramme im Grundsatz unverändert fortgeschrieben" worden seien und der Etat "keine Grundlage für einen Umbau unserer Streitkräfte bietet, der sich an den drastisch veränderten strategischen und operativen Gegebenheiten orientiert". Die Sozialdemokraten forderten demgegenüber in der Begründung ihres Antrags auf Ablehnung des Einzelplan 14-Entwurfs, den "Vollzug der bisherigen Bundeswehrplanung für drei Jahre auszusetzen (...), alle eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen zu überprüfen und notfalls zu kündigen" und keine neuen Rüstungsprojekte zu beginnen.[110] In einem weiteren von der Regierungsmehrheit abgelehnten Antrag wollte die SPD-Fraktion die Bundesregierung auffordern, ein "zukunftsorientiertes Standorte-Konversionsprogramm" vorzulegen sowie "unverzüglich" ein auf zehn Jahre angelegtes "Sonderkonversionsprogramm" zu starten, das mit jährlich mindestens 2,4 Mrd. DM ausgestattet sein sollte, die wiederum aus dem Verteidigungshaushalt erwirtschaftet werden sollten.[111]

Die Berichterstattergruppe des Haushaltsausschusses übernahm keine der Empfehlungen des Verteidigungsausschusses.[112] Der Haushaltsausschuß insgesamt verlangte zunächst vor einer Zustimmung zum Beginnn der U-212-Beschaffung ein Konzept von BMVg und BMF zur langfristigen Finanzierbarkeit bis zum Jahr 2000, stellte aber schließlich die erforderlichen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 2,825 Mrd. DM - allerdings qualifiziert gesperrt - bereit.[113] Die Empfehlung des Verteidigungsausschusses, bei der Munitionsbeschaffung 130 Mio. DM bis zu Vorlage einer Beschaffungsplanung für die künftigen Jahre qualifiziert zu sperren, folgte der Haushaltsausschuß mit der Sperrung von 50 Mio. DM nur teilweise.[114] In seiner letzten Beratungsrunde kürzte der Haushaltsausschuß 120 Mio. DM bei den Bezügen der Berufssoldaten und der Soldaten auf Zeit (1403 / 423 01), weil mit einer nachlassenden Verpflichtungsbereitschaft für den Dienst in der Bundeswehr gerechnet wurde.[115] Letztendlich lag der vom Bundestagshaushaltsausschuß verabschiedete EPl 14 mit 52,124 Mrd. DM rund 411 Mio. DM unter dem Soll für 1991. Die Kürzungen bezogen auf den EPl 14-Regierungsentwurf für 1992 betrugen 376,2 Mio. DM.[116] Die "nicht mehrheitlich unterstützten Änderungsvorschläge" des Mitberichterstatters Jungmann (SPD) sahen dagegen Kürzungen in Höhe von knapp 3,5 Mrd. DM vor.[117]

---

109 Vgl. Deutscher Bundestag / Verteidigungsausschuß 1991d, besonders die Aufstellung von Jungmann (Nr.59).

110 Vgl. Deutscher Bundestag / Verteidigungsausschuß 1991d, Nr.1. Vgl. auch Bt-Drs. 12/1650.

111 Vgl. Deutscher Bundestag / Verteidigungsausschuß 1991d, Nr.3.

112 Vgl. Deutscher Bundestag / Haushaltsausschuß 1991 (HA-Drs. 460).

113 Vgl. Bt-Drs. 12/1600, 75; Wehrdienst 1290/1991, 4; Wehrdienst 1293/1991, 1.

114 130 Mio. DM sind nach Angaben des Verteidigungsministeriums die Summe, die im nächsten Jahr für neue Projekte zur Verfügung stünde. (Vgl. BMVg ( Stellvertreter 1991, 2) In der "vorläufigen Grundlage" des BMVg von Ende Oktober 1991 wird auch festgestellt, die bisherigen Beschaffungspläne für Munition seien "teilweise überholt" und wegen nicht abgeschlossener Planungen könne noch kein endgültiges Bevorratungs- und Beschaffungskonzept vorgelegt werden.

115 Wehrdienst 1293/1991, 1.

116 Sie sind wie folgt verteilt: Betriebsausgaben 294,4 Mio. DM, investive Ausgaben 81,8 Mio. DM. Vgl. Bt-Drs. 12/1601 und 12/1602 sowie Wehrdienst 1295/1991, 1.

117 Vgl. Deutscher Bundestag / Haushaltsausschuß 1991 (HA-Drs. 460).

Eine Forderung des Bundesrates, im Einzelplan 14 eine globale Minderausgabe von drei Milliarden D-Mark auszubringen, lehnte die Bundesregierung ab, weil sie dafür "kein weiteres Einsparungspotential" in dem Einzelplan sah.[118] Geht man jedoch von den bestehenden rechtlichen Bindungen aus, die für das Jahr 1992 nur im investiven Bereich bereits eingegangen worden waren, hätte noch ein Einsparungspotential bestanden. Nach einer Aufstellung des Verteidigungsministeriums, die nach einer entsprechenden Aufforderung des SPD-Abgeordneten Kolbow angefertigt wurde, waren am 30.10.1991 im Bereich FEE 0,182 Mrd. DM (=6,51% des Haushaltsansatzes), bei militärischen Beschaffungen 1,238 Mrd. DM (=15,85% des Haushaltsansatzes) und bei militärischen Anlagen 0,759 Mrd. DM (=35,6% des Haushaltsansatzes), insgesamt im EPl 14 also 2,18 Mrd. DM (=16,57% der geplanten investiven Ausgaben) noch nicht gebunden.[119]

Werner Schulz forderte in den abschließenden Lesungen des Bundeshaushaltes für das Bündnis 90 / Grüne die mittelfristige Halbierung des Verteidigungshaushaltes. Verschiedene Gruppierungen der Friedensbewegung forderten in ihrem "Hannoverschen Appell" die vollständige Befreiung vom Rüstungswahn", d.h. eine völlige Streichung der Militärausgaben.[120]

## EPl 60 / 1992 - Fast 400 Millionen DM für Rüstung

In diesem EPl 60 waren Ausgaben in Höhe von 137,9 Mio. DM für rund 3.900 "ressortfremde" Personalstellen "im Beitrittsgebiet" veranschlagt. Sie nahmen "nicht zu den originären Aufgaben der Bundeswehr" zählende Tätigkeiten wahr, die früher von der NVA erledigt wurden und die "mangels Aufnahmekapazität noch nicht an die zuständigen Länder und Kommunen abgegeben werden" konnten. Wiederum 20 Mio. DM waren für den Berlin-Shuttle-Verkehr eingeplant. Ferner waren aus dem "Gemeinschaftswerk 'Aufschwung Ost'" 20 Mio. DM für Gebäudeinstandsetzungen und 30 Mio. DM für ABM-Maßnahmen für die Erfassung und Beseitigung von Altlasten auf NVA-Liegenschaften vorgesehen.[121] Bei den Ersatzbeschaffungen (Erstattung für die Golf-Hilfe) waren ursprünglich 514 Mio. DM eingeplant.[122] Der Verteidigungsausschuß empfahl Anfang Oktober 1991 mit den Stimmen der Abgeordneten der Regierungsparteien, gegen die Stimmen der SPD und der PDS / LL bei Abwesenheit von Bündnis 90 /Grüne dem Haushaltsausschuß, den Regierungsentwurf anzunehmen.[123]

Trotz "erheblicher Kritik", daß die Bundeswehr den Abbau der Grenzanlagen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze an eine privatrechtliche Stiftung übertragen und nicht selbst ausgeführt hat, war der Haushaltsausschuß bereit, die dafür erforderlichen Mittel im EPl 60 zu veranschlagen.[124] In seiner letzten Beratungsrunde kürzte der Haushaltsausschuß auf Vorschlag der Berichterstattergruppe mit der Mehrheit der Koalitionsparteien Mitte

---

118 Vgl. Bt-Drs. 12/1329, 10 und 23f.

119 Vgl. BMVg 1991c.

120 Berliner Zeitung v. 27.11.1991, 3.

121 Vgl. BMVg 1991f, 5f.

122 Für die zwei U-Boote für Israel waren zusätzlich 175 Mio. DM veranschlagt. (Vgl. EPl 60, Bt-Drs. 12/1000, 65)

123 Deutscher Bundestag / Verteidigungsausschuß 1991e.

124 Bt-Drs. 12/1602, 36.

November 1991 den Ansatz für Ersatzbeschaffungen von 514 Mio. DM auf 394 Mio. DM, weil von den Alliierten mehr Bundeswehrmaterial als erwartet zurückgegeben worden war. Der Ansatz lag damit um 109 Mio. DM höher als das Soll für 1991 (285 Mio. DM). Die Höhe der Verpflichtungsermächtigungen wurde entsprechend von 1,449 Mrd. DM auf 1,329 Mrd. DM gesenkt.[125] Ohne den Berlin-Shuttle beliefen sich die Planungen für Bundeswehrausgaben in diesem Einzelplan auf 581,9 Mio. DM.

Aufgrund dieser Veränderungen, aber auch aufgrund der zurückhaltenden Reaktionen der Parlamentarier auf einige Vorhaben, legte das BMVg im Dezember 1991 eine "Neu-ausplanung" des Golf-Titels vor, in der einige Vorhaben aufgegeben (darunter Tankflugzeugumrüstung) und zwischen der ersten und zweiten Liste ausgetauscht wurden.[126] Für 1992 wurden Bewilligungsvorlagen u.a. für die Verbesserung der Luftraumüberwachung Ost, die Beschaffung von AMRAAM und die Anpaßentwicklung APACHE angekündigt. Wie im Oktober 1991 mit der französischen Amtsseite vereinbart worden sei, sei besonderer Wert auf die deutsch-französischen Kooperationsvorhaben KZO, ANS und APACHE zu legen.[127]

### II.2.4 Haushalt 1993 - Der Anfang der jährlichen Reduzierung?

Der Regierungsentwurf für den EPl 14 im Bundeshaushalt 1993 hebt sich in bezug auf die Rüstungs- und Militärausgaben kaum von dem seit dem DDR-Beitritt zu beobachtenden Trend ab. Die wichtigste Veränderung ist darin zu sehen, daß nunmehr die Anfang 1991 beschlossenen Reduzierungsschritte tatsächlich begonnen werden sollen. Mit 50,8 Mrd. DM sollen die Ausgaben um 1,4 Mrd. DM unter dem Plafond vom Vorjahr liegen und einen Anteil von 11,7% am Bundeshaushalt haben. Nach NATO-Kriterien sollen die Ausgaben 65,7 Mrd. DM betragen, was einem Anteil von 15,1% am Bundeshaushalt entspricht.[128]

Die Betriebsausgaben sollen mit 75,6% einen neuen Rekordanteil am EPl 14 erreichen. Die Begründung hierfür - der Sicherstellung des Betriebes und der personellen Einsatzbereitschaft "muß Priorität eingeräumt" werden - erklärt zunächst sehr wenig. Später wird als Grund, warum sich die Personalausgaben - trotz weiterer Personalreduzierung - nur geringfügig (1993 um 20 Mio. DM) verringern sollen, angegeben, die Einsparungen aufgrund des Personalabbaus würden durch den "Mehrbedarf durch die Lohnrunde 1992 ... weitgehend"[129] bzw. "fast vollständig aufgezehrt"[130]. Geplant sind aber auch weitere 2.865 Stellenhebungen für Zivilbedienstete, deren Kosten wiederum nicht gesondert ausgewiesen werden.

---

125 Vgl. Deutscher Bundestag / Haushaltsausschuß 1991 (HA-Drs. 528) und Wehrdienst 1293/1991, 1.

126 Vgl. im Detail Wehrdienst Nr. 1297, 16.12.1991, 3f. Die Verbesserung der Transall rutschte auf die zweite Liste, die Satellitenfunkstationen tauchten nicht mehr auf.

127 Der BMF merkte zu dem Papier an, das BMVg habe keine Vorhaben aus dem EPl 14 verlagert, um Mittel für die U-212-Beschaffung freizumachen. Das bedeutet wohl, daß auch die 2,5 Mrd. DM Verpflichtungsermächtigungen nicht entsperrt werden dürfen. (Vgl. Wehrdienst 1297/1991, 4)

128 BMVg (1992g, 50.

129 BMVg (1992g, 10.

130 Ebda., 16.

Bei Materialerhaltung und Betrieb wirkte sich nach Angaben des BMVg "entlastend" aus, daß "im Zuge der Reduzierung der Streitkräfte Material vermehrt ausgesondert oder durch geringere Übungstätigkeit weniger beansprucht wird"[131]. Die Ausgaben sollen um 4,3% oder 217 Mio. DM auf 4,855 Mrd. DM fallen. Die Verringerungen bei mengenabhängigen Versorgungs- und Verbrauchsgütern macht aber nur einen kleinen Teil (unter einem Drittel) dieses Ausgabenbereiches aus. Fast drei Viertel (oder 3,560 Mrd. DM) sind Rüstungsbeschaffungen im weiteren Sinn - zwecks Erhalt, Reparatur und Betrieb von meist großen Waffensystemen. Hier sind neben den eingangs erwähnten Einspareffekten sogar leichte Ausgabensteigerungen (bei Flugzeugen) festzustellen.[132]

Bei den sonstigen Betriebsausgaben sind die Ursachen für die leichte Steigerung um 1,7% auf 8,072 Mrd. DM nach BMVg-Angaben in dem Mehrbedarf v.a. für Bauten in der Ex-DDR und in der Privatisierung der Flugsicherung zu sehen.[133] Die Reduzierungen gehen hier ebenfalls auf das Konto "Folgen des verminderten Streitkräfteumfangs" (geringere Miete für Fernmeldeleitungen und weniger Gemeinschaftsverpflegung). Dem stehen nicht nur unverändert hohe Ausgaben für Truppenübungen, sondern sogar Ausgabenerhöhungen für die Bewirtschaftung von Grundstücken gegenüber. Die Aufgabe von Liegenschaften führe 1993 noch zu keiner spürbaren Entlastung, "weil bisher vorwiegend Liegenschaften mit geringem Betriebskostenaufwand abgegeben werden konnten". Zudem müßten erheblich gestiegene Komunalabgaben entrichtet werden.[134] Ein quantitativ nicht sehr bedeutsames, politisch aber nicht unwichtiges Detail stellt der Hinweis dar, die gestiegenen Kosten für die militärische Ausbildung im In- und Ausland seien neben veränderten Umrechnungskursen für Fremdwährungen auf den "Umschulungsbedarf für fliegendes Personal und Kosten für die Nachbetankungsausbildung für TORNADO-Besatzungen" verursacht.[135] Auch wenn es sich hierbei um eine schon vor längerem, d.h. im Rahmen von teil-offensiven Strategien gegen die WVO gerichtete und beschlossene Maßnahme handeln sollte, zeugt ihre geplante Durchführung - angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen - von der auch andernorts bewiesenen, speziellen "Fortschrittlichkeit" der Bundeswehr zur Vorbereitung von out-of-Deutschland-Einsätzen.[136]

Während innerhalb der verteidigungsinvestiven Ausgaben der Ansatz für Forschung, Entwicklung und Erprobung insgesamt leicht (um 3,7% oder 110 Mio. DM auf 2,884 Mrd. DM) zurückgeht, erfährt der Teilbereich Wehrtechnische Forschung und Entwicklung eine leichte Steigerung (um 1,4% oder 11 Mio. DM auf 725 Mio. DM), wobei wiederum keine wesentliche Veränderung bei den geförderten Schwerpunkten festzustellen ist. Der Zuwachs im Bereich Systemtechnologie soll auf der Zunahme von taktischen Konzepten beruhen, die auf der neuen Struktur basieren sollen. Auch hier finden sich keine weiteren Informationen, welche dementsprechenden - bislang nicht veröffentlichten - Überlegungen in der Bundeswehr für ihre künftige Ausrüstung angestellt worden sind.[137] Im Rahmen des anderen großen Blocks dieses Ausgabenbereiches, in der Allgemeinen Wehrtechnischen Entwicklung

---

131 BMVg (1992g, 22.

132 Vgl. ebda., 23.

133 BMVg (1992g, 24.

134 BMVg (1992g, 25f.

135 BMVg (1992g, 25.

136 Vgl. zu entsprechenden, vom Generalinspekteur verantworteten Einsatzplanungen: Der Spiegel, Nr. 37, 7.9.1992, 23-24.

137 Vgl. BMVg (1992g, 28ff.

und Erprobung wird die (Weiter-) Entwicklung der bekannten Großwaffensysteme mit dem Jagdflugzeug 90 an der Spitze veranschlagt; Geld für neue Vorhaben stünde nicht zur Verfügung.[138]

Der Rückgang der militärischen Beschaffungen (um 8,7% oder 679 Mio. DM) auf 7,111 Mrd. DM ist erneut Anlaß für dramatische Formulierungen ("reichen gerade noch aus, um bestehende Verpflichtungen ..."). Im Unterschied zu anderen Ausgabenbereichen können nur "nennenswerte Neuvorhaben" nicht begonnen werden - andere, die im übrigen auch nicht genannt werden, wohl scheinbar schon. Die Gründe für den Ausgabenrückgang unterscheiden sich wiederum nicht von denen aus den Vorjahren. Kürzungen bzw. Streckungen in der Beschaffungsplanung scheint es in nennenswertem Umfang bisher lediglich bei Munition gegeben zu haben, wo in den vergangenen beiden Jahren Angehörige verschiedener Parteien mit Recht Einsparungspotentiale gesehen haben: Die Ansätze zur Beschaffung von meist "intelligenter Munition" überstiegen zeitweilig die Summen, die für Kampffahrzeuge und Flugzeuge zusammen aufgewendet werden sollten bzw. ausgegeben wurden. Allerdings soll Munition mit geplanten 1,510 Mrd. DM 1993 immer noch den größten Beschaffungsposten darstellen. Nicht nur nicht gekürzt, sondern erhöht werden sollen die Ausgaben für Schiffe (+20 Mio. DM) und für Flugzeuge (+87 Mio. DM).[139]

Im EPl 60 sind im Kapitel 6007 (Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Golfkrieg) 1993 insgesamt 585 Mio. DM veranschlagt, von denen dem BMVg 400 Mio. DM zugute kommen sollen, weil 185 Mio. DM für zwei U-Boote für Israel vorgesehen sind.

Das Ministerium macht selbst keine Angaben dazu, welche Rüstungsvorhaben mit diesen Geldern beschafft und entwickelt werden sollen. Eine aktuellere Liste der Projekte, die seit dem vergangenen Jahr über diesen "Umweg"-Finanzierung trotz Geldmangel im EPl 14 weiter betrieben oder sogar erst angefangen wurden, als die vom Dezember 1991 liegt bisher nicht vor.[140] Das BMVg macht auch keine Angaben darüber, in welchem Verhältnis die Gelder für diese Projekte oder für "richtige" Ersatzbeschaffungen "für im Golfkrieg an die Alliierten abgegebenes Material" - der ursprünglichen Bestimmung des Titels 55401 - verwendet werden sollen. Es "erläutert" lediglich, daß diese Mittel "im wesentlichen" für Projekte ausgegeben werden sollen, deren Notwendigkeit sich angeblich aufgrund von Erkenntnissen aus dem Weltkrieg erwiesen haben.[141]

Darüber hinaus fließen dem BMVg aus dem EPl 60 für "Ressortfremdes Personal", das mangels "Aufnahmekapazitäten" bei den eigentlich zuständigen Arbeitgebern Ländern und Kommunen noch nicht "abgegeben" werden konnte, 95,2 Mio DM zu. Die Kosten für die Minenräumung und den Abbau der Grenzanlagen v.a. an der ehemaligen innerdeutschen Grenze in Höhe von 150 Mio. DM in 1993 werden ebenfalls aus dem EPl 60 finanziert und vom BMVg an einen privaten Auftragnehmer gezahlt.

---

138 Vgl. BMVg (1992g, 30ff.

139 Vgl. BMVg (1992g, 34ff.

140 Vgl. die Liste mit Vorhaben, für die vom BMVg im Laufe des Jahres 1992 Bewilligungsvorlagen angekündigt worden sind, in: Wehrdienst Nr. 1297/1991, 1.

141 BMVg (1992g, 6.

## II.2.5 Zwischenbilanz

Die Rüstungs- und Militärausgaben in der Bundesrepublik sind - betrachtet man die Haushaltsbeschlüsse für die Einzelpläne 14 und 60 - seit 1989 nominal nicht gefallen, sondern vor allem durch die Übernahme der NVA zunächst um circa zehn Prozent gestiegen. Erst ab 1993 soll mit 51,44 Mrd. DM nach den bisherigen Planungen das Niveau von 1989 unterschritten werden. Das gleiche gilt für die Ausgaben nach NATO-Kriterien, die in 1992 einen Spitzenwert von 68,8 Mrd. DM erreichen sollten.

**Tabelle 2**

**Entwicklung der Rüstungs- und Militärausgaben von 1989 bis 1993 (in Mrd. DM)**

| | 1989 | 1990 | 1991 | 1992[a)] | 1993 |
|---|---|---|---|---|---|
| EPl 14[1)] | | | | | |
| Betriebsausgaben | 35,43 | 39,02 | 39,19 | 38,96 | 38,86 |
| (%-Anteil) | 67,5% | 67,9% | 73,1% | 74,7% | 75,6% |
| -Personal | 23,16 | 25,91 | 26,83 | 25,95 | 25,93 |
| -Materialerhaltung/Betrieb | 5,08 | 5,17 | 4,81 | 5,07 | 4,86 |
| -Sonst. Betriebsaus. | 7,20 | 7,62 | 7,55 | 7,94 | 8,07 |
| Verteidigungsinv. Ausgaben | 17,09 | 18,51 | 14,42 | 13,15 | 12,54 |
| (%-Anteil) | 32,5% | | 26,9% | 25,2% | 24,4% |
| -FEE | 3,03 | 3,33 | 3,05 | 2,99 | 2,88 |
| -Mil. Beschaffungen | 11,36 | 11,99 | 9,12 | 7,79 | 7,11 |
| -Mil. Anlagen | 2,41 | 2,74 | 2,02 | 2,14 | 2,33 |
| -Sonst. Invest. | 0,21 | 0,29 | 0,24 | 0,23 | 0,22 |
| EPl 14 Gesamt | 52,52 | 57,48 | 53,61[b)] | 52,11 | 50,80[c)] |
| EPl 60[2)] | | | ca. 0,69 | ca. 1,782[d)] | ca. 1,745[e)] |
| EPl 14 + EPl 60 | 52,52 | 57,48 | 54,30 | 53,892 | 52,545 |
| NATO-Kriterien[3)] | 63,18 | 68,36 | ca. 68,3 | 68,8 | 65,7 |

Anmerkungen: 1989-1990 = Ist-Ausgaben (bei EPl 14 auch 1991); 1991ff. = Soll (außer EPl 14 für 1991); a) Incl. Nachtragshaushalt; b) Globale Minderausgabe in Höhe von 1 Mrd. DM bereits abgezogen; c) Globale Minderausgabe in Höhe von 0,6 Mrd. DM bereits abgezogen; d) Ohne die Ausgaben für Berlin-Shuttle (20 Mio. DM) und U-Boote für Israel (175 Mio. DM); d) Ohne die Ausgaben für U-Boote für Israel (185 Mio. DM). Quellen: 1) 1989 = BMVg-Übersicht in Wehrdienst 1224 / 1990, 3; 1991 = BMVg (1992h.); 1992 und 1993 = BMVg (1992g, 11); 2) Addition der Werte aufgrund der im Text geschilderten Haushaltsbeschlüsse; 3) 1989-1990 = NATO-Brief 1/1992, Tab. 1; 1991 = BMVg (1991l, 53f.); 1992 = BMVg (1991f, 44); 1993 = BMVg (1992g);2);2); eigene Berechnungen.

Keiner der in der Koalitionsvereinbarung und der Kabinettssitzung der wiedergewählten Bundesregierung (vom Januar bzw. Februar 1991) festgelegten Grundsätze wurde vollständig eingehalten: Die NVA-Eingliederung wurde nicht aus dem EPl 14-Plafonds, sondern mit erheblichen Mitteln aus dem EPl 60 mitfinanziert; von der Auflistung der "sachfremden Kosten" im EPl 14 wurde ein nicht unerheblicher Teil ebenfalls aus dem EPl 60 bezahlt; über einen Verzicht auf Maßnahmen aus dem "Attraktivitätsprogramm" liegen keine Informationen vor (die Ausgaben werden nur nicht mehr gesondert ausgewiesen); mit der stufenweisen Herabsetzung des EPl 14 (um ca. 1,5 Mrd. DM jährlich) wurde nicht wie geplant im Haushalt 1992 begonnen. Die erste Reduzierung des

EPl 14 (um 1,3 Mrd. DM) soll im Haushalt 1993 stattfinden.[142] Demgegenüber war im 24. Finanzplan für 1993 noch eine Absenkung auf 48,1 Mrd. DM vorgesehenen gewesen.

Während die seit 1991 stattfindende "Seitenfinanzierung" für Rüstungsprojekte aus diversen Titeln des EPl 60 relativ konstant ist, wurde der Ausgabenanstieg vor allem durch die massive Ausweitung der Personalausgaben (bedingt durch die Übernahme der Reste der NVA und verschiedene Verbesserungsmaßnahmen) verursacht. Von den laufenden Forschungs-, Entwicklungs- und Beschaffungsprogrammen, die zum Teil vor mehr als zehn Jahren begonnen worden sind, wurden bisher nur wehr wenige gestoppt, die meisten anderen sind lediglich verzögert worden. Weitergehende Kürzungsvorschläge der Oppositionsparteien, die Einsparungen von bis zu fünf Milliarden DM gebracht hätten, wurden von der Regierungsmehrheit abgelehnt.

**Tabelle 3**

**Die Entwicklung des EPl 14 in den Mittelfristigen Finanzplanungen im Vergleich (in Mrd. DM)**

| | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 23. Finanzplan | 53,284 | 54,470 | 55,860 | 57,200 | 58,630 | - | - | - |
| 24. Finanzplan | - | | 52,600 | 51,100 | 49,600 | 48,100 | - | - |
| 25. Finanzplan | - | - | 52,534 | 52,500 | 51,100 | 49,600 | 48,100 | - |
| 26. Finanzplan | - | - | - | 52,107 | 50,800 | 49,300 | 47,800 | 47,800 |

**Quellen:** 23. FP = BMF (1989, 39); 24. FP = BMVg (1991l, 6); 25. FP = Bundestagsdrucksache 12/1001, 39; 26. FP = BMVg (1992g, 9).

Die Regierungsbeschlüsse vom Februar 1991, auf die sich das Finanzministerium und das Parlament in den Haushaltsberatungen berufen haben, haben sich zumindest als wirksame Begrenzung gegen eine noch weitergehende Steigerung der Rüstungs- und Militärausgaben in der Bundesrepublik erwiesen. Nachdem in den Jahren seit 1989 nur eine sehr geringe monetäre Friedensdividende in der Bundesrepublik festgestellt werden konnte, soll in den beiden folgenden Abschnitten für die Personal- und Rüstungsausgaben genauer untersucht werden, wie hoch die Einsparungen in den nächsten Jahren ausfallen sollen und könnten.

## II.3 Personalplanung und das Personalstrukturmodell für 370.000 Soldaten

Die im Sommer 1990 eingegangene Verpflichtung zur Reduktion des Personalumfangs auf 370.000 Soldaten bis Ende 1994 traf die Bundeswehr nicht ganz unvorbereitet. Bereits Mitte der 80er Jahre wurde das Problem der kommenden geburtenschwachen Jahrgänge - und damit ein Rückgang der Zahl der zur Verfügung stehenden Wehrpflichtigen - vom

---

142 Hierbei ist zu beachten, daß die Ist-Werte voraussichtlich über eine Milliarde DM über den Haushaltsansätzen des EPl 14 liegen werden, weil die durch Tarifabschlüsse erforderlichen Mittel weiterhin im EPl 60 veranschlagt werden (müssen). In der folgenden Tabelle wurde der Anteil des BMVg an diesen Geldern wegen des reduzierten Personalumfangs (nach 1,4 Mrd. DM in 1991) auf 1,2 Mrd. DM in 1992 und 1,1 Mrd. DM in 1993 geschätzt.

BMVg festgestellt. Ein Unterschreiten des "jährlichen Ergänzungsbedarfs" von 225.000 Wehrpflichtigen ab 1994 von ca. 100.000 Mann - also ein Defizit von fast 50% - wurde prognostiziert. "Ohne Gegenmaßnahmen würde der Umfang der Bundeswehr Ende der 90er Jahre auf knapp 300.000 Soldaten absinken".[143] Im Herbst 1989 wurden zwar ein sogenanntes "Attraktivitätsprogramm" und Planstellenhebungen beschlossen, um die Bundeswehr als Arbeitgeber und Arbeitsplatz interessanter zu machen, und die Wehrdienstdauer auf 18 Monate erhöht. Diese Maßnahmen hätten aber - unter der Bedingung der Beibehaltung der Wehrpflicht und einem aufgrund finanzieller Restriktionen nicht beliebig auszuweitenden Anteils der Berufssoldaten - nicht ausgereicht, den bis dahin gültigen Friedensumfang von 476.000 Soldaten zu halten. Deshalb wurde bereits Ende 1989 eine Verringerung auf 420.000 Soldaten beschlossen. Im Zuge der massiv veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen wurde im Sommer 1990 die Verkürzung der Wehrpflicht auf zwölf Monate beschlossen. Die in der Folge vorgesehenen Maßnahmen zur Umgliederung und Umstrukturierung der Bundeswehr (Kaderung, Aufgabe von Standorten, bessere Ausbildung der Unteroffiziere, höhere Ausbilderdichte) nahmen einiges von dem vorweg, was dann später mit der Stationierungsplanung und dem neuen Personalstrukturmodell ausführlicher diskutiert wurde.[144]

Die Planungen der neuen Personalstruktur wurden von der Bundeswehr in der zweiten Jahreshälfte 1991 mit dem Stichwort Personalstrukturmodell 370 (PSM 370) zusammengefaßt. Es enthält vor allem die Planungen für die Anteile von Berufs- und Zeitsoldaten einerseits, von Grundwehrdienstleistenden im neuen Friedensumfang andererseits.[145] Das vom Bundeskabinett am 19.2.1992 verabschiedete PSM 370 stellt einen zwischen dem Bundesverteidigungs- und dem Bundesfinanzministerium Ende August 1991 erzielten Kompromiß zwischen den Bundeswehrplanungen und den Forderungen des Haushaltsausschusses dar, allerdings mit leichten Gewinnen für das BMVg. Der Haushaltsausschuß hatte in einem Entschluß Ende Mai 1991 die Erwartung geäußert,

> "daß bei der Zurückführung der Personalstärke der Bundeswehr ... das Verhältnis von Berufs- und Zeitsoldaten zu Grundwehrdienstleistenden bei der Endstärke exakt so besteht, wie es im Einzelplan 14 im Haushaltsjahr 1989 bestand. Außerdem hat der Abbau der Soldatenstellen kegelgerecht zu erfolgen, d.h. die Relation der einzelnen

---

143 BMVg 1985, 237. In der Diskussion um geeignete Gegenmaßnahmen wurde bereits gegen Ende der 80er Jahre - also lange vor der Reduzierungsverpflichtung auf 370.000 - von der FDP die Verringerung der Präsenzstärke auf 350.000 vorgeschlagen, die SPD sprach sich für eine Größenordnung zwischen 320.000 und 350.000 aus und hielt bis Ende der 90er Jahre einen Umfang von 250.000 für erreichbar. Heeresinspekteur Ondarza sprach sich bereits Mitte 1989 für eine Halbierung des 340.000-Mann-Heeres aus. (Vgl. Karl 1990, 12f.)

144 Vgl. BMVg / IP 1990; Ondarza (1990a) und (1990b).

145 Das "Personalstärkegesetz", für das bereits im Juli 1991 ein Referentenentwurf vorlag und das im Dezember 1991 verabschiedet wurde, regelt zunächst nur die Möglichkeiten für Offiziere, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen oder versetzt zu werden. Das BMVg hatte errechnet, daß "mindestens 6.000" Berufssoldaten vorzeitig ihren Dienst aufgeben müßten, weil für sie ab 1995 sonst keine Verwendung bestanden hätte. Die Alternative des freiwilligen Ausscheidens hatte für das BMVg Vorrang. (BMVg 1991j, 9ff.) Im November 1991 erwartete das Verteidigungsministerium einen "quantitativen Überhang" von "bis zu 8.100" Offizieren und "bis zu 8.700" Unteroffizieren. (BMVg 1991d, 2) Die Mehrkosten, die die Anreize zum Verlassen der Bundeswehr verursachen, wurden für den Zeitraum 1992-1998 auf 1,117 Mrd. DM beziffert, denen im gleichen Zeitraum Einsparungen von 1,21 Mrd. DM gegenüberstehen sollten. (Ebd, 30f.)

> Besoldungsgruppen zueinander soll unverändert bleiben wie im Haushaltsjahr 1989."[146]

Dieser Beschluß war vom Bundestagsplenum Anfang Juni 1991 zur erneuten Beratung an den Haushaltsausschuß zurückverwiesen worden.[147] Die Bundeswehrplanung sah im Gegensatz zu dem Entschluß des Haushaltsausschusses eine deutliche Verschiebung in der Personalstruktur zugunsten der Berufs- und Zeitsoldaten vor. Deren Anteil sollte auf fast 61% steigen. Nach dem Kompromißmodell soll er bei 57,03% und damit sogar leicht unter den Werten der alten Bundeswehr im Dezember 1990 liegen. (Vgl. Tabelle 4)

**Tabelle 4**

**Personalstrukturmodelle für die Bundeswehr im Vergleich**

| | PSM 84 | Ist 1990 West | Ist 1990 Ost | Ist 1990 Ges. | BW-Plan 1/91 | HA-Plan 5/91 | PSM 370 3/92 | Differenz* |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| BS/SaZ | 270.000 | 252.700 | 47.900 | 300.600 | 225.000 | 201.959 | 211.000 | -89.600 |
| -%-Anteil | 54,54% | 58,49% | | 58,41% | 60,81% | 54,58% | 57,03% | -29,81% |
| GWehrdienstL | 219.000 | 173.700 | 34.700 | 208.000 | 145.000 | 163.041 | 155.000 | -53.000 |
| -%-Anteil | 44,24% | 40,21% | | 40,49% | 39,19% | 44,07% | 41,89% | -25,48% |
| Wehrübende | 6.000 | 5.600 | - | 5.600 | 5.000 | 5.000 | 4.000 | -1.600 |
| Gesamt | 495.000 | 432.000 | 82.600 | 514.600 | 375.000 | 370.000 | 370.000 | -144.600 |

* Differenz zwischen PSM 370 und Ist 1990

**Quellen:** PSM 1984 = BMVg (1985, 238ff.); Ist 12/90, BW-Planung 1/91 = BMVg (1991k); HA-Planung 5/91 = BMVg (1991k, Beilage 1); PSM 370 = BMVg (1992b); eigene Berechnungen

Auch für den Bundesfinanzminister war der Personalstellenbestand bzw. die -struktur der Ausgangspunkt. Ihm erschien es "allerdings sachgerecht, die seit 1989 vorgenommenen und weiter geplanten Besoldungsstrukturverbesserungen" und "anerkannte Forderungen nach einer Verbesserung der Führungs- und Ausbilderstruktur (insbesondere 3. Offizier in den Einheiten, zusätzliche Unterführer) zu berücksichtigen", das heißt: er akzeptierte die Veränderung der Relation der Besoldungsgruppen zumindest als "vorläufige Struktur", die aufgrund weiterer Prüfungen nach 1993 endgültig festgelegt werden soll.[148] Das BMVg hatte auf die alten Forderungen und die seit 1989 auch vom Haushaltsausschuß unterstützten Maßnahmen hingewiesen, die bei einer Verwirklichung des Entschlusses des Haushaltsausschusses wirkungslos würden. Außerdem müßte die Organisations- und Stationierungsplanung grundlegend geändert werden und ein solch umfangreicher Abbau von Berufs- und Zeitsoldaten sei auch gar nicht fristgerecht zu realisieren.[149]

---

146 Zit. nach: BMVg 1991d, 1.

147 BT-Plenarprot. 12/28, S.2177f.

148 BMF 1991a, 2f.

149 Vgl. BMVg 1991d.

Das Verteidigungsministerium ist mit dem neuen Personalstrukturmodell offensichtlich sehr zufrieden. Das vom Bundeskabinett im Grundsatz gebilligte PSM 370 bringe nicht nur endlich Planungssicherheit. Durch die nicht-lineare Reduzierung würden "attraktive Ausbildungs- und Verwendungsabläufe, Regenerationsfähigkeit und Laufbahnchancen geschaffen". Damit könnten die "Forderungen der Streitkräfte nach mehr 'Professionalität' und weitere Vorteile erreicht werden. Die Aufstiegs- und Beförderungsmöglichkeiten würden für alle Laufbahnen verbessert; insbesondere die Beförderungsmöglichkeiten von Unteroffizieren.[150] Auch der Verband der Beamten der Bundeswehr begrüßte die Verbesserungen "ausdrücklich" und befand, die Bundeswehr werde mit PSM 370 ab 1995 "für ihre Soldaten die beste personelle Struktur seit ihrer Aufstellung besitzen".[151] Als Problem wird noch benannt, daß die Zahl von 211.000 Berufs- und Zeitsoldaten nicht bis 1995 erreicht sein wird, sondern "ein Überhang an Offizieren voraussichtlich nicht vor dem Jahr 2000 abgebaut" werden könne und "bis dahin durch einen supplementären Planstellenkegel" abgedeckt werden müsse.[152]

Für den notwendigen Abbau des Zivilpersonals der Bundeswehr hatte der Haushaltsausschuß in seinem Entschließungsantrag von Ende Mai 1991 gefordert, "das 1989 bestehende Verhältnis von zivilen Mitarbeitern zu Soldaten (Faktor 0,34) strikt einzuhalten", d.h, die Zahl der zivilen Beschäftigten dem reduzierten Friedensumfang der Bundeswehr anzupassen. Auch hierbei sollte der Abbau "kegelgerecht erfolgen".[153] Nach dieser Vorgabe hätte die Bundeswehr ab 1995 nur noch 125.800 Zivilbeschäftigte haben dürfen. "Innerhalb der Bundesregierung" wurden jedoch "die folgenden Abbauquoten festgelegt". (Siehe die folgende Tabelle) Das Zivilpersonal der Bundeswehr soll bis 1995 nur um ca. 4.000 (=19.481) und bis zum Jahr 2000 nur um insgesamt 44.814 Beschäftigte abgebaut werden, um zu der "Zielumfangstruktur" von 151.300 Haushaltsstellen zu gelangen.[154] In dieser bislang als Ressortkompromiß (von Ende September 1991) gültigen Planung hätte die Bundeswehr ab 1995 genausoviele Zivilbeschäftigte, wie 1990 nur im Westen tätig waren, und selbst im Jahr 2000 noch rund 25.000 mehr, als der Haushaltsausschuß schon für 1995 zulassen wollte.

**Tabelle 5**

**Geplanter Abbau des Zivilpersonals der Bundeswehr**

| Zivilbeschäftigte | 1990 (West) | 1991 (O+W) | 1995 | 2000 |
|---|---|---|---|---|
| Zahl | 167.240 | 196.114 | 167.259 | 151.300 |
| -Diff. | | +28.874 | -28.855 | -15.969 |
| -Diff. in % | | +17,27% | -14,71% | -9,54% |
| Diff. zu 1991 | | | | -44.814 |
| -in% | | | | -22,85% |

**Quellen:** BMVg (1991k, 4ff. und Beilage 3); eigene Berechnungen.

---

150 BMVg 1992e.

151 VBB 1992.

152 BMVg 1992e.

153 Zit. nach: BMVg 1991d,4

154 BMVg 1991d, 4.

Das BMVg nannte als Ausgangsannahmen dieser Planungen, der Personalabbau solle vornehmlich in der alten Bundesrepublik, in etwa gleich großen Jahresschritten, bei Beamten erst ab 1996 und bei allen Dotierungen gleichmäßig erfolgen. Der BMF betrachtet die genannten Zahlen als "Zwischenschritt", die auf der Grundlage von bis Ende 1995 vorliegenden Ergebnissen von Organisationsprüfungen abschließend festgelegt werden sollen.[155] Eine Erhöhung der jährlichen Abbauschritte würde nach Ansicht des Verteidigungsministeriums nicht nur die Sozialverträglichkeit "aufheben", sondern erneut "zu Verwerfungen in der Personal- und Altersstruktur" der ohnehin zu unattraktiven Bundeswehrverwaltung führen.[156] Trotz der quantitativ begrenzten Abbauplanungen klagte der Bundeswehrbeamtenbund für die Zivilbeschäftigten ein ähnliches Verbesserungskonzept ein, wie es mit PSM 370 für die Soldaten beschlossen worden ist. Bis März 1992 war ein solches Konzept nach seiner Information "weder erarbeitet noch vorbereitet worden".[157]

Entsprechend den unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen von BMVg und Haushaltsausschuß differierten auch die für 1995 errechneten Ausgaben für die Soldaten. Die BMVg-Pläne sollten 13,95 Mrd. DM kosten, der Vorschlag des Haushaltsausschusses 13,0 Mrd. DM. Das bei den Ressortgesprächen zwischen BMVg und BMF verabschiedete Strukturmodell soll Personalausgaben von ca. 13,71 Mrd. DM erforderlich machen.[158] Mitte März 1992 stellte das BMVg die durch das neue Personalstrukturmodell zu erreichenden Kosteneinsparungen in den Vordergrund, gab aber leicht von dem für das Kompromißmodell abweichende Zahlen an. 1991 hätten die Personalkosten (inkl. Personalnebenkosten) für Soldaten "etwa 17,84 Mrd. DM" betragen, wobei das Ost-Personal noch niedrigere Bezüge erhielt. Ab 1995 würden die Kosten für die Soldaten "- inzwischen erfolgte Tarifanpassung der Ost-Gehälter und -Löhne schon eingerechnet - nur noch 13,65 Mrd. DM betragen".[159] Die Abnahme der Ausgaben für Soldaten würde demnach 4,19 Mrd. DM oder 23,49% und damit deutlich weniger betragen, als die Personalreduzierung von 28,09% bei den Soldaten.

Vergleicht man die geplante Reduzierungsrate des gesamten Personalumfangs (Soldaten plus Zivilbeschäftigte) mit den gesamten Personalausgaben, kommt man zu einer noch wesentlich größeren Differenz: der Personalumfang soll von 710.840 (Ist-1990) auf 537.259 in 1995, also um 173.581 oder 24,42% verringert werden. Die Personalausgaben sollen im gleichen Zeitraum nicht dementsprechend um 6,33 Mrd. DM, sondern nur um 10,3% (von 25,91 Mrd. DM auf 23,24 Mrd. DM), also um 2,67 Mrd. DM absinken.[160] Es war nicht präzise zu ermitteln, wie dieses Mißverhältnis zustande kommt. Eine Ursache für die Diskrepanz zwischen den theoretisch möglichen und den bislang geplanten Einsparungen dürfte in den Planstellenhebungen liegen, die in den vergangenen Jahren vorgenaommen worden sind (weitere sind geplant), deren Finanzvolumen aber nicht veröffentlicht worden ist. Auch vom Parlament wurden entsprechende Berechnungen des

---

155 BMF 1991a, 2f.

156 BMVg 1991d, 5f.

157 VBB 1992.

158 BMVg 1991d, Beilage 1.

159 BMVg 1992e.

160 Vgl. die Ausplanung des 26. Finanzplans durch das BMVg von Anfang 1992 in: Wehrdienst 1307 / 1992, 1. Mitte 1991 hatte das BMVg die "Allgemeinen Personalkosten der Bundeswehr" für die kommenden Jahre noch wie folgt berechnet: 1991 - 25,1 Mrd. DM; 1992 - 24,95; 1993 - 24,34; 1994 - 23,25; 1995 - 22,65; 1996 - 22,65 Mrd. DM. (BMVg / STS 1991j, 31) Für 1995 waren also 600 Mio. DM weniger erwartet worden.

BMVg nicht eingefordert. Verteilt man den Differenzbetrag von 3,66 Mrd. DM auf den hier betrachteten Zeitraum von vier Jahren, könnte angenommen werden, daß diese Gelder für die jährlichen Gehaltserhöhungen eingeplant sind. Dies ist aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht statthaft (und das BMVg hat, wie andere Ministerien, auch in den kommenden Jahren für diese "Mehrkosten" Anspruch auf eine entsprechende Summe aus dem EPl 60). Das bedeutet aber wiederum, daß sich das Mißverhältnis zwischen geplanten Einsparungen bzw. Ausgaben, das auf der Basis der Soll-Werte der Mittelfristigen Finanzplanung errechnet worden ist, noch vergrößern wird, weil im "Ist" der einzelnen Haushaltsjahre diese "Mehrkosten", die aus dem EPl 60 finanziert werden, zum größten Teil zu den Soll-Werten hinzutreten werden.

Die in den nächsten Jahren theoretisch mögliche Friedensdividende wird darüberhinaus durch die im Vergleich mit dem bis 1995 geplanten Soldatenabbau (um 28,09%) niedrigere Reduzierung des Zivilpersonals von nur 14,71% (zwischen 1991 und 1995) weiter verringert. Das Verteidigungsministerium kündigte außerdem an, die geplanten Abbauschritte beim Zivilpersonal seien sozialverträglich "nur mit Hilfe zusätzlicher unterstützender gesetzlicher und tariflicher Maßnahmen möglich".[161]

Ein Vergleich der jetzigen Planungen mit den alten Planungen der Bundeswehr-West ist mit sehr vielen Unsicherheiten und Ungenauigkeiten behaftet und deshalb wenig aussagekräftig. Bei einer Fortschreibung der alten Planungen würden sich für 1995 Personalausgaben von 27,09 Mrd. DM ergeben; dies wäre gegenüber den jetzt geplanten 23,24 Mrd. DM eine Ersparnis von 3,85 Mrd. DM.

Generell ist im Hinblick auf monetäre Einsparungen beim Personal zu bedenken, daß sich Reduzierungen bei den Wehrpflichtigen am schnellsten realisieren lassen, sie aber verhältnismäßig wenig "bringen". Die Reduzierung von Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit entlasten zwar den EPl 14, sind aber erstens nicht so schnell zu realisieren wie bei Wehrpflichtigen und bringen - sofern die Längerdienenden in den Ruhestand und nicht in das zivile Arbeitsleben gehen - den Staatsfinanzen insgesamt wegen der Altersversorgungsansprüche nur geringe Einsparungen. Allerdings ließen sich hier langfristig die erheblichsten Einsparungseffekte erzielen. Eine nachhaltige Veränderung der Personalplanung und -zusammensetzung wird von den großen Parteien im Bundestag jedoch nach wie vor abgelehnt. Das BMVg will auch die Friedensstärke von 370.000 Soldaten aufrechterhalten; lediglich die Verringerung des (finanziell nicht sehr relevanten) Verteidigungsumfangs von 845.000 auf 720.000 Mann wird in Erwägung gezogen. Dabei ist die meist zuerst genannte Begründung für die Beibehaltung der Wehrpflicht - nur durch sie kann der heutige Umfang beibehalten werden -, die Bundeswehr weiterhin in der Gesellschaft zu verankern, nur ein Grund. Zwei weitere dürften aus der Sicht der Bundeswehrführung (hier vertreten von Generalinspekteur Klaus Naumann) mindestens ebenso ausschlaggebend sein: Die Wehrpflicht ermögliche den "Zugriff" auf junge Menschen mit Qualifikationen, die "sonst nicht oder nur mit viel Geld zu bekommen sind" und die Mehrzahl der später Längerdienenden entschließe sich während ihres Grundwehrdienstes, in der Bundeswehr zu bleiben. "Das ist unser Reservoir."[162]

---

161 BMVg 1991d, 5; Hervorh. von mir, WK.

162 Zit. nach: SZ 18.9.1992, 1.

## II.4 Rüstungsplanung der Bundeswehr und der Bundeswehrplan '93 (1993-2005)

Obwohl bereits in einer großen Planungskonferenz am 19.5.1990 im BMVg endgültig entschieden werden sollte, "welche Vorhaben mit Blick auf eine kleinere Bundeswehr abgespeckt oder geschoben werden können und auf welche Vorhaben sich ganz verzichten läßt" - und dafür auch bereits alle Projekte aufgelistet wurden, für die noch keine vertragliche Bindung bestand[163], waren bis Anfang des Jahres 1992 kaum rüstungspolitische Konsequenzen zu erkennen, die die Bundesregierung und / oder das BMVg aus den nachhaltig veränderten Rahmenbedingungen gezogen hätte. Der politische Beschluß zur Begrenzung des Einzelplan 14 im Februar 1991 erwirkte zwar Ansatzreduzierungen, Streckungen und Verschiebungen von laufenden oder projektierten Programmen gegenüber den alten Planungen - von Einsparungen war trotz des vielfach als "dramatisch" beklagten Rückgangs der Beschaffungsausgaben erst im Frühjahr 1992 die Rede. Bis dahin waren alle - z.T. vor über zehn Jahren - geplanten Waffensysteme als notwendig erklärt worden, was sich nicht zuletzt nach dem letzten Golf-Krieg gezeigt habe, in dem die Anhänger von so gut wie allen Waffensystemen - bis hin zu schweren Kampfpanzern - eine Bestätigung dafür fanden, daß sie auch weiterhin notwendig, ja meist sogar noch wichtiger geworden seien.[164] Ein Referat von Oberst i.G. Dingler, Stabsabteilungsleiter Fü H VII, verdeutlicht eine der Regierungsmehrheit ähnliche Haltung stellvertretend für die Heeresführung. Die von ihm Ende 1991 vorgelegte Liste mit laufenden Vorhaben und einigen Erklärungen und Begründungen spiegelt - neben dem Bundeswehrplan 93 - am besten wider, daß die Bundeswehr an fast allen geplanten oder schon in der Beschaffung befindlichen Großwaffensystemen trotz aller Veränderungen festhalten wollte.[165] In einer von Verteidigungsminister Stoltenberg gebilligten vertraulichen "Verschlußsache" gingen die bundesdeutschen Militärplaner Ende 1991 auch auf Distanz zu weiteren Abrüstungsplänen. Über einen Truppenabbau in Europa, hieß es in dem Papier mit dem Titel "Zur verteidigungspolitischen Position zum Fortgang der konventionellen Rüstungskontrolle in und für Europa ab 1992", dürfe frühestens verhandelt werden, "nachdem die politisch-strukturellen Prozesse in der Sowjetunion und deren Nachfolgestaaten übersehen werden können".[166]

Insgesamt war bis Ende 1991, auch was die rüstungspolitischen Entscheidungen im Verteidigungs- und Haushaltsausschuß des Bundestages angeht, wenig davon zu spüren gewesen, daß sich alle maßgeblichen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen geändert haben. Es wurde an fast allen Projekten festgehalten bzw. neue Gelder für Systeme bewilligt, die z.T. lange vor 1989 beschlossen worden waren. Die generelle Unterstützung, die dem Bundesverteidigungsministerium von der Mehrheit des Verteidigungsausschusses zuteil wurde, ist bereits in vorhergehenden Abschnitten deutlich geworden. Aber auch im Haushaltsausschuß wurde mehrheitlich lediglich ein weiterer Anstieg der Rüstungsausgaben - u.a. durch qualifizierte Sperren, Berichtspflichten und häufigeres Einschalten des Bundesrechnungshofes als zusätzliches Kontrollinstrument - zu vermeiden versucht, mehrheitlich jedoch keine grundsätzliche Neuorientierung angestrebt oder durchgesetzt. Es wurden im Gegenteil sogar schon früher als fehlerhaft oder veränderungsbedürftig

---

163 Wehrdienst 1218/1990, 1.

164 Vgl. z.B. Baginski (1992).

165 Winkelmann 1992, 28. Weitere Listen der wichtigsten laufenden Vorhaben mit Stand Anfang / Mitte 1991: ami 8-9/1991, 9f. und Mediatus 1/91.

166 Zit. nach: Der Spiegel, Nr. 51, 16.12.1991, 16.

angesehene Planungen und Entscheidungsverläufe zugestimmt. Darüberhinaus wurde das Verteidigungsministerium von den Haushaltspolitikern sogar aufgefordert, Mittel für bestimmte Beschaffungsprojekte einzuplanen. Außerdem sind neben nationalen Beschaffungsprojekten etliche Großwaffensysteme als internationale Kooperationsvorhaben in der Entwicklung oder Beschaffung, auf deren Fortführung von allen Beteiligten bis in die jüngste Zeit besonderer Wert gelegt worden ist.

In einer Sitzung Ende November 1991 in Waldbröl sollte von der Bundeswehrführung über die Konsequenzen beraten werden, die sich aus einer nach einer Berechnung des Führungsstabes der Streitkräfte entdeckten Geldlücke im Bundeswehrplan (bis ins Jahr 2005) in Höhe von 36 Mrd. DM ergeben.[167] Deshalb war bei der regelmäßig im Dezember stattfindenden Planungskonferenz der Bundeswehrführung am 20.12.1991 mit einer Beschlußfassung über die Ergebnisse der Waldbröler Tagung gerechnet worden. Dennoch wurden aufgrund nicht genauer bekannt gewordener Auseinandersetzungen (sehr wahrscheinlich vor allem zwischen den Teilstreitkräften) die Entscheidungen erst bei einem zweiten Termin Anfang Januar 1992 gefällt.

Zum Abschluß der Planungskonferenz über die Eckdaten des Bundeswehrplans 93 am 11. Januar 1992 erklärte Bundesverteidigungsminister Stoltenberg zunächst, "Deutschland" brauche, weil der Einsatz militärischer Machtmittel zur Durchsetzung politischer Ziele auch in Europa und seinen Nachbargebieten nicht ausgeschlossen werden könne, "auch in Zukunft im Rahmen des Bündnisses eine militärische Grundvorsorge zur Gewährleistung seiner Sicherheit und seiner vertraglichen Verpflichtungen". Der Umfang der Bundeswehr von 370.000 Soldaten ist "auch in Zukunft angemessen" und bietet seiner Ansicht nach "Gewähr für eine glaubwürdige Verteidigung".[168]

Neben der Beschreibung der Bundeswehr als Ausbildungs- und Mobilmachungs-Armee betonte Stoltenberg vor allem die "vitale Bedeutung" der "wirksamen und schnellen Krisenbeherrschung". In Übereinstimmung mit der NATO müssen deshalb Verbände und Einheiten "schon im Frieden hochpräsent und kurzfristig einsatzbereit" gehalten werden.[169] Zum Einsatz dieser Bundeswehreinheiten außerhalb des NATO-Gebiets äußerte sich Stoltenberg nach Meinung einiger "vorsichtig"[170]:

> "Sobald durch eine klarstellende Verfassungsänderung die Voraussetzungen geschaffen sind, stehen diese Kräfte aufgrund ihrer Eignung auch für deutsche Verpflichtungen im Rahmen der Vereinten Nationen zur Verfügung. Diese Kräfte eignen sich auch in besonderem Maße für nationale und internationale Unterstützungsleistungen zur Katastrophen- und humanitären Hilfe."[171]

Der Verteidigungsminister stellte klar, daß es sich bei den vielfach in der Öffentlichkeit als "Einsparungen" deklarierten Maßnahmen nicht um Ausgabenkürzungen handelt, sondern zunächst einmal um eine "Reduzierung des Planungsvolumens". Folgt man seinen Ausführungen, wird eutlich, daß und warum diese Reduzierung auch nicht zu Einsparungen

---

167 Der Spiegel, Nr. 44, 28.10.1991, 18

168 Stoltenberg 1992b, 2.

169 Stoltenberg 1992b, 3.

170 Heckmann 1992.

171 Stoltenberg 1992b, 3.

führen wird. Die vorhandene Materialausstattung und Beschaffungsplanung trage nicht "der vorgesehenen konzeptionellen Neuausrichtung der Streitkräfte in vollem Umfang Rechnung"; darüberhinaus seien die "Ausrüstungsdefizite für Einsätze der Luftwaffe und Marine außerhalb deutschen Territoriums", die bei der Truppenverlegung in die Türkei, ins Mittelmeer und später an den Golf offengelegt worden seien, "zu schließen". Nur mit erheblichen, konzeptionell sorgfältig überlegten Einschnitten in das jetzige Planungsvolumen "können wir den notwendigen Spielraum zur Erfüllung der wichtigsten Erfordernisse unserer zukünftigen Bundeswehr erreichen".[172] "Die so schrittweise freiwerdenden Mittel sollen vor allem der höheren Beweglichkeit und einer besseren Führbarkeit unserer Verbände zugute kommen."[173] Nicht nur Einsparungen werden so von vornherein ausgeschlossen - es wurden sogar weitere Ausgabensteigerungen angedeutet, indem der Verteidigungsminister fortfuhr:

> "... zum gegenwärtigen Zeitpunkt (sind) noch nicht alle aus heutiger Sicht erforderlichen Investitionen in der Finanzierung gesichert. Das gilt insbesondere für die anzustrebende Lufttransportkapazität und für den Investitionsbedarf in den neuen Bundesländern. Mittel für eine deutsche Beteiligung an einem europäischen satellitengestützten Erdbeobachtungssystem stehen nicht zur Verfügung."[174]

Diese Schwerpunktsetzung (und Defizite) stellte auch Generalinspekteur Naumann vor dem Verteidigungsausschuß dar. Bei der Revision der Bundeswehrplanung habe man sich von dem konzeptionellen Ansatz leiten lassen, daß man eine ausreichende taktische und operative Mobilität erreichen müsse und daß man erste Schritte zur Verbesserung der großräumigen Verlegefähigkeit in Teilen der Streitkräfte erzielen solle. Der Schwerpunkt im Heer sei auf Führung und Aufklärung, indirekte Feuer- und Sperrfähigkeit, sowie die Luftbeweglichkeit zu legen. Bei der Luftwaffe habe die Beseitigung der Defizite in der luftgestützten Verteidigung Vorrang. Man habe im Einvernehmen mit dem militärischen Führungsrat eine generelle Verschiebung der Anteile der Teilstreitkräfte - zu Lasten des Heeres, zugunsten der Luftwaffe und der Marine - vorgenommen.[175]

Für die Perspektiven der Rüstungsindustrie ist dabei die Absicht des damaligen Verteidigungsministers von besonderem Interesse, den in den letzten Jahren gesunkenen Anteil der verteidigungsinvestiven Ausgaben am EPl 14 (1986: 17,642 Mrd. DM = 34,8%; 1992: 13,146 Mrd. DM = 25,2%) "durch eine Rückführung anderer Bereiche .., insbesondere der Betriebskosten," mittelfristig "wieder auf 30% anzuheben".[176] Davon sind "rund neun

---

172 Stoltenberg 1992b, 3f.

173 Stoltenberg 1992b, 4.

174 Stoltenberg 1992b, 4. Aus diesem Zusammenhang wird nicht klar, ob es sich bei der letzten Aussage um die Mitteilung einer im Hinblick auf die Westeuropäisierung der Sicherheitspolitik wichtigen - negativen - Entscheidung handelt, oder ob, wie in den vorhergehenden Sätzen einfach ein bislang noch nicht gedeckter Mittelbedarf erheblichen Ausmasses konstatiert wird. Auf letzteres verweist die in einem Grundsatzpapier zu den zukünftigen Aufgaben der Bundeswehr zu findende Aussage, daß mit der angeblich notwendigen "weltweiten Perspektive" bei der "Beurteilung des Risikospektrums" "der Bedarf gesicherter Grundlagen für die ständige Beurteilung der Lage und die zeitgerechte politische Entscheidungsfindung bezogen auf einen erweiterten geographischen Raum" wächst. (Stoltenberg 1992c, 5)

175 Vgl. Verteidigungsausschuß, 12. WP, Protokoll Nr. 27, 59f.

176 Der Wehrdienst ergänzt als eine von weiteren "guten Nachrichten", daß die erwarteten Eingriffe in bestehende Verträge und Lieferungen ausbleiben. (Wehrdienst Nr. 1300, 20.1.1992, 1)

Mrd. DM für Materialbeschaffung, knapp 3 Mrd. DM für Forschung und Entwicklung und mindestens 2,5 Mrd. DM für Bauinvestitionen" vorgesehen.[177] Mit dieser Absicht stößt er beim Vorsitzenden des sogenannten "Rüstungsbewilligungsausschusses" - Berichterstattergruppe für den EPl 14 im Haushaltsausschuß -, Hans-Gerd Strube (CDU), auf Sympathie. Er forderte in der ersten Lesung des1993er Haushaltes im Bundestag, "30 Prozent für den investiven Teil des Haushaltes sollten unter allen Umständen abgesichert werden."[178]

In einer "Anlage zum Pressetext 'Planungskonferenz vom 11.01.1992'" hat dann das BMVg in drei Blöcken aufgelistet, welche "größeren Vorhaben in der Beschaffungsplanung (bleiben)", welche "größeren Beschaffungsvorhaben mit substantiellen Änderungen fortgeführt" werden und auf welche "wesentlichen Beschaffungsvorhaben im Planungszeitraum verzichtet" wird.[179] (Vgl. Tabelle)[180] In diesem breiter veröffentlichten BMVg-Papier wurden nur die Zahlen für das Reduzierungsvolumen angegeben, also weder Stückzahlen noch das Ausgangs- bzw. Zielnieveau genannt. Diese Daten stammen aus einer ansonsten identischen Aufstellung für die Mitglieder des Verteidigungsausschusses, die ihnen am 10.2.1992 vom BMVg übermittelt worden ist.

---

177 Stoltenberg 1992b, 4f.

178 Zit. nach: Wehrdienst Nr. 1332/1992, 1.

179 BMVg 1992d.

180 Eine detailliertere Darstellung des jeweiligen Entwicklungsstandes und der zeitlichen (nicht aber der finanziellen) Beschaffungsplanung für einige der größten Rüstungsvorhaben der Teilstreitkräfte findet sich bei Burr 1992.

**Tabelle 6**

**Bundeswehrplanung für "größere Beschaffungsvorhaben" und ihre Reduzierung im Zeitraum 1993-2005**

(Teil 1)

| STATUS und WAFFENSYSTEME | (1) (2) Stückzahlen | | (3) (4) (5) Beschaffungsvolumen (in Mio. DM) | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | alt | neu | alt | Reduz. | neu |
| **1. Unverändert in der Beschaffungsplanung** | | | | | |
| -NATO-Air Command and Control System (ACCS) | k.A. | | k.A. | | |
| -Heeresführungs - und Informationssystem (HEROS) | k.A. | | k.A. | | |
| -Auswertesystem des mil. Nachrichtenwesens der Bundesw. (JASMIN) | k.A. | | k.A. | | |
| -Führungs- und Informationssystem der Luftwaffe (EIFEL) | k.A. | | k.A. | | |
| -Radargeräte und Gefechtsstandsausrüstung zur Luftraumüberwachung im Bereich der neuen Bundesländer (LRÜ-Ost) | k.A. | | k.A. | | |
| -Fernmeldesystem der Bundeswehr (ISDN)/der Teilstreitkräfte[a)] | k.A. | | k.A. | | |
| -Heeresflugabwehr-Aufklärungs- und Führungssystem (HFlaAFüSys) | k.A. | | k.A. | | |
| -Funkgerätefamilie (u.a. SEM 93) | k.A. | | k.A. | | |
| -Kleinfluggerät des Heeres zur Zielortung (KZO) | k.A. | | k.A. | | |
| -NATO-Identifizierungssystem (NIS) | k.A. | | k.A. | | |
| -Ausstattung zur elektron. Aufklärung u. Kampfführung aller Teilstreitkräfte | k.A. | | k.A. | | |
| -Minenräumpanzer KEILER | k.A. | | k.A. | | |
| -Anteile Führungs- und Informationssystem der Artillerieb) | k.A. | | k.A. | | |
| -Panzerabwehrlenkflugkörpersystem mittl. Reichw. (PARS 3 m.R.) | k.A. | | k.A. | | |
| -Munition f. mittleres Artillerieraketensystem (MARS) | k.A. | | k.A. | | |
| -Flugabwehrraketenpanzer ROLAND des Heeres KWS | k.A. | | k.A. | | |
| -Flugabwehrpanzer Gepard KWS | k.A. | | k.A. | | |
| -Jagdflugzeug (Ersatz F4-F Phantom) | k.A. | | k.A. | | |
| -Taktisches Luftverteidigungssystem (TLVS) | k.A. | | k.A. | | |
| -Modulare Abstandswaffe (MAW/APACHE) | k.A. | | k.A. | | |
| -Luft-Luft-Flugkörper mittl. Reichweite (AMRAAM)[c)] | k.A. | | k.A. | | |
| -Nah- und Nächstbereichsflugabwehrwaffe für Schiffe und Boote (RAM)[d)] | k.A. | | k.A. | | |
| -Fregatte 124 | k.A. | | k.A. | | |
| -Minenjagdboot 332 | k.A. | | k.A. | | |
| -Einsatzgruppenversorger der Marine (EGV) | k.A. | | k.A. | | |
| -Marinehubschrauber (MH 90) | k.A. | | k.A. | | |
| -Seeraumüberwachungs- und U-Jagdflugzeug d. Marine (MPA 90)[e)] | k.A. | | k.A. | | |
| -Flugkörper gegen Seeziele KORMORAN II | k.A. | | k.A. | | |
| -Torpedo DM 2 A3 - SEEHECHT | k.A. | | k.A. | | |
| -Flugkörper gegen Seeziele (Anti Navire Supersonique - ANS) | k.A. | | k.A. | | |
| -NATO-Hubschrauber 90 (NH 90)[f)] | k.A. | | k.A. | | |
| -Simulatoren f. alle Teilstreitkräfteg) | k.A. | | k.A. | | |
| -Gefechtsübungszentren des Heeres | k.A. | | k.A. | | |
| -Dekontaminationsausstattung für ABC-Abwehr | k.A. | | k.A. | | |
| -Familie der ungepanzerten Radfahrzeuge (RadFz 90) | k.A. | | k.A. | | |
| **Planungsvolumen** | k.A. | | k.A. | | |

(Teil 2)

| | (1) Stückzahlen alt | (2) Stückzahlen neu | (3) Beschaffungsvolumen (in Mio. DM) alt | (4) Beschaffungsvolumen (in Mio. DM) Reduz. | (5) Beschaffungsvolumen (in Mio. DM) neu | (6)p) Ist-Ausg. bis 1991 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **2. Fortführung mit "substantiellen Änderungen" (Stückzahlreduzierung)h)** | | | | | | |
| -Aufklärungsfahrzeug (leichter Spähwagen) | 720 | 336 | 813 | 500 | 313 | - |
| -Aufklärungsdrohne des Heeres CL 289 (Schulungssystem) | k.A. | k.A. | 300 | 140 | 160 | - |
| -Aufklärungsausstattung für Tornado | 72 | 50 | 540 | 200 | 340 | 143 |
| -Aufklärungssystem Oberste Bundeswehrführung (LAPAS)i)n) | k.A. | k.A. | 4.058 | 1.625 | 2.433 | 310 |
| -LFK Panzerabwehrraketensystem große Reichw. PARS 3 LRn) | 7.400 | k.A.o) | 1.340 | 1.030 | 310 | 414 |
| -KWS Kampfpanzer LEOPARD 2 | 2.125 | 699 | 2.540 | 1.700 | 840 | 10 |
| -Schützenpanzer MARDER 2n) | 850 | 699 | 4.646 | 363 | 4.265 | 126 |
| -Panzerhaubitze 2000 | 418 | 255 | 2.863 | 925 | 1.938 | 207 |
| -Panzerabwehrhubschrauber (PAH-2) | 212 | (138)o) | 8.300 | ca.2.000 | ca.6.300 | 950 |
| -Kampfdrohne des Heeresl) | 24 | 20 | 1.177 | 200 | 977 | 37 |
| -KWS Flugabwehrraketensystem ROLAND der Luftwaffen) | 93 | 38 | 356 | 208 | 148 | 16 |
| -TORNADOk) | | | 2.288 | 1.600 | 688 | - |
| -Bergepanzer 3 - BÜFFELn) | 194 | 95 | 970 | 495 | 475 | 76 |
| -Unterseeboot U-212l)n) | 7 | 4 | 3.488 | 1.018 | 2.470 | 152 |
| -Patrouillenbootl)n) | 10 | 10 | 2.000 | 720 | 1.280 | - |
| -Faltfestbrücke des Heeresn) | 24 | 10 | 161 | 107 | 54 | 21 |
| -KWS Brückenlegepanzer BIBERn) | 105 | 70 | 108 | 32 | 76 | - |
| -Gefechtsmunition aller Streitkräftem) (ca.) | | | 2.400 | 800 | 1.600 | - |
| 2-Gesamt | | | 38.348 | ca.23.055q) | ca.24.667 | 2.268 |
| **3. Verzicht im Planungszeitraum** | | | | | | |
| -Aufklärungsdrohne der Luftwaffe | | | 700 | | | 1 |
| -Jagdpanzer PANTHER m. Waffenanlage f. PARS 3 LR | | | 4.375 | | | 47 |
| -Panzerkampfwagen 2000 | | | 9.350 | | | 19 |
| -Panzerfestbrücke 2000 | | | 590 | | | 3 |
| -KWS PAH-1 (Nachtkampffähigkeit) | | | 630 | | | 32 |
| -Minenkampfsystem des Heeres (DAVID) | | | 2.345 | | | 1 |
| -Kampfwerterhaltungsmaßnahmen am Grundsystem IHAWK | | | | 920 | | |
| 38 | | | | | | |
| -KWS des LFK für ROLAND der Marine | | | 80 | | | - |
| -Drohne Antiradar der Luftwaffe | | | 900 | | | 51 |
| -Wehrforschungsschiff des Wehrtechnischen Bereichs | | | 170 | | | - |
| -Großes Mehrzweckboot des Wehrtechnischen Bereichs | | | 140 | | | 2 |
| -Sonstige Vorhaben des Heeres | | | ca. 500 | | | - |
| 3-Gesamt | | | ca.20.700 | | | |
| **Gesamt** | 38.348 | ca. 43.755 | ca.24.667 | | | |

**Legende:** k.A. = keine Angaben in den Quellen; KWS = Kampfwertsteigerung; LFK = Lenkflugkörper
Anmerkungen: (a) "u.a. Automatisiertes Führungs-Fernmeldenetz der Luftwaffe, Taktisches Richtfunknetz Flottenkommando, Automatisiertes Korpsstammnetz"; (b) "u.a. Rechnerverbund - ADLER, passive Ortungsausstattung - PORTA"; (c) Advanced Medium Range Air to Air Missile; (d) Rolling Air Frame Missile; (e) Maritime Patrol Aircraft; (f) Lufttransport- / Search and Rescue-Hubschrauber für Heer und Luftwaffe; (g) "Waffen-, Duell-, Schieß-, Ausbildungs-, Verfahrens-, Taktik- und Flugsimulatoren"; (h) Im Original tragen bis auf LAPAS und TORNADO alle Systeme den Vermerk "Stückzahlreduzierung"; (i) siehe Erläuterung im Text; (j) "Stückzahlreduzierung und späterer Beschaffungsbeginn"; (k) "Reduzierung bisher vorgesehener Verbesserungen"; (l) "Reduzierung des 1. Loses"; das Reduzierungsvolumen wurde vom BMVg / IP mit 1.000 Mio. DM angegeben - hier der aktualisierte Wert aus BMVg 1992a und 1992g; (m) Werteangaben pro Jahr, für den gesamten Planungszeitraum ergibt sich ein Reduzierungsvolumen von ca. 10 Mrd. DM; (n) Reduzierungsvolumen aus BMVg 1992a + g, in BMVg/IP nur ungenauere "rund"-Angaben; (o) "Stückzahl muß noch bestimmt werden"; (p) Ist-Ausgaben für Entwicklung bis 1991, nur bei KWS Leo-2 für Beschaffung; (q) Die Addition der Werte dieser Spalte ergibt 13.663 Mrd. DM, siehe Anm. m); **Quellen:** BMVg 1992g; BMVg 1992a.

Bei der Betrachtung der Listen fällt zunächst auf, daß nur die letzten beiden Blöcke mit Summen und Kosten ausgestattet sind, diese Zahlen aber im ersten Teil der Liste mit den 35 beibehaltenen Projekten fehlen. Außerdem ist zu beachten, daß die Liste - trotz des vergleichsweise großen Umfangs - nicht alle Rüstungsprojekte beinhaltet, die die Bundeswehr in Planung oder Beschaffung hat.[181] Darauf verweisen sowohl die Überschriften, als auch der Hinweis am Ende des ersten Blocks, daß "vertraglich gebundene Vorhaben ... zusätzlich weitergeführt" werden.[182] Im Verteidigungsausschuß bezeichnete es Stoltenberg aber als selbstverständlich, daß man in dem einen oder anderen Fall auch begonnene Entwicklungen abbrechen könne. Insbesondere bei internationalen Projekten wie beispielsweise dem PAH-2 müsse dies aber sehr sorgfältig abgewogen werden.[183] Weiterhin ist festzustellen, daß damit der weitaus größte Teil der "größeren Beschaffungsvorhaben" entweder unverändert oder in der Stückzahl reduziert fortgeführt und nicht völlig aus dem Planungszeitraum herausgefallen ist. Bei zwei Großwaffensystemen - U-212 und Patrouillenboot - wird am Ende des zweiten Blocks explizit vermerkt, daß die weiteren Lose "erst jenseits des Planungszeitraums (nach 2005) realisiert" werden.[184] Die Betonung der Formulierung "im Planungszeitraum" erscheint auch für den letzten Teil der Liste relevant zu sein, weil darauf explizit hingewiesen wird. Es besteht also theoretisch die Möglichkeit, daß Vorhaben aus dieser Abteilung in einem der nächsten Bundeswehrpläne wieder aufgenommen werden.

Darüber hinaus muß wegen der in den Massenmedien weit verbreiteten falschen Wahrnehmung der Listen darauf hingewiesen werden, daß es sich nicht um "Ausgabenkürzungen" oder "Einsparungen" bei den Rüstungs- oder Verteidigungsausgaben in Höhe von 43,7 Mrd. DM handelt. Das BMVg formuliert am Ende des Papiers selbst auch wesentlich korrekter: es ergibt sich "nach diesem Konzept ... eine Verringerung des bisherigen Planungsvolumens für die Beschaffung von Wehrmaterial ... im Zeitraum von 1993-2005".[185] Es handelt sich also zunächst lediglich um die Reduzierung von Planungsgrößen, auf die sich die Industrie zwar in gewisser Weise eingestellt haben wird, für die aber zum überwiegenden Teil noch keine Verträge oder finanziellen Verpflichtungen existieren, die rückgängig gemacht werden müßten, und bei denen schon länger bekannt war, daß für ihre Realisierung auch bei der alten Planung enorme Finanzierungslücken bestanden. Aber auch die Zahl von 43,7 Mrd. DM muß - unabhängig von der generellen Fragwürdigkeit von Preisangaben von seiten des BMVg bei geplanten Rüstungsgütern - in mehrfacher Hinsicht relativiert werden. Erstens sind darin auch alle Vorhaben des zweiten Blocks (meist Stückzahlreduzierung) enthalten. Darin sind zweitens nicht unerhebliche Ungenauigkeiten und Einschränkungen zu konstatieren, wie die Feststellung, bei LAPAS stehe die abschließende Erörterung / Entscheidung über eine "Neuausrichtung des Vorhaben" noch aus, oder die "etwa" oder "rund" bei allen größeren Summen des Reduzierungsvolumens. Die Nichtüberprüfbarkeit und geringe Präzision dieser Größenordnung fällt besonders bei dem Posten "Gefechtsmunition" mit "rund 10"

---

181 Die Veröffentlichung ist dennoch bisher einmalig und insoweit ein Fortschritt; lediglich 1984 wurden schon einmal und noch umfangreichere Daten aus dem - damals wie heute streng geheimen - Bundeswehrplan bekannt - zur Verfügung gestellt von einem Mitglied des Bundestages im Verteidigungsausschuß, dessen Identität bis heute nicht offiziell bekannt ist, und veröffentlicht von einer Herausgebergruppe aus der Friedensbewegung. (Borgmann u.a. 1984) Das damalige Planungsvolumen hatte eine Höhe von 240 Mrd. DM.

182 BMVg 1992d, 2.

183 Vgl. Verteidigungsausschuß, 12. WP, Protokoll Nr. 27, 56.

184 BMVg 1992d, 4.

185 BMVg 1992d, 5.

Mrd. DM, also rund einem Viertel des gesamten Reduzierungsvolumens auf. Drittens schließlich reduziert sich das Reduzierungsvolumen auf weniger als die Hälfte ("rd. 20,7 Mrd. DM"), wenn man nur die Projekte addiert, auf die - in diesem Planungszeitraum - tatsächlich verzichtet wurde. Auch für einen dem BMVg nahestehenden Autor ist "die Behauptung der BMVg-Planer, mit den Streichungen und Streckungen würden bis zum Jahre 2005 insgesamt 44 Mrd. DM eingespart, jedoch reine Augenwischerei. Wenn man auf Beschaffungen im Werte von 44 Mrd. DM verzichten muß, weil kein Geld dafür da ist, dann ist das zwar eine schmerzliche Plankorrektur, aber keine Einsparung im ökonomischen Sinne."[186]

Von Kürzungen und Streichungen sind entsprechend der neuen Aufgaben der Bundeswehr vor allem "die Beschaffungspläne für schwere Panzer, Jagdpanzer, Schützenpanzer und schwere Artillerie ... betroffen", zu einem geringeren Teil auch "schwimmende Systeme" und Kampfwertsteigerungsmaßnahmen im Bereich der Luftwaffe.[187] Zu ergänzen ist hierbei, daß es sich bei der Verzichtsplanung im wesentlichen um kostspielige und z.T. futuristische Großwaffensysteme des Heeres handelt, die bereits in den letzten Jahren umstritten waren, deren Beschaffung am weitesten in der Zukunft liegen sollte, deren technische Realisierbarkeit und Finanzierbarkeit z.T. noch nicht gesichert waren und die in einer auf Mobilität und Luftbeweglichkeit angelegten Streitkräftestruktur nicht zu gebrauchen sind.[188] Auf die letzten beiden Gesichtspunkte wies Staatssekretär Pfahls u.a. im Hinblick auf das Späh- und Aufklärungsfahrzeug ZOBEL und den Schützenpanzer MARDER 2 in einem Brief an Stoltenberg einen Tag vor der Konferenz am 11.1.1992 hin.[189]

Eine wichtige Zahl findet sich in keinem der vom BMVg veröffentlichten Papiere: Die Gesamtsumme, die nach dem Bundeswehrplan 93 im Zeitraum 1993 bis 2005 nach wie vor für Beschaffungen sowie Forschung und Entwicklung ausgegeben werden soll. Nach Angaben in einem Fachzeitschriftenartikel, der ansonsten weitgehend deckungsgleich ist mit den oben genutzten Quellen, beliefen sich diese Summen auf 115 Mrd. DM für Beschaffungen und 35 Mrd. DM für Forschung und Entwicklung.[190] Die Beschaffungsausgaben werden an anderer Stelle mit "115 bis 117 Mrd. DM" angegeben, was "im Jahresdurchschnitt zwischen 9,5 und 9,7 Mrd. DM" bedeuten würde.[191] Im Verlauf der Auseinandersetzungen um die Entscheidung über die Beschaffung des Jäger 90 nannte der neue Verteidigungsminister Volker Rühe erstmals offiziell Zahlen zum geplanten Beschaffungsvolumen. Der Bundeswehrplan '92 habe danach 112,8 Mrd. DM

---

186 Bebermeyer 1992b, 174. Der Wehrdienst ergänzt, "tatsächlich hat der Bund Abschied von erheblichen 'Überplanungen' genommen". (Wehrdienst Nr. 1300, 20.1.1992, 3)

187 Stoltenberg 1992b, 4.

188 Für zehn der elf konkret genannten Programme, auf die im Planungszeitraum verzichtet werden soll, wurden bis 1991 die vergleichsweise geringe Summe von ca. 180 Mio. DM Entwicklungsgelder ausgegeben. Vgl. Spalte 6.

189 Pfahls 1992.

190 Heckmann 1992, 13. Auch für diesen Autor ist "die Ausgangsbasis für 'Einsparungen' nicht bekannt". (Ebda.) In einer anderen Quelle werden die FuE-Ausgabenplanungen auf 39 Mrd. DM beziffert; vgl. FR 13.1.1992, 1.

191 Fauth 1992, 71. Diese Zahl scheint realistischer, als die Anfang Dezember 1991 genannten 80 Mrd. DM, die die Bundeswehr nach einer Vorgabe von Minister Stoltenberg in den Jahren von 1993 bis 2005 ausgeben können sollte. (Vgl. Der Spiegel, Nr. 49, 2.12.1991, 16)

Investitionsmittel enthalten; der neue Bundeswehrplan '93 enthalte dagegen 20 Mrd. DM weniger, nämlich nur noch 92,5 Mrd. DM.[192]

Die jährliche Sitzung des Bundeskabinetts auf der Hardthöhe, bei der über die Bundeswehrplanung beraten wurde, fand am 19.2.1992 statt. Als Ergebnis teilte Verteidigungsminister Stoltenberg mit, das Bundeskabinett habe "die Eckwerte der weiteren Bundeswehrplanung gebilligt". Dazu zählte: Beibehaltung der Allgemeinen Wehrpflicht und einer zwölfmonatigen Grundwehrdienstdauer, Friedensumfang der Bundeswehr ab 1995 von 370.000 Mann, das neue Personalstrukturmodell sowie die Bundeswehrplanung, wie sie am 11. Januar vom Ressort beschlossen worden war. In derselben Mitteilung stellte der Verteidigungsminister fest, die bundesdeutschen Streitkräfte seien "im wesentlichen Hauptverteidigungskräfte zur Verteidigung Deutschlands im Rahmen der NATO". Der nach den Bündnisbeschlüssen vorgesehen deutsche Beitrag zu schnellen Eingreifverbänden der Allianz werde "im Hinblick auf das Vertragsgebiet geplant. Erst nach einer klarstellenden Ergänzung des Grundgesetzes könnten solche Kräfte auch für weitergehende Missionen im Rahmen der UN vorgesehen werden."[193] Verteidigungsminister Stoltenberg soll auch in dieser Kabinettssitzung erklärt haben, durch die Rückführung der Betriebskosten - einschließlich der mit der Personalreduzierung möglichen Mitteleinsparung - trage die Bundeswehrplanung dazu bei, den Anteil der verteidigungsinvestiven Ausgaben mittelfristig wieder auf die erforderlichen 30% Anteil am Plafond anzuheben.[194]

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, Dr. Fritz Wittmann (CSU), erklärte einen europäischen Aufklärungssatelliten mit deutscher Beteiligung, der im Bundeswehrplan finanziell nicht abgesichert ist, für absolut notwendig.[195] Auch für den General der Führungstruppen im Kölner Heeresamt fehlen im Hinblick auf das erweiterte Einsatzspektrum und die Umstrukturierung der Bundeswehr "nur noch Satellitenkommunikationsmittel." "Wie wir alle wissen", so fährt er in Erinnerung an Kostenkalkulationen in Höhe von 3,5 Mrd. DM aus den 80er Jahren fort, "ist das nicht nur angesichts der Ressourcenlage unrealistisch."[196] Für humanitäre Hilfseinsätze hätte sich bei der Aktion Kurdenhilfe, für die tragbare Terminals für das System INMARSAT gekauft worden sind, die Nutzung von zivilen kommerziellen Satelliten als befriedigend herausgestellt. Für eine sichere militärische Führung könnten geeignete Satelliten der NATO und westlicher Verbündeter mit freien Kapazitäten im Orbit in Frage kommen. Dazu würden aber "neben der zu vereinbarenden Orbitnutzung die entsprechenden Terminals" benötigt.[197] "Die Bundeswehrführung" soll Anfang März 1992 im Kabinett konstatiert haben: "Wir untersuchen, ob und wie wir in dem vorgegebenen Finanzrahmen dafür (Lufttransportkapazität und Satellitensystem, WK) Freiräume schaffen können, da

---

192 Vgl. FAZ 3.6.1992, 1. Diese Zahl wäre ein niedriger Wert, wenn mit "Investitionsmittel" alle "verteidigungsinvestiven Ausgaben", also auch die für Forschung, Entwicklung und Erprobung gemeint sein sollten. Dies wird aber aus der Quelle nicht klar.

193 Stoltenberg 1992b. Nicht bekannt ist, was Inhalt und Zielrichtung der Diskussion um die" Erhaltung einer nationalen Rüstungsbasis" gewesen ist, das ohne Entschluß geblieben sei. (Vgl. Wehrtechnik 3/1992, 3)

194 Wehrdienst 1306/1992, 1.

195 Wehrtechnik 3/1992, 3.

196 Beenders 1992, 24

197 Beenders 1992, 28f.

beide Fähigkeiten notwendig sind, aufwendige Entwicklungen aber vermieden werden sollen."[198]

Ein weiterer, eventuell sehr kostspieliger Rüstungsschub könnte durch eine Beteiligung der Bundesrepublik an GPALS (Global Protection Against Limited Strikes) werden. Hinter der Abkürzung verbirgt sich die von US-Präsident Bush Anfang 1992 auf ein realistischeres Maß gebrachten SDI-Pläne seines Vorgängers Reagan. Im Vordergrund steht dabei die Abwehr von taktischen Flugkörpern mit kurzer Reichweite durch zwei bodengestützte Raketensysteme, von denen eines die weiterentwickelte Patriot sein könnte. (Geplant sind aber zur Abwehr von strategischen Raketen auch noch 500 Satelliten mit Brillant Pebbles, schlauen Kieselsteinen, die Raketen mit kinetischer Energie zerstören sollen.) Der frühere SPD-MdB und Verteidigungsexperte Florian Gerster (heute Minister für Bundesangelegenheiten und Europa in Rheinland-Pfalz) hat sich aus mehreren Gründen für eine Beteiligung an diesem Programm ausgesprochen. Zum einen liege Westeuropa viel näher als die USA an den "potentiellen Krisenherden im Nahen und Mittleren Osten, in Asien und in der ehemaligen Sowjetunion". Zum anderen verfüge "jedoch vor allem der amerikanische Bündnispartner über die industriellen Ressourcen zu einem erfolgversprechenden Abwehrprogramm". Trotz der wenig ermutigenden Erfahrungen mit der Beteiligung an SDI meint der SPD-Politiker: "Eine Kooperation in diesen Forschungsbereichen, soweit sie Washington zuläßt, könnte sich militärisch und wirtschaftlich auszahlen". Eine eigene westeuropäische Entwicklung wäre dagegen eine unnötige Ressourcenverschwendung, der völlige Verzicht auf Raketenabwehr bedeute wiederum "eine wahrscheinlich fatale Vernachlässigung der europäischen Sicherheit und einen wachsenden Abstand zu den USA" in hochtechnologischen Bereichen. "Mit derartigen Abständen können auch im zivilen Bereich Anteile auf dem Weltmarkt verlorengehen." Den deutschen Sicherheitsinteressen entspricht heute eher die Forschung und Entwicklung bei der Raketenabwehr, "als die Einführung neuer Generationen von Kampfpanzern, -flugzeugen und -schiffen".[199]

### II.4.1 Luftwaffe

Der für die Rüstungsplanung der Luftwaffe zuständige Stabsabteilungsleiter im Führungsstab der Luftwaffe (Fü L VII), Brigadegenral F.W. Lübbe, meinte im Sommer 1991, die Luftwaffenplanungen seien durch die sicherheitspolitischen Veränderungen "prinzipiell nicht in Frage gestellt", weil die aufgrund der veränderten Bedingungen erforderliche "höhere Flexibilität, Mobilität und Reaktionsfähigkeit über große Distanzen sowie gleichzeitige Kontrollierbarkeit und Dosierbarkeit in der Anwendung militärischer Mittel" die Eigenschaften der Luftstreitkräfte favorisieren. Die bisherigen Schwerpunkte der Luftwaffe bei Aufklärung, Führung und Luftverteidigung blieben weiterhin gültig, Anpassungen seien in den Bereichen Gegenangriff und Einsatzunterstützung notwendig. Angesichts der Personalreduzierung müsse moderne Technologie "nicht zur Leistungssteigergung, sondern stärker als bisher auch zur Vereinfachung von Bedienung und Instandhaltung herangezogen" werden.[200] Die zurückgehenden Haushaltsmittel müßten mit

---

198 Zit. nach: Wehrdienst Nr. 1307, 9.3.1992, 1.

199 Gerster / Hennes 1992, 105.

200 Der Autor sieht in den folgenden "Zukunftstechnologien" ein "personalsparendes/personalentlastendes" Potential: "Erfassungssensoren, Mikroelektronik, hochintegrierte Schaltkreise, elektro-optische Mittel, neuartige Werkstoffe, Verbesserung der Mensch-Maschine-Interaktion und Expertensysteme"; (Lübbe 1991, 28).

strikter Preis- und Kostendisziplin auf allen Seiten, Einsparungen bei der Materialerhaltung, zeitlich gestaffelter Beschaffung und der Nutzung des Wachstumspotentials von eingeführten Systemen ausgeglichen werden. "Das bedeutet zugleich, bei neuen Waffensystemen auf die 'letzten Prozente' an technisch machbarer Leistung zu verzichten und stattdessen für die ... Nutzungszeiten von 20 bis 30 Jahren ausreichend technisches Wachstumspotential in das Waffensystem 'hineinzukonstruieren'."[201]

Ein Vergleich zwischen den Planungsständen Mitte 1991 und den Anfang 1992 beschlossenen Reduzierungen zeigt, daß die Priorität der Luftwaffenplanung, die Mitte 1991 "bei der Stärkung des Systemverbundes Aufklärung-Führung-Waffenwirkung" lag[202], weitgehend beibehalten worden ist. Die beim PAH-2 diskutierten Bedarfsreduzierungen oder zeitliche Streckungen der Beschaffung bedürften einer "seriösen Bewertung der wirtschaftlichen und industriepolitischen Auswirkungen". Der bundesdeutsche Bedarf von "rund 270 Hubschraubern" beim NH-90 ist "noch nicht endgültig festgelegt". Das Projekt wird vom BMVg als "Pfeiler der künftigen deutsch-französischen Rüstungskooperation" angesehen.[203]

Der Inspekteur der Luftwaffe, Jörg Kuebart, wies in seinem Vortrag bei der Kabinettssitzung Mitte Februar 1992 darauf hin, der Kern der unter dem Stichwort "Luftwaffenstruktur 4" zusammengefaßten Reduzierungen seien "die Aufgabe der Kampfverbände ALPHA-JET und der Aufklärungsgeschwader RF-4 E" sowie die Teilkaderung der Flugabwehrraketen-Verbände PATRIOT und HAWK. "Die Ausmusterung ganzer Waffensystemen ist wesentliche Voraussetzung für die Reduzierung der Betriebskosten." Der Schwerpunkt der Planung bleibe bei der Landesverteidigung. Ein neues Jagdflugzeug ist u.a. deswegen notwendig, weil ein Raumschutz durch Raktengürtel "weder sinnvoll noch finanzierbar" ist. Wegen der Krisenreaktionskräfte, die "nach den Vorstellungen der NATO ... bis Mitte der 90er Jahre aufwachsen" sollen, werden Verbesserungen bei vorhandenen und vor allem den kommenden Waffensysteme zu berücksichtigen sein. Verbesserungen beträfen zum Beispiel "Anpassungen an andere klimatische Verhältnisse, Mobilität sowie Navigations-, Kommunikations- und Führungseinrichtungen". Für die weiträumige Unterstützung seien Verbesserungen im Lufttransport notwendig, die kurzfristig über eine Leistungssteigerung der TRANSALL-Flotte erreicht werden sollen. Außerdem "werden" vier Boeing B-707 für Transporte im Dienst gehalten "und zusätzlich zu Tankerflugzeugen modifiziert" (obwohl der Bundestag die Mittel dafür im EPl 60 noch nicht bewilligt hat und die Bundeswehr das Vorhaben aus der Liste der aus diesen Extramitteln zu finanzierenden Projekten herausgenommen hatte. Trotz der durch die Ressourcenenge für eine Übergangszeit zu erwartenden "schwerwiegenden Einschränkungen" gewährleiste die Planung aber, "daß mittelfristig die Grundfunktionen von Luftstreitkräften konzeptionell ausgewogen" sein werden. Der Luftwaffeninspekteur hat "jedoch Zweifel, ob es bei noch knapper werdenden personellen und materiellen Ressourcen gelingen kann, das künftige Aufgabenspektrum ... abzudecken."[204]

Über einen der potentiell größten Beschaffungsposten - die Großraumflugzeuge - ist bislang noch nicht entschieden. Während des Golf-Krieges war es - ohne die nicht vorhandenen

---

201 Lübbe 1991, 27.

202 Lübbe 1991, 29.

203 Burr 1992, 10

204 Kuebart 1992b, 3f.

eigenen Flugzeuge und ohne Unterstützung von den ausgebuchten USA - nur mit einiger Verzögerung möglich, Truppen und Material der Bundeswehr in die Türkei zu transportieren.[205] Nach diesen Schwierigkeiten hatten die Bundestagsfraktionen der Koalitionsparteien im Verteidigungsausschuß dem Bundesverteidigungsminister den Auftrag erteilt, zu prüfen, "wie zukünftig im Rahmen europäischer gemeinsamer Sicherheitspolitik geeigneter Lufttransport durch Großraumflugzeuge bereitgestellt werden (kann)". Als zu untersuchende Alternativen wurden angegeben: eine Beteiligung des Bundes bei der Neuanschaffung "entsprechender Großraumflugzeuge durch unsere Luftverkehrsgesellschaften", die "Gemeinschaftsinvestition der europäischen Staaten in eine ... einheitliche Transportflotte" und die Überprüfung der Eignung der Langstrekkenversion des Airbus (A340) "bzw. Suche und Beschaffung von vorhandenen transatlantischen Alternativen (Lufttransport als NATO-Gemeinschaftsaufgabe wie z.B. AWACS)".[206]

Im September 1991 teilte der Parlamentarische Staatssekretär im BMVg, Willy Wimmer, dem Verteidigungsausschuß mit, das BMVg habe "mit der Erarbeitung von Grundlagen für den Einstieg in eine konkrete Plaung zur Abdeckung des zukünftigen Lufttransportbedarfs der Bundeswehr begonnen". Die genannten Alternativen seien Gegenstand der Untersuchungen einer im Führungsstab der Streitkräfte gebildeten Arbeitsgruppe. Die Ergebnisse könnten wegen der gebotenen Sorgfalt und des Umfangs der Untersuchung noch nicht vorgelegt werden. Für die begonnenen Arbeiten an einer WEU-Studie zum gleichen Thema "werden Frankreich und Deutschland einen gemeinsamen ersten Entwurf erarbeiten".[207]

Von militärischer Seite wird eine "ausreichende Lufttransportkapazität" nicht nur mit der "räumlichen Erweiterung der Zukunftsaufgaben der Luftwaffe" begründet. Sie würde auch für Einsätze zur Unterstützung humanitärer Aktionen und zum Transport von Inspektionsteams benötigt. Neben den fehlenden Lufttransportmöglichkeiten, die durch multinationale Zusammenfassung, teilstreitkräfteübergreifende Nutzung und "auch unter Einbeziehung ziviler Lufttransportmöglichkeiten" geschaffen werden könnten, wird darüberhinaus der Bedarf an Luftbetankungskapazitäten angemeldet; dieser soll außerdem durch "nationale Mittel und Kräfte" gedeckt werden, weil "wir unsere Alliierten .. überfordern, wenn wir uns weiterhin auf deren Kapazitäten abstützen wollen".[208] Die "Deutsche Airbus" (nicht "Airbus International") hatte kurz zuvor, bei der Internationalen Luftfahrtausstellung im Juli 1991 in Paris, "ein Modell AST (Airbus Special Transport) mit einer Teleskop-Betankungsstation im Rumpfheck und zwei Betankungsschläuchen an den Flügelenden" vorgestellt.[209]

---

205 Es wurde gar versucht, dafür eine sowjetische Militärmaschine vom Typ "Antonov" zu chartern.

206 CDU/CSU-Bundestagsfraktion, AG Verteidigungspolitik / FDP-Bundestagsfraktion, AG Sicherheitspolitik, Antrag zum .., 15.4.1991. Der gleichzeitig erteilte Prüfauftrag zur Übernahme von drei Flugzeugen des Typs Airbus 310-300 von Interflug ist eine Maßnahme, die die Boeing 707 der normalen Flugbereitschaft der Bundeswehr ergänzen und ersetzen soll und stellt keinen Ersatz für den übrigen künftigen militärischen Lufttransportbedarf dar. Der Haushaltsausschuß genehmigte am 19.6.1991 die Übernahme (282 Mio. DM aus EPl 60 im Jahr 1991). Die Gesamtkosten belaufen sich bis 1993 auf 465 Mio. DM gegenüber 546 Mio. DM bei einem Neukauf. (Vgl. Wehrtechnik 7/1991, 3.)

207 Wimmer 1991.

208 Kuebart 1991, 24; Hervorh. von mir, WK

209 Heckmann 1991c, 34. Die AST-Version, die auch schon mal mit Airbus-Super-Transporter übersetzt wird, soll die Super-Guppy für den Transport der Flugzeugteile zur Endfertigung nach Toulouse ersetzen. Airbus Industry hat den Vertrag über den Bau von vier AST Anfang 1992 unterzeichnet. Hergestellt werden die Transporter durch das deutsch-französische GIE SATIC, das zu gleichen Teilen

## II.4.2 Heer

Der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Jörg Schönbohm, erläuterte in einem Zeitschriftenartikel die aus der Veränderung der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen entstehenden Konsequenzen für die Heeresplanung. Die grundlegenden Einschätzungen von der Notwendigkeit einer militärischen Grundvorsorge unterscheiden sich im Prinzip nicht von denen seines früheren Dienstherren; er fügte aber weitere Aspekte hinzu.[210] Die Konzeption des Heeres, die aus diesen künftigen Aufgaben entwickelt worden ist, setzt

> "bei verringerten Kräften, erweitertem Verantwortungsbereich, größerem zu schützenden Territorium, diffuser Bedrohungs- und Risikolage und daher breiterem Einsatzspektrum auf die hohe Beweglichkeit der Verbände und die Fähigkeiten der Führer, Unterführer und Mannschaften ...".[211]

Im Hinblick auf die Rüstungsplanung des Heeres ergeben sich daraus verschiedene "Erfordernisse". Erstens müßten "noch bestehende Defizite" bei der "Befähigung zu taktischer und operativer Aufklärung, insbesondere durch verbesserte technische Aufklärungsmittel" abgebaut werden. Zweitens sei der "Kern der beweglichen Elemente durch gepanzerte Truppen sowie durch luftbewegliche Verbände" weiterzuentwickeln. Drittens gelte es, auch die "weiträumige Sperrfähigkeit und das artilleristische Element" fortzuentwickeln. Viertens müsse die Ausbilderdichte erhöht und die Menschenführung verbessert werden.[212] In einem Vortrag im Verteidigungsausschuß hatte Schönbohm, der zum 1.4.1992 Holger Pfahls als beamteter Staatssekretär im BMVg abgelöst hat, am 12.2.1992 darauf hingewiesen, daß die neue Aufgabe des Beitrags zu Krisenreaktionskräften in der Heeresstruktur 5 "erst in Ansätzen abgebildet" sei. Die bisherigen Prioritäten der Beschaffungsplanung würden "für den Bundeswehrplan 1993 zunächst aufrechterhalten". Nach Festlegung der für Krisenreaktions- und Hauptverteidigungskräfte "erforderlichen Anforderungsprofile und Umfänge muß der erforderliche Handlungsspielraum zum Erreichen der angestrebten Fähigkeiten in der weiteren Planung geschaffen werden".[213]

Nicht für die Rüstungsplanung, aber für die Ausgabenplanung der Bundeswehr insgesamt ist die Bestätigung von Interesse, daß mit dem Personalstrukturmodell 370 (PSM 370) - also

---

Aérospatiale und der DASA gehört. (Vgl. Wehrtechnik 4/1992, 50) Auch vom Airbus A-320 gibt es eine "MPA" genannte Version, die erläutert wird als die "militarisierte Version des zivilen Flugzeugs A-320"; sie wurde als Alternative zur Entwicklung und Beschaffung eines U-Jagd- und Seeraumüberwachungsflugzeugs vom BMVg alternativ zu einer französischen und einer amerikanischen Maschine geprüft und "wegen nicht ausreichender Flugleistungen, hohen Entwicklungskosten (ca. 1,6 Mrd. DM) und hohem Entwicklungsrisiko verworfen". (Vgl. Wehrdienst Nr. 1215 v. 26.3.1990, 2f.)

210 Das Heer leiste einen "wesentlichen und unverzichtbaren Beitrag" bei dem vom Grundgesetzartikel 1, Abs. 1 vorgegebenen Auftrag des Schutzes und der Verteidigung des Landes und seiner Bürger. Daraus ergebe sich aber auch die Verpflichtung des Staates, das Heer in die Lage zu versetzen, diesen Auftrag erfüllen zu können. Darüberhinaus bestimme die Einstzfähigkeit des Heeres unsere Bündnisfähigkeit, weil die Bundesrepublik die Fähigkeiten nicht allein besitzen will. Eine "Aufgabe neuer Qualität" werde es sein, den osteuropäischen Nachbarn zu "helfen, Streitkräfte in der Demokratie zu formen", und damit einen wesentlichen Beitrag zur innenpolitischen Entwicklung dieser Staaten zu leisten. (Schönbohm 1992a, 76)

211 Schönbohm 1992a, 76.

212 Schönbohm 1992a, 77f.

213 Zit. nach: Wehrdienst Nr. 1313, 21.4.1992, 2.

die Planungen der Personalstruktur bei dem auf 370.000 reduzierten Umfang - "endlich die Defizite abgebaut" werden sollen, "die seit Jahren erkannt, z.T. öffentlich beklagt, aber bisher nicht geändert werden konnten".[214] Allerdings seien im PSM 370, so der Heeresinspekteur in seinem Vortrag am 12.2.1992 im Verteidigungsausschuß, die "personellen Forderungen im Hinblick auf Krisenreaktionskräfte noch nicht enthalten".[215]

Der Heeresinspekteur betonte, die "Armee der Einheit" werde wegen unterschiedlicher Aufträge der Hauptverteidigungskräfte und Kriseneinsatzverbände "und der sich daraus ergebenden unterschiedlichen Austattung, Bewaffnung und Präsenz keine Armee der Einheitlichkeit sein können".[216] In einem Vortrag bei der Sitzung des Bundeskabinetts Mitte Februar 1992 präzisierte er, "nur noch der mechanisierte Anteil an den schnellen Reaktionskräften wird für eine Modernisierung vorgesehen".[217] Mehrere Äußerungen hochrangiger Militärs seit der zweiten Jahreshälfte 1991 weisen darauf hin, daß die Bundeswehr perspektivisch zu einer "Zwei-Klassen-Armee" werden wird. Die hochpräsenten, flexibel einsetzbaren und für multinationale Einsätze vorbereiteten Truppenteile der Reaktionsstreitkräfte werden eine wesentlich "bessere" Ausrüstung erhalten, als die anderen Streitkräftekategorien. Für Hansen war es zum Beispiel "vorhersehbar", daß die knappen finanziellen, personellen und materiellen Ressourcen bei der Bundeswehr "immer weniger für eine gleichartige 'Rundum-Ausstattung' ... ausreichen." Die unerläßliche Schwerpunktsetzung "wird sich an den künftigen militärpolitisch-strategischen Erfordernissen zu orientieren haben", was auf eine "wie auch immer geartete Unterscheidung innerhalb der Streitkräfte" hinweist. Auch das Größenverhältnis der Teilstreikräfte "bedarf dabei der Überprüfung".[218] Der Oberst i.G. Dingler, Stabsabteilungsleiter Fü H VII, nahm Ende 1991 eine Formulierung aus der zweiten Hälfte der 80er Jahre auf: "Das Heer der Zukunft soll 'kleiner aber feiner' sein. Die Aufgabenstellung aber ist eher umfassender geworden." Für ihn war es sicher, daß das Heer nicht in seiner Gesamtheit wird modern gehalten werden können. Der ressourcenangepaßten auftragsgerechten Ausstattung müsse vor einer einheitlichen Ausstattung des Heeres der Vorzug gegeben werden.[219]

Für Schönbohm bedingt die "zwingend erforderliche" Verbesserung der Fähigkeiten der Reaktionskräfte nicht nur leistungsfähige Truppenteile, sondern sie bedarf auch der "konsequenten Weiterentwicklung wehrtechnologischer Fähigkeiten. Bei aller Knappheit von Ressourcen bedeutet dies, daß Forschungs-, Technologie- und Entwicklungsinitiativen vorangetrieben werden müssen, um nach Entscheidung über Anforderungsprofile künftiger Kräfte ... aus der bestmöglichen Technologie auswählen zu können."[220] Obwohl die Ausgestaltung der schnellen Reaktionskräfte "die herausragende konzeptionelle und organisatorische Herausforderung der Zukunft" für das Heer sein wird, müsse der planerische Handlungsspielraum zum Erreichen der Fähigkeiten erst noch geschaffen

---

214 Schönbohm 1992a, 78. Bei der Heerestruktur 5 "geht es nicht nur um eine neue Struktur, insoweit ist der Begriff irreführend, sondern um die Zusammenführung von Ost und West, das Zusammenführen von Feld- und Territorialheer und um den Umbau und Abbau im Westen bei gleichzeitigem Aufbau im Osten". (Schönbohm 1992a, 78)

215 Zit. nach: Wehrdienst Nr. 1313, 21.4.1992, 3.

216 Schönbohm 1992a, 80.

217 Schönbohm 1992b, 2.

218 Hansen 1992, 9.

219 Winkelmann 1992, 27.

220 Schönbohm 1992a, 82.

werden. "Dies wird voraussichtlich erst ab 1995 möglich sein."[221] Als Grund hierfür nennt er an anderer Stelle die "drastischen Reduzierungen" im Verteidigungshaushalt hätten zu einer "Überplanung durch im Haushalt vertraglich gebundene Vorhaben geführt, die in den ersten Planungsjahren bis ca. 1995 zunächst abgebaut werden muß". Das überplante Materialvolumen könne nicht durch Mengen- und Leistungsreduzierungen aufgefangen werden. Die klaren Entscheidungen der Planungskonferenzen "waren daher unabdingbar".[222]

### II.4.3 Marine

Der für die Rüstung verantwortliche Stabsabteilungsleiter VII im Führungsstab der Marine, Flotillenadmiral Gerhard Bing, kommt bei einer detaillierten Schilderung der Haushalts- und Beschaffungsplanung für alle Großwaffensysteme der Marine zu einem recht positiven Ergebnis. "Insgesamt ist es ... planerisch gelungen, für alle Komponenten der Flotte die erforderlichen Neubau- oder Modernisierungsmaßnahmen durchzuführen oder zumindest einzuleiten. Die dringend erforderlichen Munitionsvorhaben konnten eingeplant werden." Das sei auch ein Ergebnis der Tatsache, daß die Marine in ihrer Planung die sicherheitspolitische und die Ressourcenentwicklung angemessen berücksichtigt und sich in ihren Forderungen auf das operative Minimum selbst beschränkt habe. Allerdings sei schon heute sicher, daß die zeitlichen Vorstellungen zur Realisierung des Planungsziels "Flotte 2005" revidiert werden müßten.[223] Vizeadmiral Hein-Peter Weyher bestätigte auf der Sitzung des Bundeskabinetts am 19.2.1992, die Marineplanung verfolge das Ziel, eine Flotte für Einsätze im gesamten Beistandsgebiet der Allianz und überall dort zu schaffen, wo vitale Interessen Deutschlands berührt seien. Die Marine konzentriere sich u.a. auf den Erhalt ihrer heute schon bestehenden Fähigkeit, die mittel- und langfristig ausgebaut werden soll, zu Krisenoperationen im Bündnis. Mit dem Bundeswehrplan1993 sei die "Flotte 2005" zu realisieren. Gravierende Einschnitte wären aber nicht zu vermeiden und weitere Geldverknappungen würden nicht nur wichtige Rüstungsprojekte, sondern auch die bisherige Struktur- und Stationierungsplanung insgesamt in Frage stellen.[224]

Dennoch, so Bing in seinem Beitrag zu einem Seminar der Zeitschrift "Wehrtechnik", "bedarf es vor allen Dingen der Überwindung einer allgemein etablierten Auffassung, daß zahlenmäßig geringere Streitkräfte im gleichen Maße weniger Geld kosten müssen." Dies treffe in begrenztem Umfang auf die Personal- und Betriebskosten zu. Aber "die Anpassung der Marine an eine neue Struktur und veränderte Rahmenbedingungen erfordern ebenso investive Mittel, wie der fällige Ersatz nicht mehr zeitgemäßer ... Waffensysteme".[225] Nach Angaben des Rüstungsmanagers umfaßt "das gesamte Rüstungsprogramm der Marine zur Zeit 28 'Waffensysteme und Systemanteile' und dazu rund 250 planungswichtige Geräteentwicklungen und -beschaffungen, ohne die die Großvorhaben nicht zu realisieren wären".[226]

---

221 Schönbohm 1992b, 2f.

222 Schönbohm 1992a, 83.

223 Bing 1992, 19.

224 Vgl. die Wiedergabe des Kurzreferats in: Wehrdienst Nr. 1306, 2.3.1992, 4.

225 Bing 1991, 4.

226 Bing 1991, 10. Zu konkreteren Zahlen der einzelnen, für notwendig gefundenen Waffensysteme vgl. z.B. die präzise Beschreibung der "Zielvorstellungen der Marine" von Marineinspekteur Mann (1991).

## II.4.4 Neuer Minister und alter Jäger

Der neue Verteidigungsminister Volker Rühe, seit Anfang April 1992 Nachfolger des letztlich über die vom Bundestag untersagten, aber dennoch ausgeführten Rüstungslieferungen an die Türkei gestürzten Gerhard Stoltenberg, hat in seiner ersten Rede als Verteidigungsminister bei der 33. Kommandeurtagung der Bundeswehr Mitte Mai 1992 in Leipzig in bezug auf die gewachsene Verantwortung der Bundesrepublik, die neuen und alten Aufgaben der Bundeswehr und insbesondere zum Thema internationale Militäreinsätze prinzipiell fast identische Positionen bezogen, wie sein Vorgänger. Im Unterschied zu Stoltenberg sprach er klarer aus, daß das

> "Hineinwachsen in eine größere außenpolitische Verantwortung ein organischer Prozeß (ist), der Zeit braucht. Dies gilt vor allem für militärische Kampfeinsätze, wie sie im Golf im Auftrag der Vereinten Nationen durchgeführt wurden. Allerdings kann kein Zweifel bestehen, daß sich Deutschland auf Dauer nicht der Pflicht entziehen kann, auch an Operationen zur Wahrung und Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit teilzunehmen".[227]

Zu den Konsequenzen für die Rüstungsplanung äußerte er sich diesbezüglich nicht konkreter. Er setzte aber einige leicht von Stoltenberg abweichende Akzente. "Wir können nicht so weitermachen wie bisher. (...) Irgendwo müssen wir Abstriche vornehmen." Er kündigte an, "alle Ausgaben ebenso so sorgfältig wie rigoros" prüfen zu wollen, "ob sie bei einer völlig veränderten Sicherheitslage noch vertretbar sind". Anstatt Geld für "Bedrohungssituationen der Vergangenheit" auszugeben, sollten die begrenzten Mittel nach "vier Grundsätzen" eingesetzt werden. Dazu zählt an erster Stelle neben den bekannten Schwerpunktsetzungen (Vorrang für Ausbildung, bessere Lebens- und Dienstbedingungen "für die Menschen" in der Bundeswehr, Rüstungsinvestitionen für die "Teile der Bundeswehr, die in besonderem Maß auf akute Erfordernisse zugeschnitten sein müssen") ein neues Prinzip, das bei der Verwirklichung große Auswirkungen für Teile der Rüstungsproduktionskapazitäten in der Bundesrepublik haben könnte: "So weit wie möglich in Zukunft zwar Forschung und Entwicklung für bestimmte Projekte vorantreiben, aber auf die Produktion erst im Bedarfsfall zurückgreifen. Munition ist hierfür ein gutes Beispiel."[228] Der letzte Satz könnte sich als eine wichtige Einschränkung erweisen, weil dieses Prinzip für Großwaffensysteme aus technischen und ökonomischen Gründen als kaum realisierbar erscheint.

Mit einer anderen Ankündigung erregte Rühe in der zweiten Maihälte 1992 zum umstrittensten Rüstungsprojekt der Bundesrepublik erheblich mehr Aufsehen. Er wollte nach vom BMVg bestätigten Meldungen der Koalition die Empfehlung geben, den Jäger 90 wegen der "völlig veränderten sicherheitspolitischen Lage" und wegen "indiskutabler Preisvorstellungen" der Industrie nicht zu beschaffen. Der deutsche Ausstieg aus dem in Kooperation mit Großbritannien, Italien und Spanien entwickelten System sollte offiziell von der eigens zur Vorbereitung dieser Entscheidung eingesetzten Arbeitsgruppe der Regierungskoalition am 1.6.1992 beschlossen werden. Danach sollte noch das Bundeskabinett zustimmen.[229] Der Verteidigungsminister gab diese Empfehlung erst zwei

---

227 Rühe (1992, 12f.).

228 Rühe (1992, 17ff.).

229 Vgl. SZ und FR 18.5.1992, 1. Einen Tag später hieß es aber, die Entscheidunge sollte zwischen dem 1.6. und dem 1.7. im Laufe der Haushaltsberatungen 1993 fallen. (FAZ 19.5.1992, 2)

Tage nach Bekanntwerden der ersten Meldungen in einer Sitzung der Koalitionsarbeitsgruppe. In der Aussprache habe sich aber gezeigt, daß Rühe dabei nur von einer Minderheit der Arbeitsgruppe unterstützt werde. Die Mehrheit habe seine Haltung kritisiert oder Besorgnisse geäußert.[230] Die Koalitionsarbeitsgruppe wolle den Beschaffungsbeschluß bis nach der nächsten Bundestagswahl 1994 verschieben. Bis 2003 könne die alte RF-4 Phantom noch einsatzfähig gehalten werden.[231] Bereits Anfang Mai 1992, nachdem die Industrie nach mehrmaligen Aufforderungen verbindliche Preisangebote gemacht hatte, hatte die Koalitionsarbeitsgruppe nur noch eine Stückzahl von 140 zu beschaffenden Flugzeugen genannt (nach ursprünglich geplanten 250, die zwischenzeitlich auf 200 reduziert worden war) und die Industrie aufgefordert, ihre Preisvorstellungen zu korrigieren.[232]

Die CSU zeigte sich verärgert, weil der Eindruck erweckt werde, der Verzicht sei schon beschlossene Sache. Der bayerische Ministerpräsident Streibl äußerte seine "feste Überzeugung", daß nach einer sorgfältigen Prüfung "das europäische Jagdflugzeug seine Nase vorn haben" werde. CSU-Generalsekretär Huber plädierte im Bayernkurier noch einmal mit den von der Industrie bekannten volkswirtschaftlichen Vorteilen und der Forderung, die Deutschen müßten nach wie vor auf eine optimale Verteidigung bedacht sein. Außerdem sei die bei einem Verzicht fällige Konventionalstrafe "gigantisch".[233] Finanzminister Waigel forderte öffentlich eine Vertagung der Entscheidung, setzte sich intern aber massiv für den Bau ein.[234]

Nach einem Gespräch führender Unionspolitiker im Kanzleramt am 28.5.1992, an dem Kohl, Rühe, Waigel, Streibl und Kanzleramtsminister Bohl teilnahmen, verlautete, die Bundesregierung wolle erst im Juli entscheiden. Rühe sei bei seiner skeptischen Haltung geblieben; diese werde von Kohl geteilt. Waigel sei nach wie vor für den Bau und habe bei einem Ausstieg einen "vollen Ausgleich" für die Luft- und Raumfahrtindustrie gefordert.[235]

Bei dem Treffen der Koalitionsarbeitsgruppe vermied man es wegen erheblicher Meinungsverschiedenheiten, den Bericht der Arbeitsgruppe formell zu verabschieden.[236] Bei der kontrovers verlaufenen und zum Teil in heftigen Streit ausartenden Sitzung soll sich wiederum eine Mehrheit der Abgeordneten aus CDU und CSU, angeführt von Riedl und Breuer, für die Produktion ausgesprochen und die FDP-Abgeordneten Hoyer und Thiele sich zurückgehalten haben.[237]

---

230 FAZ 20.5.1992, 2.

231 SZ 18.5.1992, 1.

232 FAZ 18.5.1992, 1.

233 FAZ 21.5.1992, 4. Hermann Scheer, SPD-MdB, schlug dagegen vor, die J-90-Gelder in Ersatzprogramme zur Entwicklung von Flugzeugen mit Katalysator und Wasserstoffantrieb umzuschichten, um die in der Bundesrepublik vorhandene Spitzentechnik für den zivilen Flugverkehr zu bewahren. (FAZ 26.5.1992, 16)

234 FAZ 2.6.1992, 2.

235 FAZ 29.5.1992, 4; 2.6.1992, 2.

236 FAZ 2.6.1992, 2.

237 FAZ 3.6.1992, 1f.

Zu diesem Anlaß wurden erstmals offiziell konkrete Zahlen bekannt, die das Argument "zu teuer" als das ausschlaggebende für Rühes Ablehnung unterstützen sollte.[238] Nach Angaben des Verteidigungsministers habe die Industrie bei der Abnahme von 140 Flugzeugen einen Gerätesystempreis von 133,4 Mio. DM pro Flugzeug (mit Preisstand 12/91) garantiert. Dies bedeute, daß mit den im gekürzten Bundeswehrplan für die Luftwaffe noch zur Verfügung stehenden Mitteln (elf Prozent für die Luftverteidigung, macht 10,5 Mrd. DM für den Jäger) bis zum Jahr 2005 nur noch 76 Flugzeuge zu finanzieren wären. Dabei sei die industrielle Inflationsrate, die bei Flugzeugen mit sechs Prozent veranschlagt werden müsse, noch nicht berücksichtigt.[239] Intern habe Rühe schon vor seiner Empfehlung mehrmals klargestellt, er sei nicht Industrieminister, sondern müsse nach den verteidigungspolitischen Erfordernissen und den dafür zur Verfügung stehendem Geld entscheiden.[240] Nach einer Überprüfung der Preiskalkulationen ging der Bundesrechnungshof im Sommer 1992 in einem noch nicht offiziell veröffentlichten Bericht von einem zu erwartenden Systempreis von "mindestens" 160 Mio. DM aus und zählte etliche Faktoren auf, die weitere Preissteigerungen als so gut wie sicher erscheinen ließen. Die Frankfurter Behörde sprach deshalb von "überteuerten Angeboten" der Industrie. Es sei darüberhinaus nicht nur kein "Leistungssprung" (gegenüber anderen modernen Jagdflugzeugen) erkennbar, es sei sogar die "Überlebensfähigkeit" wegen der Einsparung wichtiger Teilsysteme nicht mehr gewährleistet.[241]

Der Vorstandsvorsitzende von DASA, der Luft- und Raumfahrt-Gesellschaft des Daimler Benz-Konzerns und bundesdeutscher Hauptauftragnehmer bei dem Projekt, Schrempp, versuchte in einem Interview, die Preisangaben von Rühe zu relativieren. Die Industrie biete das Flugzeug zu einem garantierten "Geräte-Stückpreis von 95 Mio. DM an". Dieser Preis sei nur unwesentlich von den Kalkulationen entfernt, die 1988 vorgelegt wurden.[242] Auf den System-Preis habe die Industrie "nur unwesentlich Einfluß". Nach DASA-Meinung handelt es sich "bei diesen Zusatzkosten um eine Größenordnung von 30 Mio. DM", sodaß dann "der Systempreis bei rund 125 Mio. DM" liege.[243] Der DASA- Vorstandsvorsitzende betonte auch noch einmal, daß bei jeder in Deutschland produzierten Maschine "mindestens

---

238 FR 18.5.1992, 1.

239 Vgl. FAZ 3.6.1992, 1f. Rühe erwartete außerdem weitere Kürzungen der Verteidigungsausgaben in den nächsten Mittelfristigen Finanzplanungen. Bei einer sechsprozentigen Inflation würde der Preis auf dieser Grundlage im Jahr 2000 ca. 220 Mio. DM pro Stück betragen.

240 SZ 18.5.1992, 1. Die SZ hielt es aber auch für plausibel, daß Rühe ein ganz anderes Motiv bei dieser spektakulären Empfehlung hatte - er könnte womöglich auf ein im parlamentarischen Betrieb übliches Tauschgeschäft mit den Sozialdemokraten hoffen: den von der SPD schon lange abgelehntenb J-90 gegen die Zustimmung, nicht auf einer einschränkenden Grundgesetzänderung (Beschränkung auf Blauhelme) zu bestehen, Blauhelmaktionen bald mit nur einer 2/3-Mehrheit im Bundestag zu beschließen und damit den Weg für Kampfeinsätze offen zu lassen. (Vgl. SZ 18.5.1992, 4) Riedl und Breuer vermuteten dagegen als wirklichen Grund für Rühes Ablehnung nur "Populismus". (FAZ 3.6.1992, 2)

241 Vgl. BRH (1992); vgl. auch Der Spiegel, Nr. 27, 29.6.1992, 23; FAZ 29.6.1992, 4, und 1.7.1992, 2. Die in einigen Medien genannte Zahl, daß ein Flugzeug im Jahr 2015 ohne Munition fast 650 Mio. DM kosten würde, findet sich in dem Berichtsentwurf jedoch nicht. Ähnliche Bedenken zur Leistungs- und "Überlebensfähigkeit" hatte der BRH bereits 1990 geäußert (vgl. BRH 1990).

242 Der damals vom BRH als zu niedrig eingeschätzte Preis (12/87) lag bei 59,2 Mio. DM. (Vgl. FAZ 26.5.1992, 16; Küchenmeister (1992); BRH-Präsident Zavelberg hatte kritisiert, der Preisauftrieb für den J-90 sei weder mit der allgemeinen Preissteigerungsrate, noch mit der besonderen Preisentwicklung in diesem Industriezweig begründbar. (FAZ 27.5.1992, 16)

243 Beim MRCA Tornado wurde mit einem Systemzuschlag von 50%, beim J-90 mit 45% gerechnet; 125 Mio. DM entsprächen nur 30%. (Vgl. FAZ 26.5.1992, 16.

50% der Kosten als Steuereinnahmen wieder an den Staat zurückfließen" und EFA danach "auf der Basis des Geräte-Stückpreises ... den Steuerzahler rund 30 Mio. DM kostet".[244]

Die Schwierigkeiten der Bundesregierung, eine eindeutige Entscheidung zu treffen, hielten auch nach diesen Kontroversen an. So wird auch bei dem vielfach als "Ausstieg aus dem Jäger 90" interpretierten Beschluß der Koalitionsfraktionen von Anfang Juli 1992 übersehen, daß er wenig mehr Klarheit gebracht hat, als die Absicht, eine Kostenbeschränkung auf 90 Mio. DM zu erreichen. Lediglich die FDP-Bundestagsfraktion hat sich eindeutig gegen den Bau des Flugzeugs ausgesprochen. Da genau diese eindeutige Aussage in dem Beschluß der CDU/CSU-Fraktion - entgegen der Vorlage von Minister Rühe - nicht mehr enthalten ist, lehnte es die FDP ab, mit ihren Koalitionspartnern eine gemeinsamen Beschluß zu verabschieden. Nicht enthalten ist in der Unionsvorlage außerdem die Kaufoption im Ausland, wenn sie sich als die volkswirtschaftlich günstigste Variante herausstellen sollte.[245] Im Gegensatz zu dem von Rühe eingebrachten Beschlußvorlage wird auch nicht mehr die Absicht erwähnt, die noch nicht verbrauchten Entwicklungsgelder des Jäger 90 für ein neues, leichteres und damit vermeintlich billigeres Flugzeug zu verwenden.[246] Gleichzeitig wurde von mehreren Seiten betont, beim Jäger 90 gebe es etliche Einsparungsmöglichkeiten.[247]

Die Reaktionen der bei der Entwicklung kooperierenden Unternehmen lassen bisher ebenfalls nicht auf ein eindeutiges Ende des Jäger 90 schließen. Der Vorstandsvorsitzende von Daimler Benz, Edzard Reuter, zeigte sich, ebenso wie seine Kollegen bei DASA und MBB, erleichtert und beruhigt über die Bonner Entscheidung.[248] Ein DASA-Sprecher gab Anfang Oktober 1992 bei der Bekanntgabe eines Stellenabbaus (um bis zu 7500) an, der Jäger 90 habe hierzu nicht beigetragen. Unter Verweis auf den politischen Beschluß, daß die Bundesrepublik auch weiterhin an der Produktion eines europäischen Jagdflugzeugs beteiligt sein sollte, meinte er, der Jäger sei "paradoxerweise eines der sichersten Planungselemente im Verteidigungszweig" des Unternehmens.[249] Die beteiligten spanischen, britischen und italienischen Unternehmen gingen in einer gemeinsamen Erklärung davon aus, daß sie das Projekt bei einem Ausstieg der Bundesrepublik im vorgesehenen Zeit- und Kostenrahmen durchführen könnten und "die Idee eines kleineren Eurofighters nicht durchführbar (ist)". Als Gründe hierfür wurden die Anforderungen der Luftwaffen, weitere Entwicklungskosten, eine Verzögerung von fünf bis acht Jahren

---

244 Schrempp 1992, 106. Diese Zahlen beruhen auf einer Auftragsstudie, die vom ifo-Institut (1992) in München durchgeführt wurde. Sie wurden u.a. auch vom BDLI stark betont. Albrecht Müller, SPD-MdB, nannte die Preiskalkulationen des BDLI in einem Brief an den Präsidenten Karl Dersch eine "Milchmädchenrechnung". (FAZ 2.6.1992, 15) Ein DASA-Sprecher vertrat insgesamt die gleichen Positionen verbunden mit der Zusage, das Preisangebot könne von "jeder Prüfungsinstanz untersucht" werden. (FAZ 19.5.1992, 19)

245 Vgl. FAZ 2.7.1992, 1f. Der am Vortag in derselben Zeitung veröffentlichte Beitrag war offensichtlich ein Vorabbericht, der die anhaltenden Interessendivergenzen in der Unionsfraktion unterschätzt hat. Rühe stellte später bei einem Besuch in Schweden klar, daß auch für ihn die Beschaffung aus Amerika nur ein letzter Ausweg für den Fall eines Scheiterns der europäischen Bemühungen sei; vgl. FAZ 17.8.1992, 2.

246 Vgl. FAZ 2.7.1992, 1f.

247 Darunter z.B. die unter anderem von Rühe vorgeschlagene Ausstattung mit nur einem Triebwerk, was früher von bundesdeutscher Seite aus Sicherheitsgründen besonders nachhaltig abgelehnt worden war.

248 Vgl. FAZ 2.7.1992, 2.

249 Vgl. FAZ 9.10.1992, 19.

genannt, was unter anderem "düstere Folgen für die nationalen Industrien" hätte.[250] Obwohl Verteidigungsminister Rühe nach Gesprächen mit seinen Kollegen in den beteiligten Staaten den Eindruck erweckte, als seien ihm insbesondere die spanische und italienische Regierung für seinen Vorstoß aufgrund eigener Finanzierungsprobleme sogar dankbar - nur Großbritannien hält beinahe unverändert an dem Projekt fest -, gab es bis Mitte Oktober noch keine offizielle neue Beschlußlage der Kooperationspartner.[251] Ende November 1992 soll das Industriekonsortium den Ministern verschiedene Sparalternativen des Jäger 90 - nicht einer neuen Entwicklung - vorlegen, aufgrund derer dann über die Weiterführung entschieden werden soll.[252]

---

250 Zit. nach: FAZ 2.7.1992, 1.

251 Vgl. FAZ 8.7.1992, 6; 23.9.1992, 4.

252 Vgl. FAZ 7.9.1992, 22.

## III. Resümee und Perspektiven

In der Bundesrepublik ist nur eine vergleichsweise geringe monetäre Friedensdividende festzustellen: Sie erreicht bislang im günstigsten Fall eine Höhe von ca. sieben Milliarden D-Mark. Die Rüstungs- und Militärausgaben haben im Jahr 1990 "beitrittsbedingt" einen neuen absoluten Spitzenwert erreicht und sollen nach den bisherigen Planungen erst ab 1993 das Niveau von 1989 unterschreiten. Diese geringen Einsparungen entsprechen weder den seit Ende 1989 von einer breiten Öffentlichkeit formulierten Erwartungen, noch den Ankündigungen der politischen Entscheidungsträger und noch nicht einmal dem theoretisch durch die Reduzierung Bundeswehrumfangs möglichen Einsparungen. Besonders der letzte Punkt verweist darauf, daß die Ursache für diese weitgehend enttäuschende Bilanz vor allem im mangelnden politischen Willen zu suchen ist, eine konsequentere Einsparungspolitik bei den Rüstungs- und Militärausgaben zu betreiben. Dieser mangelnde politische Wille ist wiederum primär auf das Festhalten an "alten" sicherheitspolitischen Kategorien und Orientierungen zurückzuführen, von denen man mit Recht erwarten durfte, daß sie nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes als antagonistischem Systemgegensatz einer gründlichen Revision unterzogen würden. Das Festhalten an alten Denkkategorien und deren bestenfalls graduelle Modifizierung zeigt sich in der Bundesrepublik sowohl in der Personal- als auch in der Rüstungsplanung der Bundeswehr.

In der Personalplanung scheint der Umfang von 370.000 Soldaten zu einem neuen sicherheitspolitischen Dogma zu werden. Denn die Begründungen für diese Größenordnung, die im Rahmen der "2+4"-Verhandlungen in sowjetisch-deutschen Gesprächen vereinbart und später vertraglich festgeschrieben worden ist, erscheinen wenig rational oder zumindest diskussionsbedürftig.

Das gilt zum Beispiel für die häufig zu hörende Argumentation, die Bundeswehr habe mit der bis 1994 zu vollziehenden Verringerung bereits alle Hände voll zu tun, brauche endlich Planungssicherheit und weitergehende Reduzierungen seien auch mit dem Gebot der Sozialverträglichkeit nicht zu vereinbaren.

Ein anderes Argument erinnert noch stärker an alte Denkkategorien, wenn im Stil von (noch dazu) quantitativen Kräftevergleichen konstatiert wird, Deutschland brauche eben zumindest ungefähr soviele Soldaten wie andere europäische Mächte.

Nicht minder diskussionsbedürftig ist schließlich ein drittes Argument, wonach man eine Armee in dieser Größenordnung benötige, wenn man die Wehrpflicht (und Wehrgerechtigkeit) aufrechterhalten wolle. Die so organisierte Verankerung in der Gesellschaft wird zwar in der Regel mit dem noch weiterreichenden, aus der geschichtlichen Erfahrung resultierenden Primat der Politik über das Militär begründet - in letzter Zeit waren aber auch explizit ganz andere Beweggründe zu hören, dieses Prinzip aufrechtzuerhalten, die aber das Argument in sein Gegenteil verkehren: nur mit der Wehrpflicht kann der heutige Umfang der Bundeswehr gewährleistet und eine ausreichende Anzahl Längerdienender rekrutiert werden.

Dabei wäre eine Diskussion über diese sicherheitspolitischen Grundsatzentscheidungen nicht nur aus dem Verlangen nach einer Friedensdividende, also aus finanziellen Erwägungen angezeigt. Auch die militärischen Begründungen für die Aufrechterhaltung eines so umfangreichen Militärapparates sind nach dem Wegfall des Ost-West-Konflikts in seiner alten Form nicht mehr überzeugend.

Schließlich ist zu fragen, ob nicht auch die politischen Deklarationen und Bekenntnisse, einen Beitrag zu einem kollektivem Sicherheitssystem im Rahmen der KSZE und der Vereinten Nationen leisten zu wollen, reale Konsequenzen haben müßten. Was die konsequente Befolgung dieses Ziels finanziell und konkret für die Militärapparate in den Nationalstaaten bedeuten würde, ist bisher weder konzeptionell noch detailliert ausgearbeitet worden. Ein Vorschlag in dieser Richtung bezifferte den Bundeswehrumfang auf 100.000 Soldaten. Diese Zahl erscheint relativ hoch, wenn man sich vergegenwärtigt, daß (bei gleichwertigen Beiträgen der anderen Mitgliedstaaten) allein die EG noch über eine Million, die gesamte KSZE sogar rund fünf Millionen Soldaten unter Waffen hätte. Selbst wenn man aber diesem Vorschlag folgte, wären die Einsparungspotentiale in der Bundesrepublik offensichtlich, weil nach den gültigen Planungen auch nach 1994 ungefähr die Hälfte des BMVg-Haushaltes (rund 25 Mrd. DM) für Personalkosten ausgegeben werden sollen.

Der Rückgang der investiven, d.h. der "eigentlichen" Rüstungs-Ausgaben ist nur zum kleinsten Teil das Ergebnis einer sicherheits- und rüstungspolitischen Kurskorrektur. Die zum Teil beträchtlichen Reduzierungsraten sind vielmehr - wie das BMVg selbst alljährlich wieder dokumentiert - weit überwiegend auf das programmgemäße Auslaufen von großen Beschaffungsvorhaben aus den achtziger Jahren (u.a. Leopard-2, MRCA Tornado, Patriot / Roland), zu einem kleinen Teil auf einen wegen des reduzierten Personlaumfangs verminderten Bedarf an Ausrüstung und Versorgungsgütern zurückzuführen. Nur ein sehr kleiner Teil geht bisher auf das Konto von Anpassungen an die veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen im Sinne von Abrüstung. Die im Januar 1992 angekündigte Reduzierung der Beschaffungsplanung (um 20 bzw. sogar 43 Mrd. DM) stellt erstens keine Einsparung im ökonomischen Sinn dar und ist vom BMVg zweitens hauptsächlich im Hinblick auf potentielle neue Aufgaben der Bundeswehr und die dafür "erforderlichen", tendenziell milliardenschweren Um- und Aufrüstungsvorhaben gefällt worden (beispielsweise Lufttransport- und Luftbetankungskapazitäten, neue Panzerfahrzeuge, Aufklärungs- und Kommunikationseinrichtungen). Erste Versuche, sich schnell einen kleinen Teil dieser Rüstungskapazitäten zu beschaffen, sind aber bisher vom Bundestag verhindert worden. Die meisten alten Entwicklungs- und Beschaffungsvorhaben wurden dagegen nicht gestoppt, sondern sie werden - wenn auch mit reduzierter Stückzahl - weitergeführt. Selbst das umstrittenste Rüstungsprojekt der letzten Jahre, der "Jäger 90", ist nicht endgültig "abgestürzt" und hat deshalb durchaus noch immer Chancen, zu einem der teuersten Rüstungsprojekte der kommenden Jahre zu werden. Die halbherzigen Einschnitte bei alten Rüstungsprojekten und die Instrumentierung der neuen Aufgaben der Bundeswehr lassen mittelfristig einen erneuten Anstieg der Rüstungsausgaben in bisher unbekannter Größenordnung erwarten.

Die Auseinandersetzungen um den "Jäger 90" bestätigen außerdem erneut - und angesichts der grundlegend veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen besonders eindrucksvoll - die These, daß rüstungspolitische Entscheidungen in der Bundesrepublik zu einem großen Teil "innengeleitet" sind, d.h. rüstungswirtschaftliche, technologische und eine Anzahl anderer nicht sicherheitspolitischer Interessen Beschaffungsentscheidungen maßgeblich beeinflussen. Das Vorgehen von Verteidigungsminister Rühe zeigt aber auch, daß eine weitere in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik wichtige Determinante - bündnispolitische Erwägungen - für Rüstungsentscheidungen an Bedeutung verlieren könnte, weil der Handlungsspielraum der Bundesrepublik durch das Erlangen der vollen Souveränität und die radikal veränderte Situation in Europa gewachsen bzw. ihre sicherheitspolitische Abhängigkeit von den Verbündeten schwächer geworden ist.

Der qualitativ veränderten sicherheitspolitischen Situation in Europa steht somit in der Bundesrepublik (wie auch bei den westlichen Verbündeten) keine vergleichbare Revision

der militär- und rüstungspolitischen Orientierungen gegenüber. Ohne einen grundsätzlichen sicherheitspolitischen Kurswechsel, der einen wesentlich weitergehenden quantitativen Abbau des Militärapparates bedeuten würde, wird sich aber die Friedensdividende in der Bundesrepublik nicht nur nicht nachhaltig erhöhen lassen - die Verringerung der Rüstungs- und Militärausgaben könnte sich im Gegenteil als zeitlich befristeter "Knick" in einer weiter nach oben führenden Linie erweisen. Die Chancen für eine nachhaltige Erhöhung der Friedensdividende stehen in der Bundesrepublik im Vergleich mit anderen westlichen Ländern nach wie vor nicht schlecht - diese historische Chance zu verwirklichen und den Knick zu einer kontinuierlich nach unten zeigenden Linie zu machen, kann nach den bisherigen Ergebnissen jedoch nicht von ansonsten geschichtsbewußten Kanzlern und Regierungsmitgliedern erwartet werden, sondern ist die Aufgabe einer breiten Öffentlichkeit.

# IV. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1
Entwicklung des EPl 14 1982-1989 (Netto-Ist-Ausgaben, Mrd. DM), 4

Tabelle 2
Entwicklung der Rüstungs- und Militärausgaben von 1989 bis 1993 (in Mrd. DM), 25

Tabelle 3
Die Entwicklung des EPl 14 in den Mittelfristigen Finanzplanungen im Vergleich (in Mrd. DM), 26

Tabelle 4
Personalstrukturmodelle für die Bundeswehr im Vergleich, 28

Tabelle 5
Geplanter Abbau des Zivilpersonals der Bundeswehr, 29

Tabelle 6
Bundeswehrplanung für "größere Beschaffungsvorhaben" und ihre Reduzierung im Zeitraum 1993-2005, 36-37

# V. Literatur

Anthony, Ian, Wulf, Herbert (1990): The future of the industry: a prognosis, in: Anthony, Ian, u.a.: West European Arms Production: Structural Changes in the New Political Environment, Sipri Research Report, Stockholm, S. 54-63.

Baginski, Edelfried (1992): Die gepanzerten Kampftruppen morgen und übermorgen, in: Wehrtechnik, 24.Jg. (1992), Nr.1, S.65-69.

Bauer, Harald, Brzoska, Michael, Karl, Wilfried (1991): Coordination and Control of Arms Exports from EC Member States and the Development of a Common Arms Export Policy - Study Prepared for the European Parliament, Directorate General for Research, Arbeitspapiere der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg; 54, Hamburg,

Bebermeyer, Hartmut (1992a): Deutsche Rüstungsindustrie im internationalen Wettbewerb, Vielerlei Hemmnisse trotz beachtlicher Leistung, in: Europäische Sicherheit, 41.Jg. (1992), H.1, S.38-47.

Bebermeyer, Hartmut (1992b): Die deutsche Rüstungsindustrie im Anpassungsprozeß, Wirtschaftliche Probleme der Abrüstung, in: Europäische Sicherheit, 41.Jg. (1992), H.3, S.171-175,

Beenders, Gerhard (1992): Führung und Aufklärung im Heer, Die Führungstruppen in einem kleineren modernen Heer, in: Wehrtechnik, 24.Jg. (1992), H.4, S.21-29,

Berger, Manfred u.a. (1991): Produktion von Wehrgütern in der Bundesrepublik Deutschland, ifo-studien zur industriewirtschaft 42, München, ifo-Institut für Wirtschaftsforschung,

Bielfeldt, Carola (1977): Rüstungsausgaben und Staatsinterventionismus. Das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland 1950-1971, Frankfurt.

Bing, Gerhard (1991): Marinerüstung auf dem Weg zur "Flotte 2005", in: Wehrtechnik, 23.Jg.(1991), H.11, S.4-12,

Bing, Gerhard (1992): Haushalt 1992, Auswirkungen auf Entwicklungen und Beschaffungen der Marine, in: Wehrtechnik, 24.Jg. (1992), H.3, S.13-19,

BMF (Der Bundesminister der Finanzen) (1989): Finanzbericht des Bundes, Bonn,

BMF (Der Bundesminister der Finanzen) (1991a): Konzept zur Rückführung der Personalstärke der Streitkräfte und des Zivilpersonals der Bundeswehr, Vorlage des Bundesministers der Finanzen, Deutscher Bundestag, Haushaltsausschuß, Ausschußdrucksache Nr. 512, 12. Wahlperiode, 7.11.1991,

BMF (Der Bundesminister der Finanzen, Parlamentarischer Staatssekretär, Manfred Carstens) (1991b): Vermerk zum Bund-Länder-Konversionsprogramm, Deutscher Bundestag, Haushaltsausschuß, Drucksache Nr. 418, 12. Wahlperiode, 9.10.1991, Bonn, 2.10.1991, 3 Seiten,

BMF (Der Bundesminister der Finanzen) (1992): Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 1993, Einzelpläne, Anlagen zur Bundestags-Drucksache 12/3000, Bonn.

BMVg (Der Bundesminister der Verteidigung) (Hrsg.) (1985): Weißbuch 1985. Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr, Bonn, Konflikte Dritte Welt und Rohstoffversorgung: Absatz 49 (25); Out-of-Area Politik der NATO: Absatz 50 (25)

BMVg (Der Bundesminister der Verteidigung, Informations- und Pressestab) (1990): Verringerung des Personalumfanges beim Heer durch W 12 erfordert organisatorische Maßnahmen, XXVII/59, Bonn, 14.9.

BMVg (Der Bundesminister der Verteidigung, P II 1) (1991a): Gesetz über die Verminderung der Personalstärke der Streitkräfte, Vorläufige Ausführungsbestimmungen, in: Deutscher Bundestag, Verteidigungsausschuß, Drucksache Nr.76, Bonn, 19.12.1991, 34 Seiten,

BMVg (Der Bundesminister der Verteidigung, Staatssekretär, Peter Wichert) (1991b): Personelles Zahlengerüst zum Personalstärkegesetz, in: Deutscher Bundestag, Verteidigungsausschuß, Drucksache Nr.36, 12. Wahlperiode, Bonn, 4.11.1991, 3 Seiten,

BMVg (Der Bundesminister der Verteidigung, Parlamentarischer Staatssekretär) (1991c): Brief an den Verteidigungsausschuß mit Informationen zu bestehenden rechtlichen Bindungen im investiven Bereich des Verteidigungshaushalts, Deutscher Bundestag, Verteidigungsausschuß, Ausschußdrucksache 42, 12. Wahlperiode, Bonn, 30.10

BMVg (Der Bundesminister der Verteidigung, Parlamentarischer Staatssekretär, Otfried Hennig) (1991d): Bericht an den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages zum Konzept zur Rückführung der Personalstärke der Streitkräfte und des Zivilpersonals, in: Deutscher Bundestag, Verteidigungsausschuß, Drucksache Nr.39, 12. Wahlperiode, Bonn, 7.11.1991, 6 Seiten,

BMVg (Der Bundesminister der Verteidigung, Staatssekretär) (1991e): 1. Entwurf eines Gesetzes über die Verminderung der Personalstärke der Streitkräfte (Personalstärkegesetz - PersStärkeG) - 2. Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Zahl der Beamten (Bundeswehrbeamtenanpassungsgesetz), Bonn, 9.7.

BMVg (Der Bundesminister der Verteidigung) (Hrsg.) (1991f): Erläuterungen und Vergleiche zum Regierungsentwurf des Verteidigungshaushalts 1992, Bonn, 27.8, 47 S.

BMVg (Der Bundesminister der Verteidigung) (1991g): Schnellbrief: Gesetz über die Verminderung der Personalstärke der Streitkräfte: Vorläufige Ausführungsbestimmungen, Deutscher Bundestag, Verteidigungsausschuß, Ausschußdrucksache 76, 12. Wahlperiode, Bonn, 19.12.

BMVg (Der Bundesminister der Verteidigung) (1991h): Veranschlagung von Ausgaben ohne Bundeswehrbezug im Epl. 14/ 1992, Deutscher Bundestag, Verteidigungsausschuß, Bonn, 1.10.

BMVg (Der Bundesminister der Verteidigung) (Hrsg.) (1991i): Plus-/Minusliste zum Regierungsentwurf 1992 - EPl 14 - Vorschläge für die Beratung mit den Berichterstattern, Bonn, BMVg, 22 S.

BMVg (Der Bundesminister der Verteidigung, Staatssekretär, Peter Wichert) (1991j): Entwurf eines Gesetzes über die Verminderung der Personalstärke der Streitkräfte, Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Zahl der Beamten im Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung an die Verringerung der Streitkräfte, Bonn, 9.7.1991, 32 Seiten,

BMVg (Der Bundesminister der Verteidigung, Parlaments- und Kabinettreferat) (1991k): Grundsätze für die Verringerung der Streitkräfte bis 1995, Bonn, 21.1.1991, 6 Seiten,

BMVg (Der Bundesminister der Verteidigung) (Hrsg.) (1991l): Informationsmaterial über den Regierungsentwurf des Einzelplanes 14/1991 vom Abteilungsleiter Haushalt im BMVg, Bonn, 14.3, 70 S.

BMVg (Der Bundesminister der Verteidigung, Staatssekretär, Peter Wichert) (1992a): Tarifvertrag über einen sozialverträglichen Personalabbau im Bereich des Bundesministers der Verteidigung vom 30.11.1991, in: Deutscher Bundestag, Verteidigungsausschuß, Drucksache Nr.89, 12. Wahlperiode, 12.2.1992, Bonn, 7.2.1992, 33 Seiten,

BMVg (Der Bundesminister der Verteidigung, Staatssekretär) (1992b): Tarifvertrag über einen sozialverträglichen Personalabbbau im Bereich des Bundesministers der Verteidigung vom 30. November 1991, Deutscher Bundestag, Verteidigungsausschuß, Ausschußdrucksache 89, 12. Wahlperiode, Bonn, 7.2.

BMVg (Der Bundesminister der Verteidigung, Parlamentarischer Staatssekretär) (Hrsg.) (1992c): Brief an den Verteidigungsausschuß über die Herausnahme von "Fremdmitteln" aus dem EPl 14, Deutscher Bundestag, Verteidigungsausschuß, Ausschußdrucksache 93, 12. Wahlperiode, Bonn, 5.3.

BMVg (Der Bundesminister der Verteidigung, Parlament- und Kabinettreferat (1992d): Auflistung der Planungsergebnisse zum Bundeswehrplan 1993 (Stand: 17.1.1992), Bonn,

BMVg (Der Bundesminister der Verteidigung, Parlamentarischer Staatssekretär) (1992e): Personalstrukturmodell 370 (PSM 370), Deutscher Bundestag, Verteidigungsausschuß, Ausschußdrucksache 104, 12. Wahlperiode, Bonn, 18.3.

BMVg (Der Bundesminister der Verteidigung, Parlamentarischer Staatssekretär, Willy Wimmer) (1992f): Personalstrukturmodell 370 (PSM 370), Deutscher Bundestag, Verteidigungsausschuß, Drucksache Nr. 104, 23.3.1992, Bonn, 18.3.1992, 6 Seiten,

BMVg (Der Bundesminister der Verteidigung) (1992g): Erläuterungen und Vergleiche zum Regierungsentwurf des Verteidigungshaushaltes 1993, Bonn, 24.8.1992, 53 Seiten.

BMVg (Der Bundesminister der Verteidigung, Parlaments- und Kabinettreferat) (1992h): Netto-Ist-Ausgaben im EPl 14 von 1982 bis 1991, Bonn, 15.10.1992,

Borgmann, Annemarie, Buro, Andreas, Budich, Martin, u.a. (Hrsg.) (1984): Die konventionelle Aufrüstung für die 90er Jahre. Aus den Schubladen des Bundesverteidigungsministeriums. Analysen und Dokumente, Kassel,

BRH (Bundesrechnungshof) (Hrsg.) (1990): Bericht an den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages zum Rüstungsvorhaben Jagdflugzeug 90/European Fighter Aircraft, Frankfurt.

BRH (Bundesrechnungshof) (Hrsg.) (1992): Entwurf, 3. Bericht an den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages zum Rüstungsvorhaben Jagdflugzeug 90 / European Fighter Aircraft, Frankfurt, 15.6.1992, 61 S.

Burr, Wolfgang (1992): Der Rüstungsbereich im sich wandelnden Umfeld, Schwerpunkte der Rüstungsprojekte, in: Wehrtechnik, 24.Jg. (1992), H.4, S.4-11,

Dähne, E. (1985): Ausgaben im Bundeshaushalt für Rüstung und Militär, in: Schriftenreihe Wissenschaft und Frieden, Nr. 6, Marburg, Bund Demokratischer Wissenschaftler, S. 55-61.

Deutscher Bundestag, Verteidigungsausschuß (1989): Bericht des Koordinators für die deutsche Luft- und Raumfahrt 1989. Hrsg. v. Bundesminister für Wirtschaft, Bonn,

Deutscher Bundestag, Verteidigungsausschuß (1990): Erläuterungen und Vergleiche zum Verteidigungshaushalt 1990 - 3. Nachtragshaushalt - (Entwurf), Ausschußdrucksache 0107, 11. Wahlperiode, Bonn, 5.10.

Deutscher Bundestag, Verteidigungsausschuß (1991a): Information über den verabschiedeten Regierungsentwurf des Verteidigungshaushaltes 1992 (Ausschußdrucksache 12/15). Vorgelegt v. Bundesministerium der Verteidigung, Abteilungsleiter Haushalt, Bonn,

Deutscher Bundestag, Verteidigungsausschuß (1991b): Stellungnahme des Verteidigungsausschusses vom 30.4.1991. - Einzelplan 60 Kapitel 07, Haushaltsausschuß, Ausschußdrucksache 182, 12. Wahlperiode, Bonn, 23.5.1991.

Deutscher Bundestag, Haushaltsausschuß (1991c): Berichterstattervorschläge zum Einzelplan 14 Haushaltsentwurf 1991, Ausschußdrucksache 177, 12. Wahlperiode, Bonn, 24.4, 33 S.

Deutscher Bundestag (Hrsg.), Verteidigungsausschuß (1991d): Verteidigungshaushalt 1992 - Anträge, Bonn, 8.10.

Deutscher Bundestag, Verteidigungsausschuß (1991e): Stellungnahme des Verteidigungsausschusses vom 11.10. 1991 - Einzelplan 14, Haushaltsausschuß, Ausschußdrucksache 452, 12. Wahlperiode, Bonn, 16.10, 28 S.

Deutscher Bundestag, Verteidigungsausschuß (1991f): Stellungnahme des Verteidigungsausschusses vom 30.4.1991. - Einzelplan 14, Haushaltsausschuß, Ausschußdrucksache 185, 12. Wahlperiode, Bonn, 26. S.

Deutscher Bundestag, Verteidigungsausschuß (1991g): Antrags- und Abstimmungsliste zum Verteidigungshaushalt 1992, Anlage, Bonn, 10.10., 15 S.

Deutscher Bundestag, Haushaltsausschuß (1991h): Antrag der Haushaltsgruppen der CDU/CSU- und FDP-Fraktion, Haushaltsausschuß, Ausschußdrucksache 233, 12. Wahlperiode, Bonn, 22.5.1991.

Die Grünen (Hrsg.), Bundes-AG Frieden (1988): Der Rüstungshaushalt 1988, Bonn.

Fauth, Heinrich (1992): Neuer Rüstungsplan für die Bundeswehr, Minus 43,7 Milliarden DM in zwölf Haushaltsjahren, in: Europäische Sicherheit, 41.Jg. (1992), H.2, S.71-74,

Gerster, Florian (1991): Allgemeine Dienstpflicht oder Berufsarmee?, in: Der Mittler-Brief. Informationsdienst zur Sicherheitspolitik, Bonn, 6(2), S. 3-4

Gerster, Florian, Hennes, Michael (1992): Metamorphose eines ehrgeizigen Projekts, GPALS statt SDI, in: Europäische Sicherheit, 41.Jg. (1992), H.2, S.103-107,

Hansen, Helge (1992): Auswirkungen einer neuen NATO-Strategie auf Kommandostruktur und Streitkräfte, in: Wehrtechnik, 24.Jg. (1992), Nr.2, S.7-9.

Heckmann, Erhard (1991a): Pariser Luftfahrtschau nach dem Golfkrieg, Teil 2, in: Wehrtechnik, 23.Jg. (1991), H.9, S.56-58,

Heckmann, Erhard (1991c): Pariser Luftfahrtschau nach dem Golfkrieg, in: Wehrtechnik, 23.Jg. (1991), H.8, S.28-34,

Heckmann, Erhard (1992a): "Weitreichende Richtlinie für die Zukunft", Konzept zum Bundeswehrplan '93, in: Wehrtechnik, 24.Jg. (1992), Nr.2, S.12-15,

Karl, Wilfried (1990): Vom Ost-West-Konflikt zur hegemonialen Integration? Friedenspolitische Perspektiven der Entwicklungen in Europa, Arbeitspapier der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung, Berlin, Nr.41,

Karl, Wilfried, Nielebock, Thomas Hg. (1991): Die Zukunft des Militärs in Industriegesellschaften, Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Bd.18, Baden-Baden, Nomos,

Kuebart, Jörg (1991): Perspektiven der künftigen Luftwaffe im veränderten politischen Szenario, in: Wehrtechnik, 23.Jg. (1991), H.8, S.19-24

Kuebart, Jörg (1992a): Neue Risiken - neue Aufgaben (Interview), in: Europäische Sicherheit, 41.Jg. (1992), H.1, Special, S.4-5,

Kuebart, Jörg (1992b): Zur Lage und Entwicklung der Luftwaffe, Kurzvortrag vor dem Bundeskabinett am 19.2.1992, in: Wehrdienst, 28.Jg, Ausgabe 1308, 16.3.1992, S.3-4,

Lübbe, Friedrich Wilhelm (1991): Die Ausrüstung der Luftwaffe, in: Wehrtechnik, 23.Jg. (1991), H.7, S.27-32

Mann, Hans-Joachim (1987): Die Bedeutung der transatlantischen Seeverbindungen für Europa, in: Wehrtechnik, 19(6), S.38-42 mit gleicher Überschrift ebenfalls in: Marine-Rundschau, 3/1987

Mendel, Franz (1991): Rüstungsplanung der Seestreitkräfte, Braucht die Marine neue Unterseeboote?, in: Europäische Sicherheit, 40.Jg. (1991), H.12, S.694-698,

Nassauer, Otfried (1992): Bundeswehrplanung für das neue Deutschland, in: Informationsdienst Wissenschaft und Frieden, 10.Jg., Nr.3 (September), S.61-66.

Nikutta, Randolph, Thomas, Caroline (Bearb.) (1990): Bundeswehr und Grundgesetz - Zur neuen Rolle der militärischen Intervention in der Außenpolitik, in: Militärpolitik Dokumentation, Heft 78/79, 13. Jg, Frankfurt/Main, 122 S.

Ondarza, Henning von (1990a): Herausforderung für das Heer. Die Fähigkeit zur Verteidigung in der Ära der Abrüstung, in: Europäische Wehrkunde, 39(1), S.39-46

Ondarza, Henning von (1990b): Brief an den Verteidigungsausschuß über Maßnahmen in Folge der Verkürzung des Wehrdienstes auf 12 Monate, Bonn, 21.9.1990

Pfahls, Ludwig-Holger (1990): Die politischen Aspekte der Luft- und Raumfahrttechnologien im Lichte der Abrüstung aus deutscher Sicht, in: Wehrtechnik, 22(7), S.10-14

Pfahls, Ludwig-Holger (1992): Rüstung und Rüstungswirtschaft, Vortrag vor dem Bundeskabinett am 19.2.1992, in: Wehrdienst, 28.Jg, Ausgabe 1307, 9.3.1992, S.2-4,

Rühe, Volker (1992): Wandel und Aufbruch der Bundeswehr - Streitkräfte der Einheit, in: BMVg (Hrsg.), Pressereferat: Material für die Presse, Nr. XXIX/1, 13.5.

Schönbohm, Jörg (1992a): Konsequenzen für die Heeresplanung, Armee der Einheit, in: Europäische Sicherheit, 41.Jg. (1992), H.2, S.74-83.

Schönbohm, Jörg (1992b): Zur Lage und Entwicklung des Heeres, Kurzvortrag vor dem Bundeskabinett am 19.2.1992, in: Wehrdienst, 28.Jg, Ausgabe 1308, 16.3.1992, S.2-3,

Schrempp, Jürgen (1992): "Die preiswerteste Lösung" (Interview), in: Der Spiegel, Nr.22, 25.5.1992, S.105-106,

Stoltenberg, Gerhard (1991): Zwischenbericht über den Stand zur organisatorischen Straffung im BMVg, Auszug aus dem Tonbandprotokoll der 4. Sitzung des Verteidigungsausschusses vom 20.3.1991, Bonn, 21.3.1991, 13 Seiten,

Stoltenberg, Gerhard (1992a): Sicherheitspolitik im Umbruch der Weltpolitik, in: Europäische Sicherheit, 41.Jg. (1992), H.3, S.135-137,

Stoltenberg, Gerhard (1992b): Zum Abschluß der Planungskonferenz über die Eckdaten des Bundeswehrplans 93 am 11. Januar 1992 erklärt der Bundesminister der Verteidigung, in: Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, Ausschußdrucksache Nr. 67, 12. Wahlperiode, Bonn, 11 Seiten,

Stoltenberg, Gerhard (1992c): Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr, in: Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, Ausschußdrucksache, 12. Wahlperiode, Nr. 73, 21.1.1992,

VBB (Verband der Beamten der Bundeswehr) (1992): Schreiben vom 3.3.1992 an den Bundesminister der Verteidigung, Bonn.

Voß, Werner, Huffschmid, Jörg (1991): Militärische Beschaffungen - Waffenhandel - Rüstungskonversion in der EG, Ansätze koordinierter Steuerung, PIW-Studien, Nr. 7, Bremen.

Wellmann, Christian (1989a): Abrüstung und Beschäftigung - ein Zielkonflikt?, Frankfurt, New York, 464 S.

Wellmann, Christian (1989b): Militärausgaben in der Bundesrepublik: Nur wenig mehr macht noch nicht weniger, in: Jahrbuch Frieden 1990, Ereignisse - Entwicklungen - Analysen, München 1989, S. 129-133.

Wellmann, Christian (1991b): Reduzierung von Bundeswehr und Beschaffungsetat: Alarmismus bei Bürgermeistern und Industrielobby, in: Jahrbuch Frieden 1991, Konflikte - Abrüstung - Friedensarbeit, München 1991, S. 173-180.

Wilz, Bernd (1991a): Wehrpflicht oder Berufsarmee?, in: Der Mittler-Brief. Informationsdienst zur Sicherheitspolitik, Bonn, 6(2), S. 1-2

Wilz, Bernd (1991b): Konversion als Chance, Verteidigungspolitische Aspekte der Rüstungskonversion, in: Wehrtechnik, 23.Jg. (1991), H.10, S.33-39,

Wimmer, Willy (1991): Mitteilung an den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages zum Prüfauftrag Nr.47, in: Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, Ausschußdrucksache, 12. Wahlperiode, Nr.32, 24.9.1991,

Winkelmann, Jürgen (1992): Das Heer auf dem Weg in das Jahr 2000, in: Wehrtechnik, 24.Jg., Nr.2, S.21-28.

ISBN 3-928965-21-2